

15.4032

Motion Rickli Natalie Simone.**Vollständiger Bericht
zum Service public.****Parlamentarische Vorstösse
berücksichtigen****Motion Rickli Natalie Simone.****Rapport complet
sur le service public.****Tenir compte****des interventions parlementaires**

Nationalrat/Conseil national 16.12.15

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble**(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 15.061/12 825)*

Für Annahme des Entwurfes ... 152 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

14.087

**AHV plus. Für eine starke AHV.
Volksinitiative****AVS plus. Pour une AVS forte.
Initiative populaire***Zweitrat – Deuxième Conseil*

Ständerat/Conseil des Etats 09.06.15 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 16.12.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 16.12.15 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 18.12.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 18.12.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): Die Motion Rickli Natalie wurde soeben im Rahmen der ausserordentlichen Session «Bericht zum Service public» beraten.

*Abstimmung – Vote**(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 15.4032/12 824)*

Für Annahme der Motion ... 92 Stimmen

Dagegen ... 75 Stimmen

(8 Enthaltungen)

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): Ich schliesse hiermit die ausserordentliche Session des Nationalrates und eröffne die ordentliche Sitzung unseres Rates.

15.061

**Ermächtigungsgesetz zum AETR.
Änderung****Loi autorisant l'approbation
d'amendements à l'AETR.
Modification***Erstrat – Premier Conseil*

Nationalrat/Conseil national 16.12.15 (Erstrat – Premier Conseil)

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Bundesgesetz über die Ermächtigung des Bundesrates zur Genehmigung von Änderungen des Europäischen Übereinkommens vom 1. Juli 1970 über die Arbeit des im internationalen Strassenverkehr beschäftigten Fahrpersonals

Loi fédérale autorisant le Conseil fédéral à approuver des amendements à l'Accord européen du 1er juillet 1970 relatif au travail des équipages des véhicules effectuant des transports internationaux par route

*Detailberatung – Discussion par article***Titel und Ingress, Art. 1, 2***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): In der allgemeinen Aussprache behandeln wir auch den Antrag der Minorität Schenker Silvia zu Artikel 2.

Schmid-Federer Barbara (C, ZH), für die Kommission: Die Volksinitiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes «AHV plus: für eine starke AHV» wurde am 17. Dezember 2013 eingereicht. Ziel der Initiative ist eine Erhöhung der Altersrenten für alle Rentnerinnen und Rentner um 10 Prozent. Der neue Zuschlag würde für laufende und künftige Renten gelten und würde gemäss Initianten rund 200 Franken für Alleinstehende und 350 Franken für Ehepaare pro Monat bedeuten. Dies würde ohne Veränderung der formellen Rentenberechnung und somit ohne Veränderungen bei den Leistungen der IV oder der beruflichen Vorsorge geschehen.

Warum braucht es aus der Sicht der Initianten diese Initiative?

1. Sie wollen mit diesem Zuschlag die AHV analog den Löhnen erhöhen, weil Letztere in den vergangenen Jahren öfters angepasst worden seien.

2. Sie fordern bessere AHV-Renten, weil die Renten von Beschäftigten mit tiefen und mittleren Einkommen zu tief seien. Ergänzungsleistungen seien zwar wichtig, aber kein Ersatz für eine Rentenkorrektur.

3. Der Zuschlag soll auch deshalb erfolgen, weil der Umwandlungssatz der zweiten Säule am Sinken sei.

Finanziert werden soll der erwartete Mehraufwand von 4,1 Milliarden Franken über Lohnbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, genauer gesagt über 0,4 zusätzliche Lohnprozent.

Der Bundesrat hat sich bereits am 14. Mai 2014 gegen die Volksinitiative ausgesprochen und entschieden, auf einen direkten oder indirekten Gegenvorschlag zu verzichten. Gleichzeitig hat der Bundesrat bekraftigt, dass er den mit der Reform Altersvorsorge 2020 eingeschlagenen Weg der gesamtheitlichen Sicherung der Altersvorsorge weiterverfolgen will. Der Ständerat ist in der Sommersession 2015 dem Bundesrat gefolgt und hat sich mit 33 zu 11 Stimmen gegen die Initiative und gegen einen Gegenvorschlag ausgesprochen. Ihre Kommission hat die Initiantinnen und Initianten, zu denen auch der Lehrerverband gehört, am 12. November 2015 angehört und ebenfalls beschlossen, die Volksinitiative «AHV plus» abzulehnen, und zwar mit einem Verhältnis von 15 zu 8 Stimmen.

Der Hauptgrund, warum die Kommissionsmehrheit diese Initiative zur Ablehnung empfehlen will, ist die Tatsache, dass wir uns gerade mit dem wichtigsten Projekt der kommenden Jahre, der Reform Altersvorsorge 2020, befassen. Diese Reform darf nicht scheitern, sie ist zwingend notwendig. Die



Pensionierung der Babyboomer stellt die AHV – und nicht nur sie – vor die wohl grössten Herausforderungen aller Zeiten. Alle Energie muss nun in eine nachhaltige und mehrheitsfähige Reform gesteckt werden, welche das heutige Rentenniveau erhalten soll. Die Reform muss deshalb eine umfassende sein, die über den Tellerrand der AHV hinausblickt und eine umfassende Analyse der Sozialversicherungen beinhaltet. Es wäre fahrlässig, in der jetzigen Situation mit einem Einzelanliegen, nämlich der Erhöhung der AHV-Renten um 10 Prozent, die laufende Reform sozusagen zu untergraben. Die Initiative mag gut gemeint sein, doch angesichts der anstehenden Reform Altersvorsorge 2020 steht sie quer in der Landschaft; angesichts dieser Grosswetterlage bläst hier der Wind in die falsche Richtung.

Mit Blick auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung stellt bereits die Erhaltung des heutigen AHV-Niveaus eine Herkulesaufgabe dar. 2030 werden in der Schweiz 60 000 Menschen das Rentenalter erreichen, rund 50 Prozent mehr als 2015. Leben jetzt in der Schweiz rund 1,5 Millionen Menschen über 65, werden es in 30 Jahren bereits doppelt so viele sein. Im AHV-Fonds werden im Jahr 2030 gemäss Bundesrat dadurch 7,5 Milliarden Franken fehlen, wenn keine Massnahmen ergriffen werden, was rund 2 Mehrwertsteuerprozenten entspricht. Diese gewaltige Finanzierungslücke würde die Initiative per 2030 um weitere 5,5 Milliarden Franken vergrössern. Aufgrund der eben erwähnten demografischen Entwicklungen wird bereits die Erhaltung des heutigen Rentenniveaus zu zusätzlichen Belastungen für die arbeitenden Jahrgänge und die Arbeitgeber führen.

Die Mehrheit der Kommission lehnt die Initiative ab, weil eine Altersrentenerhöhung um 10 Prozent nach dem Giesskannenprinzip auf alle verteilt würde, also auch auf diejenigen, die in guten wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Weiter ist die Mehrheit Ihrer Kommission der Meinung, dass den wirtschaftlich sehr Schwachen die Initiative trotzdem nicht viel nützen würde: Bei der Minimalrente würden wir von einer Erhöhung von 1170 Franken auf 1280 Franken sprechen.

Wer finanziell knapp dran ist, zahlt unter Umständen sogar drauf und hat Ende Monat weniger Geld im Portemonnaie. Der Bundesrat hat das Problem in seiner Botschaft erläutert: Erhält ein Bezüger von Ergänzungsleistungen 10 Prozent mehr AHV, dann reduzieren sich die Ergänzungsleistungen entsprechend, denn die Ergänzungsleistungen decken den errechneten Existenzbedarf. Knapp 200 000 Personen erhalten heute eine Ergänzungsleistung zur AHV. Gemäss Bundesrat würde sich die finanzielle Situation für 88 Prozent von ihnen durch «AHV plus» gar nicht verbessern. Angesichts der Tatsache, dass alle gutbetuchten Rentnerinnen und Rentner im Gegenzug sehr wohl davon profitieren würden, ist das Anliegen doch sehr eigenartig. Die finanzielle Situation der restlichen über 20 000 Bezüger von Ergänzungsleistungen würde sich durch die Initiative sogar verschlechtern, sie würden nämlich dank dem AHV-Zuschlag von 10 Prozent ganz aus dem Ergänzungsleistungssystem fallen. Weil aber die AHV zu versteuern ist, die Ergänzungsleistungen jedoch nicht, hätten sie Ende Monat sogar weniger Geld im Portemonnaie.

Es muss heute vielmehr darum gehen, die zunehmend notwendigen finanziellen Mittel für ältere Menschen in finanzieller Not möglichst zielgerichtet, an den richtigen Stellen und möglichst effizient einzusetzen. Das ist mit dem Giesskannenprinzip eben gerade nicht der Fall.

Ein Anliegen der Initianten, nämlich die Situation von Personen mit Teilzeitbeschäftigungen, also vor allem von Frauen, zu verbessern, ist auch ein Anliegen der Mehrheit. Allerdings wollen wir diese komplizierte Diskussion dann bei der Reform der Altersvorsorge 2020 führen, und zwar unter Berücksichtigung der ersten und der zweiten Säule, und nicht hier völlig isoliert, ohne Berücksichtigung des Gesamtpakets.

Die AHV ist traditionell eine unserer wichtigsten Sozialversicherungen. Aus Sicht der Politik wäre es angenehm und attraktiv, regelmässige Erhöhungen zu gewähren, das käme bei der Bevölkerung grundsätzlich gut an. Wir würden der

Bevölkerung aber einen Bärenndienst erweisen, wenn wir Erhöhungen von 10 Prozent vornehmen würden, welche die gegenwärtigen Finanzierungsmöglichkeiten übersteigen und deshalb eine erhebliche Erhöhung der Lohnabzüge bedingen würden.

Weil die letzte AHV-Reform gescheitert ist, stehen wir heute vor einem schwierigen finanzpolitischen Problem, welches wir unbedingt lösen müssen. Bedenken Sie: Für das Jahr 2014 weist die AHV bereits ein Umlageergebnis von minus 230 Millionen Franken aus. Mehrausgaben von 4 bis 5,5 Milliarden Franken können wir uns schlüssig nicht leisten.

Die zentralen Herausforderungen für die Altersvorsorge sind bekannt: steigende Lebenserwartung, verschlechtertes Verhältnis der Anzahl Erwerbstätiger zur Anzahl Rentenbezüger, gesunkene Anlagerenditen und ein überhöhter Umwandlungssatz. Angesichts dessen müssen wir mit der Reform Altersvorsorge 2020 eine Gesamtschau machen und ein ausgewogenes Paket schnüren, eines, das die AHV finanzpolitisch gesehen ins Lot bringt.

Die Minderheit Ihrer Kommission beantragt Ihnen, die Initiative zur Annahme zu empfehlen, weil sie damit insbesondere teilzeitbeschäftigte Frauen und Working Poor unter die Arme greifen will. Die Renten seien dazu da, den bisherigen Lebensstandard zu sichern, was heute mancherorts nicht möglich sei. Mit der Erhöhung der Rente sollte die Lücke zwischen den Altersrenten und dem Lohnindex aufgefüllt werden.

Die Gründe, die dagegen sprechen, habe ich Ihnen aufgezeigt: Unser Rat beschäftigt sich ab Januar 2016 intensiv mit der AHV-Strukturbereinigung und mit dem Erhalt des Rentenniveaus. Die Volksinitiative ignoriert die schwierige Ausgangslage und unterliegt einer kurzfristigen, isolierten Beurteilung der Sozialwerke.

Ich bitte Sie im Namen der Mehrheit – der Entscheid fiel mit 15 zu 8 Stimmen –, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, wie das der Bundesrat tut, wie das der Ständerat mit 33 zu 11 Stimmen getan hat, und keinen Gegenvorschlag anzubieten.

Cassis Ignazio (RL, TI), pour la commission: L'Union syndicale suisse veut augmenter les rentes de vieillesse de l'AVS au moyen de l'initiative populaire «AVS plus: pour une AVS forte». Le texte prévoit une augmentation de 10 pour cent de toutes les rentes de vieillesse AVS, qui serait servie sous forme de supplément à la rente. Le but est de contrer l'érosion du taux de remplacement AVS, c'est-à-dire du rapport entre la rente AVS et le dernier salaire. Ce taux diminue au fil du temps à cause de l'adaptation, seulement partielle, des rentes par l'indice mixte, qui évolue plus lentement que les salaires. Les auteurs de l'initiative veulent aussi répondre à la pression sur les rentes de la prévoyance professionnelle. L'initiative déposée le 17 décembre 2013, comptant près de 112 000 signatures, vise à revaloriser l'assurance-vieillesse et survivants – l'AVS – dans le système des retraites. Les rentes versées actuellement oscillent entre un minimum de 1170 francs et un maximum de 2340 francs – et 3510 francs pour les couples – par mois. Aujourd'hui, 80 pour cent des rentiers bénéficient d'autres sources de revenus, du deuxième pilier essentiellement.

Dans son message du 19 novembre 2014, le Conseil fédéral nous propose de soumettre l'initiative au vote du peuple et des cantons sans proposer de contre-projet direct ou indirect, en leur recommandant de la rejeter.

Le Conseil des Etats ne veut pas non plus d'une hausse de 10 pour cent des rentes. Le 9 juin dernier, il a décidé, par 33 voix contre 11 et 1 abstention, de recommander au peuple et aux cantons de rejeter cette initiative émanant des syndicats et de la gauche. Il estime que les mesures préconisées par l'initiative coûteraient beaucoup trop cher par rapport au bénéfice escompté. La majorité bourgeoise préfère miser sur le projet global de réforme Prévoyance vieillesse 2020, sur lequel le Conseil des Etats a d'ailleurs déjà délibéré.

La commission a traité cette initiative lors de sa séance du 12 novembre 2015. Après avoir entendu les auteurs de l'ini-

tiative et en avoir discuté, elle a décidé, par 15 voix contre 8 sans abstention, de recommander son rejet.

Un supplément pour les retraités, tel que prévu par l'initiative, n'améliore pas nécessairement la situation financière des classes de revenus plus basses.

Le supplément à la rente AVS serait compensé pour tout ou partie, pour ces personnes, par la réduction des prestations complémentaires. Le texte de l'Union syndicale suisse pourrait même aggraver la situation de certains rentiers, car le supplément de 10 pour cent serait imposable, contrairement aux prestations complémentaires. A l'inverse, sous l'angle sociopolitique, l'allocation du supplément aux retraités des classes de revenus plus élevées ne se justifie guère, voire aucunement.

L'initiative va à l'encontre de l'évolution démographique, car, en raison du vieillissement de la population, le nombre de personnes actives par rapport à celui des retraités est en constante diminution. La majorité de la commission estime aussi que l'initiative nuit à l'économie, car elle engendrerait une augmentation des cotisations salariales de 0,4 pour cent pour les employeurs et de 0,4 pour cent pour les employés. Pour couvrir les coûts engendrés, des adaptations majeures du financement de l'AVS seraient nécessaires et l'initiative ferait en outre peser une charge importante sur le budget fédéral.

Les dépenses annuelles de l'AVS augmenteraient d'environ 4,1 milliards de francs au moment de l'entrée en vigueur en 2018, et même de quelque 5,5 milliards de francs d'ici 2030. Des charges supplémentaires de cet ordre accentuerait les problèmes financiers prévisibles de l'AVS liés à l'allongement de l'espérance de vie et au fait que notre génération du baby-boom atteindra progressivement l'âge de la retraite. En l'état, il faut déjà s'attendre à un déficit de répartition de l'AVS de 8,3 milliards de francs par an d'ici 2030. En cas d'acceptation de l'initiative, ce déficit serait d'environ 13 milliards de francs.

Dans le contexte démographique actuel, et compte tenu de la situation économique tendue sur le plan suisse et surtout sur le plan international, le but de la politique sociale doit être de consolider cet important pilier social et non de développer ses prestations. La commission considère aussi que le système actuel, qui consiste à corriger les rentes basses au moyen de prestations complémentaires, fonctionne bien. Grâce au système d'assurances sociales en place, les retraités sont moins touchés par la pauvreté que d'autres catégories de la population – je pense ici aux familles monoparentales et aux familles nombreuses. Et le nombre de rentiers tributaires de l'aide sociale est relativement faible, comme le démontrent les études publiées en 2008 et 2012 par l'Office fédéral des assurances sociales.

Comme la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil des Etats, la commission de ce conseil préfère se concentrer sur le projet du Conseil fédéral dans l'examen de l'objet 14.088, «Prévoyance vieillesse 2020».

La minorité de la commission souligne, par contre, que de plus en plus de personnes ayant touché des salaires bas ou moyens ne peuvent pas vivre de leur rente. Ce seraient surtout ces personnes qui, à ses yeux, profiteraient d'une augmentation de la rente AVS.

Par 15 voix contre 8, la commission vous propose de recommander au peuple et aux cantons le rejet de cette initiative sans y opposer de contre-projet.

Schenker Silvia (S, BS): Anna ist die beste Freundin meiner Mutter. Sie, Anna, ist 87 Jahre alt. Anna geht es nicht gut, nicht nur, weil sie altersbedingt die eine oder andere gesundheitliche Einschränkung hat. Nein, Anna macht sich Sorgen um ihre finanzielle Zukunft. Sie lebt ausschliesslich von der AHV-Rente – ihr verstorbener Mann hat sich das Pensionskassenkapital ausbezahlen lassen, als er sich vorzeitig pensionieren liess. Anna muss jeden Monat ihre kleinen Reserven anzapfen. Sie hat ausgerechnet, dass sie das noch etwa während zwei Jahren in dem Umfang tun kann, wie sie das muss. Nachher müsste sie den für sie schweren

Gang zum Sozialamt machen, damit sie Ergänzungsleistungen beantragen könnte.

Die Geschichte von Anna ist nicht fiktiv. Im realen Leben heisst sie anders, aber alles andere entspricht der Wahrheit. Wie Anna geht es vielen Männern und Frauen in unserem Land. Die Initiative «AHV plus» ist die Antwort auf die Sorgen von Anna: Mit der Initiative erhalten Rentnerinnen und Rentner einen Zuschlag von 10 Prozent zu ihrer AHV-Rente. Mit diesem Zuschlag wird das bewährte System der Rentenberechnung nicht infrage gestellt. Die AHV-Renten werden, Sie wissen das, gemäss dem Mischindex der Teuerung angepasst. Als Folge dieser Anpassung hinkt die Entwicklung der AHV-Rente hinter derjenigen der Löhne her. Das heisst mit anderen Worten, die AHV-Renten decken einen immer kleiner werdenden Teil des ehemaligen Erwerbseinkommens.

Hinzu kommt, dass die Renten der Pensionskassen, sofern überhaupt vorhanden, in den letzten Jahren massiv unter Druck gekommen sind. Die AHV-Rente erhält damit beim Renteneinkommen eine immer stärkere Bedeutung. Es ist an der Zeit, dass wir endlich eine Erhöhung der AHV-Renten vornehmen.

Es ist klar, dass die Erhöhung der AHV-Renten etwas kostet. In der Botschaft wird mit 4 Milliarden Franken gerechnet. Niemand bestreitet, dass die Initiative mit Kosten verbunden ist. Die Erhöhung der AHV-Renten um durchschnittlich 200 Franken pro Monat für Alleinstehende und 350 Franken für Ehepaare ist finanzierbar. Sie kostet Arbeitgeber und Angestellte je 0,4 Lohnprozente. Das ist nach vierzig Jahren Stillstand bei den Lohnbeiträgen vertretbar, umso mehr, als die AHV für das Gros der Bevölkerung und für die KMU das beste Preis-Leistungs-Verhältnis hat und die durchschnittlichen Beiträge an die zweite Säule stetig gestiegen sind und 2014 bei über 18 Prozent lagen.

In der Diskussion um die Initiative wird jeweils argumentiert, dass es ja die Ergänzungsleistungen gibt und dass damit das Existenzminimum für Rentnerinnen und Rentner gewährleistet ist. Aus meiner beruflichen Erfahrung kann ich Ihnen sagen, dass es viele Menschen als entwürdigend empfinden, wenn sie zum Sozialamt gehen müssen, obwohl die Ergänzungsleistungen als ein wichtiger Teil unseres Sozialversicherungssystems betrachtet werden können und es eigentlich einen klaren Rechtsanspruch auf Ergänzungsleistungen gibt. Die Leute erleben die Ergänzungsleistungen als eine staatliche Unterstützung, die sie lieber nicht beanspruchen möchten. Ich hatte schon oft Klientinnen oder Klienten in der Beratung, welche mir sagten, dass sie den Staat nicht um Hilfe angehen wollen. Auch Anna, von der ich eingangs gesprochen habe, will diesen schweren Gang nicht machen. Anna wird vielleicht nicht mehr erleben, dass wir etwas für sie tun. Es gibt aber viele Menschen wie Anna in unserem Land, die am Ende jedes Monats feststellen müssen, dass ihr Renteneinkommen nicht reicht. Ein Essen im Restaurant, ein paar Tage in einem Hotel sind für sie ein Luxus, den sie sich nicht leisten können. Wollen wir so mit den Menschen umgehen, die in ihrem ganzen Erwachsenenleben gearbeitet, Kinder grossgezogen und einen wichtigen Beitrag zu unserer Gesellschaft geleistet haben? Bitte unterstützen Sie meine Minderheit, und sagen Sie Ja zur Initiative «AHV plus».

Noch eine Bemerkung zu dem, was Frau Schmid-Federer ausgeführt hat: Sie hat wiederholt gesagt, dass wir diese Initiative jetzt quasi vor der Reform Altersvorsorge 2020 behandeln wollen. Wir wollten die Initiative im Kontext dieser Rentenreform behandeln, die bürgerliche Mehrheit in Ihrer Kommission hat uns das verwehrt.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI): La Costituzione svizzera è chiara in proposito: con l'AVS e le casse pensioni si deve poter continuare a mantenere il proprio tenore di vita anche durante la vecchiaia. Poiché molti pensionati percepiscono solo una piccola rendita dalla propria cassa pensioni o addirittura non hanno accesso a nessuna rendita del secondo o del terzo pilastro, per raggiungere quest'obiettivo, oggi occorrono rendite AVS più elevate. E quanto chiedono gli au-



tori dell'iniziativa popolare «AVS plus» della quale stiamo discutendo e grazie alla quale si potranno aumentare del 10 per cento le rendite AVS.

Sicuramente anche voi conoscete o avete incontrato molte persone, per le quali oggi le rendite AVS non sono sufficienti. L'AVS è il pilastro fondamentale e anche il più sociale delle nostre assicurazioni sociali. Si basa infatti su un sistema di finanziamento estremamente solidale: tutti coloro che esercitano un'attività lucrativa pagano i contributi AVS sull'intero salario percepito, e ciò vale anche per coloro che portano a casa milioni di franchi in forma di bonus o di salari molto elevati. Ma le rendite sono plafonate. Chi ha un salario elevato è pertanto chiamato a versare proporzionalmente di più di chi ne ha uno basso, indipendentemente dalla rendita che quelle persone riceveranno.

Arrivo adesso al perché è necessario aumentare le rendite AVS: perché oggi queste rendite non sono più sufficienti. Il secondo pilastro è sempre più sottoposto a incertezze e pressioni dovute ad una maggiore redditività. Se a ciò aggiungiamo che il 19 per cento dei pensionati e il 38 per cento delle pensionate non hanno accesso né al secondo né al terzo pilastro, è palese che è necessario aumentare le rendite AVS. Soprattutto se poi consideriamo che in tanti casi sono donne a basso e medio reddito coloro che hanno pensioni insufficienti – una lacuna solo parzialmente colmata dalle compensazioni previste dall'AVS per i compiti educativi e d'assistenza.

Per il 20 per cento delle persone meno ricche, la parte del reddito generata dall'AVS è particolarmente elevata, mentre per il 20 per cento dei più ricchi non costituisce che una piccola parte del reddito. Per fronteggiare quindi le lacune di reddito che molti pensionati hanno, cioè quelli che dipendono in gran parte dall'AVS, è necessario aumentare le rendite del primo pilastro, così come lo chiedono gli autori dell'iniziativa popolare. Grazie a questa iniziativa le persone sole, rispetto ad oggi, riceverebbero in media 200 franchi in più al mese e la maggior parte delle coppie potrebbe contare su un aumento mensile di 350 franchi.

Je prendrai encore l'exemple de deux salariés qui démontre que, confondues, les rentes du premier et du deuxième pilier sont vraiment souvent trop modestes.

Un boulanger né en 1949 et vivant seul, dont le dernier salaire mensuel perçu se monte à 5500 francs, a reçu l'an dernier une rente composée de l'AVS et du deuxième pilier s'élevant à 3060 francs. La perte se monte pour lui à 43 pour cent. Une laborantine née en 1949, qui a élevé un enfant et dont le dernier salaire mensuel perçu se monte à 5000 francs, reçoit, quant à elle, une rente mensuelle de 2950 francs. Avec un tel revenu touché sous forme de rente, il est impossible de vivre aisément et de «maintenir de manière appropriée son niveau de vie antérieur», comme le garantit l'article 113 alinéa 2 lettre a de la Constitution fédérale.

L'AVS repose sur des bases financières solides et est dans les chiffres noirs, même si le nombre de retraités est actuellement dix fois plus important qu'à sa création. L'allongement de la durée de vie et le vieillissement démographique ne l'ont pas non plus déstabilisée. L'AVS, malgré des cotisations salariales inchangées depuis quarante ans, a encaissé toujours plus de recettes. Celles-ci sont passées de tout juste 14 milliards de francs en 1975 à 29,5 milliards de francs en 2013.

Un financement via une hausse des cotisations est donc une façon de procéder tout à fait défendable. Le besoin financier correspond à 0,4 pour cent du salaire pour l'employeur et pour l'employé. Avec un salaire annuel brut de 54 000 francs, le prélèvement supplémentaire sur le salaire ne serait que de 220 francs par année, pour une hausse de la rente annuelle de plus de 2000 francs. Les charges salariales annexes pour l'AVS resteraient donc basses.

C'est pour remplir le mandat constitutionnel et permettre à l'ensemble des retraités de ce pays de mener une existence conforme à la dignité humaine que je vous invite à recommander au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative et à suivre ainsi la proposition de la minorité Schenker Silvia.

Pardini Corrado (S, BE): Ich darf Ihnen eine Frage nicht ersparen: Wollen Sie heute tatsächlich wortbrüchig werden? Wollen Sie – und dies erst noch aus niedrigen Motiven – das vielleicht wichtigste Versprechen brechen, das die Schweiz heute noch zusammenhält? Sehen Sie, wir streiten hier über fast alles; das ist schon richtig so. Aber eine Sache müsste über jedem ideologischen Streit stehen: die AHV. Sie ist das Fundament des sozialen Friedens, das Versprechen, dass die Bürgerinnen und Bürger nach einem langen Arbeitsleben im Alter ihr gewohntes Leben in angemessener Weise weiterführen können. So steht es in der Bundesverfassung. Dieses Versprechen haben Sie gegeben, als Sie unseren Vorschlag einer Volkspension bekämpft haben.

Viele wissen übrigens nicht mehr, dass die AHV nicht nur eine Forderung der Gewerkschaften und des Generalstreiks war, sondern auch eine Forderung der Jungfreisinnigen – aber das war ein anderer Freisinn. Keine Institution dieses Landes ist so gerecht und so erfolgreich wie die AHV – und auch so unbestritten. Sie geniesst den Zuspruch der Schweizerinnen und Schweizer in allen Landesteilen und über alle politischen Differenzen hinweg. Doch heute lassen Sie zu, dass dieses Fundament unseres Gesellschaftsvertrags bröckelt. Immer mehr Schweizerinnen und Schweizer müssen nach der Pensionierung direkt aufs Sozialamt gehen. Ein Handwerker, der zuletzt 5500 Franken verdient hat, bekommt als Rente aus zweiter Säule und AHV 43 Prozent weniger – 43 Prozent! Er und zum Beispiel die Verkäuferin, die Coiffeuse, die Sekretärin können ihr gewohntes Leben nicht weiterführen. Vor allem Frauen, generell aber Hunderttausende mit tieferen Löhnen werden in Altersarmut gestürzt. Das Versprechen, das wir gegeben haben, ist damit gebrochen.

Machen wir uns nichts vor: Die zweite Säule kann dies nicht kompensieren, das wissen Sie genau. Zahlreiche Pensionskassen haben ihre Leistungen gekürzt und kürzen sie weiter, viele Versicherte müssen zudem ausserordentliche Beiträge zahlen. Die Negativzinsen, die die Nationalbank eingeführt hat, verschärfen diese Lage schnell zur Krise. Das Alterskapital auf zahlreichen Versicherungsausweisen schmilzt. Zudem haben wir einen Anlagenotstand. Da wollen Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der bürgerlichen Mehrheit, auch noch den Umwandlungssatz senken! Auf Ihren Laptops müsste eigentlich längst ein Warnsignal blinken: «Systemfehler, soziale Unruhe angesagt.»

Sicher ist nur die AHV, weil sie sich nicht auf Spekulation und Börse abstützt, sondern auf Solidarität, auf das Umlageverfahren. Darum verlangen wir vonseiten der Gewerkschaften und der SP mit unserer Initiative «AHV plus» die Stärkung dieses Vorsorgewerks: Die AHV-Renten müssen um 10 Prozent erhöht werden. Das ist elementar für unser Land. Es ist volkswirtschaftlich notwendig, und es ist erst noch leicht zu finanzieren mit um nur 4 Promille höheren Beiträgen. Das ist bestens angelegtes Geld, die AHV ist weit effizienter als die zweite Säule.

Vier Jahrzehnte lang wurden die AHV-Renten nicht grundsätzlich erhöht. Jetzt ist es höchste Zeit, denn die Schere zwischen Löhnen und AHV geht immer weiter auf. Nur die AHV kann für die Mehrheit ein anständiges Leben garantieren. Diejenigen mit den tiefsten Löhnen ziehen später 95 Prozent ihrer Rente aus der AHV. Sogar die Mittelschicht, jene mit mittleren Einkommen, bekommen deutlich mehr aus der AHV als aus der Pensionskasse.

Zu den wirklich dummen Lügen gehört die Behauptung, die AHV sei der arme Cousin der zweiten Säule. Das Gegenteil ist wahr! 1975 generierte die AHV 14 Milliarden Franken, 2013 schon 30 Milliarden Franken, und dies bei gleichbleibenden Lohnbeiträgen. In diesem hohen Haus wird fabuliert. Doch zumindest in solch wichtigen Fragen sollten sich die Debatten und Beschlüsse des Parlamentes auch auf Fakten stützen.

Die Schweiz braucht «AHV plus». Die AHV ist solide, effizient und finanziert. Unsere Initiative bringt einem Ehepaar 350 Franken, einer alleinstehenden Person 200 Franken mehr Monatsrente – bei minimalem Aufwand sehr viel Ertrag.



Sie haben heute die Chance: Halten Sie das vielleicht wichtigste Versprechen der Politik an die Schweizerinnen und Schweizer hoch! Halten Sie Wort! Darum: Ja zur Initiative «AHV plus».

Pezzatti Bruno (RL, ZG): Die Erhaltung des heutigen AHV-Rentenniveaus auch für die kommenden Generationen stellt angesichts der demografischen Entwicklung eine sehr grosse Herausforderung dar. Im Jahr 2030 werden in der Schweiz etwa 60 000 Menschen das Rentenalter erreichen, das heisst 50 Prozent mehr als im Jahr 2015. Leben heute etwa 1,5 Millionen über 65-jährige Menschen in der Schweiz, werden es gemäss BFS-Statistik in dreissig Jahren beinahe doppelt so viele sein, das heisst 2,7 Millionen. Gemäss Berechnungen des Bundesrates werden deshalb im Jahr 2030 im AHV-Fonds etwa 7,5 Milliarden Franken fehlen. Das entspricht umgerechnet gut 2 Mehrwertsteuer- oder Lohnprozenten oder, auf das Referenzrentenalter bezogen, gegen vier zusätzlichen Arbeitsjahren für Mann und Frau. Diese enorm grosse Finanzierungslücke würde bei Annahme der Initiative bis ins Jahr 2030 noch um weitere 5,5 Milliarden Franken vergrössert.

Bei realistischer Beurteilung dieser Fakten und Hochrechnungen muss es heute darum gehen, die AHV im Hinblick auf das Jahr 2030 zu sanieren, und nicht darum, das Gegenteil zu tun, das heisst, mit einem realitätsfremden Ausbau um 10 Prozent das wichtigste Sozialwerk unseres Landes zu gefährden, ja unter Umständen sogar an die Wand zu fahren. Deshalb lehnt der Bundesrat die Initiative ab und warnt vor gefährlichen Abenteuern. Die FDP-Liberale Fraktion kommt aufgrund dieses klaren Sachverhalts zum Schluss, dass das Ziel von sicheren AHV-Renten auch in Zukunft nur mit einer nachhaltigen Reform der AHV, und dies im Rahmen des anstehenden Projektes Altersvorsorge 2020, erreicht werden kann.

Stellen wir uns doch die Frage, ob die Initiative wenigstens bei der mutmasslichen Zielgruppe, das heisst bei den Rentnerinnen und Rentnern mit den tiefsten Einkommen, eine nachhaltige Wirkung erzielt. Das Gegenteil ist der Fall. Wer finanziell knapp dran ist, bezahlt unter Umständen sogar noch drauf und hat Ende Monat weniger auf dem Konto. Der Bundesrat hat diesen Zusammenhang in seiner Botschaft erläutert. Erhält ein Bezüger von Ergänzungsleistungen 10 Prozent mehr AHV, reduzieren sich die Ergänzungsleistungen dementsprechend; denn die Ergänzungsleistungen decken nur den errechneten effektiven Existenzbedarf.

Es wurde von den Kommissionssprechern bereits darauf hingewiesen, dass heute rund 200 000 Personen Ergänzungsleistungen zur AHV erhalten. Laut Bundesrat würde sich mit der Erhöhung der Altersrente gemäss der Initiative «AHV plus» für 88 Prozent von ihnen die finanzielle Situation nicht verbessern. Dass aber alle vermögenden Rentnerinnen und Rentner sehr wohl davon profitieren würden, kann nicht das Ziel der Initiative sein.

Sehr nachteilig wäre eine Annahme der Initiative für die über 20 000 wirklich wirtschaftsschwachen Bezüger von Ergänzungsleistungen, denn ihre finanzielle Situation würde sich sogar verschlechtern. Zusätzlich würden sie nicht mehr von den Billag-Gebühren befreit und verlören beispielsweise auch die Vergütung der Krankheitskosten durch die Ergänzungsleistungen.

Zusammengefasst: Für die Rentnerinnen und Rentner, die finanziell am schlechtesten dran sind, wäre die Initiative kontraproduktiv. Im besten Fall gingen sie unter dem Strich leer aus, im schlechteren Fall verlören sie sogar und hätten noch weniger zum Leben.

Die Initiative steht aus all den dargelegten Gründen völlig quer in der politischen Landschaft – besonders auch aus sozialpolitischer Sicht. Namens der FDP-Liberalen Fraktion bitte ich Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, weil sie realitätsfremd ist, weil sie die heute noch sicheren AHV-Renten langfristig gefährdet, weil sie nicht finanzierbar und unnötig ist und weil sie sich für die finanziell schwächsten Rentnerinnen und Rentner in hohem Mass kontraproduktiv auswirkt.

Schenker Silvia (S, BS): Herr Pezzatti, Sie verweisen jetzt immer auf die Ergänzungsleistungen, die wirklich wichtig sind, das weiss ich. Können Sie hier das Versprechen abgeben, dass Sie bei der anstehenden Revision der Ergänzungsleistungen von Ihrer Seite her das Leistungsniveau nicht antasten werden?

Pezzatti Bruno (RL, ZG): Ich persönlich und auch unsere Fraktion können in dem Sinne ein Versprechen abgeben, als wir bei der Revision der Ergänzungsleistungen eine sehr genaue Prüfung vornehmen werden und die Leistungen dort anpassen werden, wo es gerechtfertigt ist. Aber wir werden selbstverständlich auch Einsparungen prüfen und Einsparungen realisieren wollen, dort, wo sie eben auch begründet sind.

Frehner Sebastian (V, BS): Namens meiner Fraktion bitte ich Sie, dem Volk die Initiative «AHV plus: für eine starke AHV» zur Ablehnung zu empfehlen. Die Initiative möchte die AHV-Renten um 10 Prozent erhöhen. Laut Bundesrat hätte diese Erhöhung einen Anstieg der jährlichen Kosten von 4 Milliarden Franken zur Folge. Im Jahr 2030 wären es gar 5,5 Milliarden Franken. Laut den Initianten sollen diese Mehrkosten durch höhere Lohnprozente finanziert werden. Aus unserer Sicht ist die Initiative aus vier verschiedenen Gründen abzulehnen: Sie ist erstens unvernünftig, zweitens unsozial, drittens wirtschaftsfeindlich und – als wäre das noch nicht genug – viertens auch noch egoistisch.

1. Die SVP ist ganz grundsätzlich gegen einen Ausbau der Sozialversicherungen. Diese nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Einrichtungen sind eine wichtige Errungenschaft und ein Zeichen des Zusammenhalts unserer Gesellschaft. Aber einmal muss es auch genug sein mit der Umverteilung. Einmal ist es genug. Dieser Moment ist jetzt gekommen. Wir können nicht behaupten, dass die ältere Generation darbt. Es gibt nicht so viele «Annas», wie uns die Frau Schenker weismachen will. Die Mehrheit der heutigen Senioren tendiert eher ins Gegenteil. Geht die Umverteilung weiter, wird die Solidarität der Jungen immer mehr auf die Probe gestellt. Schon heute muss die jüngere Generation in vielen Belangen, zum Beispiel bei den Krankenkassenprämien, über Gebühr für die Älteren aufkommen.

Nicht, dass Sie mich falsch verstehen: Die SVP will keinen Abbau der Altersrenten. Wir setzen uns dafür ein, dass das heutige Niveau gehalten werden kann und die Sozialwerke in der Art saniert werden, dass es möglichst lange geht, bis die nächste Revision angegangen werden muss.

Die Initiative will also die Renten erhöhen und würde damit die AHV zukünftig vor grosse finanzielle Probleme stellen, sie ist deshalb unvernünftig.

2. Sozialversicherungen sollen vom Prinzip her Bedürftigen helfen. Sie sollen nicht denen noch mehr geben, die schon viel haben; genau das wäre aber die Auswirkung der Initiative. Diese will nach dem vielbeschriebenen Giesskannenprinzip allen Rentnerinnen und Rentnern 10 Prozent mehr AHV-Rente ausschütten. Alle Personen mit einer hohen Rente und Vermögende würden davon profitieren. Alle Milliardäre und Millionäre in unserem Land bekämen mehr Rente. Jene, die die Initianten aber im Fokus haben, nämlich die Leute mit tiefen Renten und tiefem Vermögen, gingen leer aus. Diese beziehen nämlich heute Ergänzungsleistungen. Durch die Erhöhung ihrer Renten würden diese Leistungen einfach wegfallen, ein Nullsummenspiel. Etwas überspitzt gesagt, nützt diese Initiative nur den Reichen, das ist nicht sehr sozial, meine Damen und Herren der Ratslinken. Diese Initiative ist deshalb nicht nur unvernünftig, sondern auch unsozial.

3. Die Initianten möchten die Mehrkosten von 4 Milliarden Franken über Lohnprozente finanzieren. Sie schädigen damit die Wirtschaft nachhaltig. Diese leidet zurzeit stark unter der Eurokrise und den ausufernden administrativen Hürden. Eine Steigerung der Lohnkosten ist das Letzte, was die Unternehmen heute brauchen können. Zudem hätten wohl auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also die Leute, für die Sie sich nach Ihrer Behauptung einsetzen,



nicht wahnsinnig Freude an einem tieferen Lohn, denn auch sie hätten ja einen höheren Abzug von ihrem Lohn zu befürchten. Diese Initiative ist also nicht nur unvernünftig und unsozial, wie bereits erläutert, sondern auch noch wirtschaftsfeindlich.

4. Eine einseitige Einzelmaßnahme, wie sie die Initianten vorschlagen, einmal abgesehen davon, ob man sie gut findet oder nicht, ist zum heutigen Zeitpunkt sowieso nicht das Richtige. Es steht nicht alles zum Besten mit der Finanzierung unseres Vorsorgesystems. Das wissen wir alle. Deshalb hat der Bundesrat ja auch beschlossen, eine Botschaft zur Reform der Altersvorsorge zu verabschieden und dem Parlament einen Entwurf vorzulegen. Eine solche Gesamtschau ist der richtige Weg, um den Herausforderungen für die Altersvorsorge, insbesondere der zunehmenden Alterung der Gesellschaft und der damit verbundenen Tatsache, dass immer weniger Erwerbstätige immer mehr Rentnern die Rente garantieren müssen, zu begegnen.

Die von den Initianten geforderte Erhöhung der Renten kommt den Rentnern zwar entgegen, die Massnahme lässt aber gesamtgesellschaftliche Aspekte total vermissen. Die Initianten betreiben damit eine eigentliche Klientelpolitik, kurz: Die Initiative ist nicht nur unvernünftig, unsozial und wirtschaftsfeindlich, sondern zudem auch noch egoistisch. Der Ständerat hat uns seine Version der Altersvorsorge 2020 bekanntlich vorgelegt. Leider hat er dabei nicht nur Vernunft walten lassen, insbesondere was die Erhöhung des Ehepaarplafonds und die Rentenerhöhungen für Neurentner bei der AHV anbelangt. Diese Beschlüsse der Kleinen Kammer, welche zu einem massiven Kostenanstieg in der Altersvorsorge führen würden und dazu, dass sie schon in wenigen Jahren einer weiteren Revision unterzogen werden müsste, gilt es zu korrigieren, so anzupassen, dass kommende Generationen nicht unter den von uns angehäuften Schulden zu leiden haben und ebenfalls einer gesicherten Altersvorsorge entgegenblicken können.

In diesem Sinne empfehlen wir diese unvernünftige, unsoziale, wirtschaftsfeindliche und egoistische Initiative zur Ablehnung. Machen wir uns daran, die Altersvorsorge so umzustalten, dass unsere Bevölkerung auch in fünfzig Jahren noch stolz auf unser Vorsorgesystem sein kann.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Herr Fehner, Sie sprechen von sozialer Realität. Wissen Sie, wie viele ältere Menschen über 65 gemäss Schätzung der Pro Senectute direkt von Armut betroffen sind?

Frehner Sebastian (V, BS): Wissen Sie, Armut ist immer eine Frage der Definition. Wenn Sie sagen, dass alle Leute, die unter 300 000 Franken verdienen, arm sind, dann sind es sehr viele. Wenn Sie sagen, arm sind Leute, die nur 40 000 Franken verdienen, dann sind es eher wenige. Ich wage sogar zu behaupten, dass es in der Schweiz keine armen Leute gibt, die legal hier wohnen. Es haben nämlich alle ein Dach über dem Kopf, alle haben genug zu essen, eine obligatorische Krankenversicherung und im Winter warm.

Heim Bea (S, SO): Wussten Sie, dass für zwei Drittel der Rentnerinnen und Rentner die AHV die wichtigste, für viele die einzige Einnahme ist?

Frehner Sebastian (V, BS): Ja, ich weiss, so wird das zum Beispiel für mich auch sein. Ich bin Selbstständigerwerbender und habe keine Pensionskasse. Ich muss neben den Beiträgen, die ich für die AHV-Rente bezahle, die ich hoffentlich bekommen werde, sehr viel auf die Seite legen, um im Alter überleben zu können.

Pardini Corrado (S, BE): Sehr geehrter Kollege Fehner, ich habe versucht, Ihre Erklärung zu verstehen, warum es in der Schweiz keine armen Menschen gebe. Können Sie Ihre Argumentation wiederholen? Ich habe sie nicht richtig verstanden.

Frehner Sebastian (V, BS): Schauen Sie, wenn man in einem Land lebt, das keinen so grossen Wohlstand hat wie die Schweiz, gilt man nicht als arm, wenn man genug zu essen, ein Dach über dem Kopf, eine Heizung und eine gute Gesundheitsversorgung hat. Dann gilt man nicht als arm. Das gilt eigentlich weltweit. Ich spreche jetzt nicht von Ländern, die ein bisschen wohlstandsdegeneriert sind, sondern von normalen, durchschnittlichen Ländern.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Herr Kollege, wir haben ja Gelegenheit, zusammen in der Finanzkommission zu wirken. Ich habe das Stichwort «angehäufte Schulden» gehört. Können Sie hier etwas dazu sagen, wie sich die Schuldenquote in der Schweiz seit Einführung der sogenannten Schuldenbremse entwickelt hat, und können Sie bestätigen, dass die Schweiz weltweit die restriktivsten Finanzhaushaltregeln hat?

Frehner Sebastian (V, BS): Ich bin ja noch kein so grosser Profi wie Sie in der Finanzpolitik. Ich bin nur ein Hamburger. Ich habe jetzt gerade angefangen. Aber Sie wissen ja auch, dass die Sozialwerke eben nicht konsolidiert betrachtet werden, also nicht quasi unter die Schuldenbremse fallen. Das wäre etwas, was wir von der SVP uns wünschen würden, und ich bedanke mich schon jetzt bei Ihnen, dass Sie dieser Konsolidierung zustimmen.

Weibel Thomas (GL, ZH): Wir Grünlberalen sehen keinen finanziellen Spielraum für eine Erhöhung der AHV-Leistungen. Wir bevorzugen die Reform Altersvorsorge 2020. Darin hat der Ständerat ja eine Erhöhung der AHV eingebaut, allerdings nur für die Neurentner. «AHV plus» verlangt eine Erhöhung aller AHV-Altersrenten um 10 Prozent, also mit der Giesskanne, wie dies von meinen Vorrednern und Vorrednerinnen bereits ausgeführt worden ist. Es ist auch berichtet worden, dass die Ärmsten gar nicht davon profitieren werden, denn wer Ergänzungsleistungen bezieht und dann durch die Erhöhung der AHV mehr Geld erhält, dem werden entsprechend weniger Ergänzungsleistungen ausbezahlt. Unter dem Strich wird für die meisten ein Nullsummenspiel resultieren. Es gibt sogar Fälle, in welchen die Initiative dazu führt, dass die Betroffenen weniger Geld zur Verfügung haben.

Wird die Initiative angenommen, so zahlt die AHV jährlich 4 Milliarden Franken mehr für die Renten aus. Bis Ende 2030 werden es jährlich 5,5 Milliarden Franken mehr sein. Für dasselbe Jahr prognostiziert der Bundesrat ein Defizit von 7,5 Milliarden Franken, das gibt in der AHV ein Finanzloch von insgesamt 13 Milliarden Franken. Wir müssen zur AHV Sorge tragen, wir müssen achtgeben, dass wir die Reform auf die Reihe bringen, und dürfen nicht zusätzliche Löcher in die AHV-Kasse reißen. Die Volksinitiative verschärft das demografische Problem, die Entwicklung, die zu Finanzproblemen führt. Die Pensionierung der Babyboomer ist für die AHV bereits heute eine grosse Herausforderung, dies auch ohne zusätzliche Erhöhungen.

Ich stelle fest, dass das heutige System funktioniert, und ich füge bewusst das Wörtchen «noch» an. Die Zukunft sieht nicht einfach aus. Die Altersreform ist für uns eine grosse Herausforderung. Es wird aber oft auch ignoriert oder nicht akzeptiert, sowohl hier im Saal wie in der Bevölkerung, dass zum System der Sozialversicherung auch die Ergänzungsleistungen gehören. Wenn man es gesamthaft betrachtet, so sieht man: Die finanzielle Sicherheit im Alter ist in der Schweiz für sehr grosse Bevölkerungsschichten doch gewährleistet.

Der Bericht von Pro Senectute, der vorhin in einer Frage angesprochen worden ist, spricht von Armutgefährdeten, nicht von Leuten, die bereits in Armut leben. Dass das System funktioniert, zeigt sich darin, dass eben wenige Leute tatsächlich armengenössig sind. Dass das System stabil ist und funktioniert, ist wichtig für den sozialen Frieden und den Zusammenhalt in der Schweiz, auch für den Zusammenhalt zwischen den Generationen. Der soziale Friede

wiederum ist das Fundament für den Wohlstand in der Schweiz.

Wir sind einverstanden, die Altersvorsorge braucht eine umfassende Weiterentwicklung. Sie braucht aber auch Anpassungen an die heutigen Gegebenheiten. Diese Ziele erreicht die Volksinitiative «AHV plus» nicht. Die Weiterentwicklung muss umfassend sein. Darunter verstehen wir, dass die erste und die zweite Säule gleichzeitig und sich ergänzend reviviert werden müssen. Das System muss ausgewogen sein. Da denken wir auch daran, dass Teilzeitarbeitende besser versichert sein müssen. Das Rentenniveau zu sichern ist nicht nur eine Forderung, sondern auch eine grosse Herausforderung. Letztlich muss die Lösung, die dann gefunden wird, auch generationengerecht umgesetzt werden können. «Generationengerecht» bedeutet, Rücksicht auf die Alten wie auf die Jungen zu nehmen.

So oder so, die Finanzierung ist eine Knacknuss, denn es ist klar, für «AHV plus» braucht es zusätzliches Geld. Eine Variante ist, die Lohnbeiträge zu erhöhen. Sie wissen es mittlerweile: Es müssten dafür von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern 0,8 Lohnprozente beigesteuert werden. Das würde einen grossen Wettbewerbsnachteil für unseren Werkplatz bedeuten. Würde man es nicht mit Lohnbeiträgen finanzieren, sondern auf die Mehrwertsteuer ausweichen, so wäre der Konsum im Inland belastet, was auch nicht gut ist, weil es die Konjunktur hemmt.

Die Schlussfolgerung aus unserer Sicht ist: Die Volksinitiative «AHV plus» ist schlicht nicht finanziert. Deshalb empfehlen wir Grünlberalen die Volksinitiative zur Ablehnung.

Mazzone Lisa (G, GE): «Les rentes de l'assurance-vieillesse et survivants doivent couvrir les besoins vitaux de manière appropriée»: c'est la teneur de l'article 112 de la Constitution, qui me semble être clair. Or, en 2014, près de 200 000 personnes ont bénéficié de prestations complémentaires pour couvrir leurs frais courants de base: loyer, nourriture, déplacements, etc. Les rentes AVS n'ont en soi pas été améliorées depuis 40 ans, elles n'ont été qu'indexées sur le renchérissement tous les deux ans, et se trouvent donc aujourd'hui déconnectées des salaires. C'est le moment de changer cette situation et de renforcer le pilier solidaire et solide que représente l'AVS. C'est le moment de respecter notre Constitution et d'assurer aux personnes âgées de pouvoir mener une vie digne à leur retraite, sans devoir faire appel à des aides supplémentaires.

Les rentes s'échelonnent aujourd'hui entre 1170 francs et 2340 francs par mois. Pour un pilier principal, qui devrait permettre de subvenir aux besoins vitaux, ce n'est pas suffisant. C'est pourquoi l'initiative «AVS plus: pour une AVS forte» vise à une augmentation de 10 pour cent des rentes. Les Verts s'engagent pour améliorer la situation de l'AVS depuis le lancement de leur première initiative «Pour garantir l'AVS – taxer l'énergie et non le travail!». Pour nous, l'AVS est le pilier par excellence de la prévoyance vieillesse, sur lequel la population doit pouvoir compter. D'abord, parce qu'il est solidaire. En effet, chacune et chacun contribuent en fonction de leur revenu. Ensuite, parce qu'il est le seul à assurer des rentes adéquates aux femmes. Les arrêts de travail dus à l'éducation des enfants sont en effet compensés par des bonifications pour tâches éducatives, ce qui n'est pas le cas du deuxième pilier.

Alors que les femmes sont beaucoup plus nombreuses à ne dépendre que de l'AVS, un renforcement de ce pilier est nécessaire pour contribuer à l'égalité entre femmes et hommes.

Cette initiative profite également aux jeunes pour qui l'épargne privée, plus chère, n'est que difficilement accessible. Les jeunes, comme bien d'autres, n'ont souvent pas la capacité financière de prévoir une situation adéquate pour leurs vieux jours.

Enfin, le texte prévoit une amélioration notable pour les revenus modestes qui n'ont pas de deuxième pilier solide et qui voient leur niveau de vie chuter à l'arrivée à la retraite; de nombreux exemples ont déjà été donnés pour illustrer cette situation. Pour les Verts, il s'agit de faire de l'AVS une priorité

en vue d'assurer un niveau de vie décent aux personnes qui arrivent à la retraite, lesquelles sont toujours plus nombreuses. L'AVS est une institution solidaire entre des personnes de revenus différents et entre les générations. En tant que jeune, je tiens à m'engager pleinement dans cette solidarité intergénérationnelle et dans le soutien à cette initiative populaire.

Pour une AVS plus forte et plus de solidarité, le groupe des Verts vous invite donc à soutenir la proposition de la minorité Schenker Silvia.

Buffat Michaël (V, VD): Madame Mazzone, vous êtes jeune, tout comme moi; nous sommes issus de la même génération. Etes-vous consciente que notre génération va être de plus en plus mise à contribution pour le financement de l'AVS, justement pour des prestations à des personnes qui n'ont pas contribué autant que notre génération devra le faire?

Mazzone Lisa (G, GE): Je crois, Monsieur Buffat, qu'il résulte du principe même de solidarité que de justement pouvoir contribuer de cette manière à un train de vie digne pour les personnes âgées. Par ailleurs, je pense aussi que c'est là une opportunité pour les jeunes de s'assurer à eux-mêmes une rente adéquate quand ils atteindront l'âge de la retraite si, justement, comme vous le dites, ils n'ont pas les moyens de financer un deuxième pilier solide.

Häsler Christine (G, BE): Die AHV als bedeutendste Säule des schweizerischen Sozialversicherungssystems ist noch jung, quasi soeben pensioniert worden. Vor dieser wichtigen Errungenschaft, vor der AHV, war es auch bei uns so, dass alte Menschen entweder vom erarbeiteten, errungenen und manchmal auch ererbten Vermögen – wenn sie denn überhaupt eines hatten – lebten oder dem Pflichtbewusstsein ihrer Nachkommen oder aber eben der Armut ausgeliefert waren. Die Überwindung dieser ganzen Unsicherheit ist, wie gesagt, noch keine siebzig Jahre her.

Die AHV ist der wichtigste Pfeiler des Sozialstaates Schweiz. Bei keinem anderen Sozialwerk – wir haben es jetzt bereits mehrmals gehört – ist die Solidarität so stark ausgebaut, der Solidaritätsgedanke so stark entwickelt wie hier. Besonders ausgeprägt spielt die Solidarität, dank der sozialen Rentenformel, zwischen den Armen und den Reichen, aber auch zwischen den Generationen, zwischen Kinderlosen und Eltern und zwischen Männern und Frauen.

Auch wir Grünen sind jung, wir sind eine junge Partei, etwa halb so alt wie die AHV. Bereits unsere ersten beiden Volksinitiativen, lanciert 1994, befassten sich intensiv mit dem Thema der AHV. Während die Initiative «für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» damals als fröhliche ökologische Steuerreform noch zu visionär war und in der Volksabstimmung keine Chance hatte, wurde unsere zweite Initiative sehr viel besser aufgenommen. Damals schon, im November 2000, sprachen sich rund 46 Prozent der Stimmüngerinnen und Stimmünger für ein flexibles Rentenalter ab 62 Jahren für Mann und Frau aus. Das zeigt, dass die AHV getragen wird, dass sie auch in der Bevölkerung und im politischen Gefüge stark getragen wird.

Seit diesen Abstimmungen sind die Diskussionen über die Zukunft der AHV nie richtig abgebrochen. Die AHV ist ein grossartiges Werk der Solidarität zwischen den Generationen und den verschiedenen Einkommensklassen, und sie ist so, wie sie heute ist, gut aufgestellt. Auch Spitzenverdiener müssen auf jedem Franken AHV-Beiträge bezahlen; ihre Rentenleistung ist aber ebenso begrenzt, und sie erhalten auch bei einem Einkommen von einer Million Franken die Maximalrente von gut 2300 Franken pro Monat.

Auch in unserem reichen Land ist die AHV für rund 80 Prozent der Rentnerinnen und Rentner unerlässlich. Viele von uns vergessen auch, dass rund jeder fünfte Rentner und jede fünfte Rentnerin ein Monatseinkommen hat, das unter 2500 Franken liegt. Dabei verlangt die Bundesverfassung, dass die AHV den Existenzbedarf angemessen decken muss. Wir wissen, dass wir heute davon doch weit entfernt



sind, denn mit der Mindestrente von nicht einmal 1200 Franken, aber auch mit der Maximalrente von 2350 Franken, können wir das nicht gewährleisten. Die AHV soll dazu die- nen, dass alle ihren Lebensabend in Würde verbringen kön- nen; sie soll laut Bundesverfassung existenzsichernde Renten garantieren. Wir wissen aber und haben es gehört – über die Geschichte von Anna hinaus –, dass viele Men- schen eine zu kleine Rente für ein würdiges Leben im Alter haben. Das sind keine leeren Behauptungen, die wir heute einfach aufführen, weil wir hier für ein legitimes Anliegen und für eine Volksinitiative einstehen, sondern sie basieren auf Zahlen, die wir alle auch aus den Ergänzungsleistungen kennen. Wir sind also als eines der reichsten Länder der Welt in der Situation, dass die Menschen sich im Alter nicht auf existenzsichernde Renten verlassen können. Hier, da sind wir sicher, muss etwas passieren.

Die Initiative «AHV plus» stellt grundsätzlich die richtigen Forderungen. Mit dem Zuschlag von 10 Prozent auf der Rente können die Einkommen der Rentnerinnen und Rent- ner substanziell gestärkt und besser gesichert werden. Wir sagen nicht, dass das die einzige und letzte Lösung sei, aber es wäre eine ganz klare Verbesserung.

Wir Grünen tragen diese Initiative mit, und die grüne Fraktion wird selbstverständlich dem Antrag der Minderheit Schenker Silvia zustimmen und damit auch die Initiative zur Annahme empfehlen.

Humbel Ruth (C, AG): Wenn man einzelnen Befürwortern der Initiative zugehört hat, könnte man meinen, die AHV sei in Frage gestellt. Dem ist mitnichten so, wie die Vorlage Altersvorsorge 2020 des Bundesrates, vom Ständerat ist sie bereits beschlossen, gerade bewiesen hat.

Die AHV ist wohl die grösste sozialpolitische Errungenschaft in unserem Land und gewissermassen das wichtigste Ele- ment des Dreisäulensystems. Dank der AHV und den Er- gänzungsleistungen konnte die Altersarmut in unserem Land weitgehend eliminiert werden.

Seit ihrer Einführung 1948 wurde die AHV zehnmal revidiert und den gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst, also vor allem ausgebaut. Seit der letzten Revision, der 10. AHV- Revision von 1997, sind alle Revisionsvorhaben gescheitert. Die AHV ist aber, wie auch die zweite Säule der Altersvor- sorge, dringend revisionsbedürftig, und zwar hinsichtlich ih- rer Konsolidierung und ihrer sicheren Finanzierung. Deshalb hat der Bundesrat in einem Gesamtpaket, der Altersvor- sorge 2020, eine Revision vorgelegt. Dabei geht es weder um einen Abbau noch um einen Ausbau, sondern primär darum, das Leistungsniveau zu halten und es auch lang- fristig finanzieren zu können. Die Umlagefinanzierung der AHV ist nämlich an ihre Grenzen gestossen, und die AHV hat im letzten Jahr erstmals ein Defizit ausgewiesen, näm- lich einen Verlust von 320 Millionen Franken.

Ein Zuschlag von 10 Prozent auf sämtlichen Altersrenten, wie ihn die Initiative will, liegt aus vier Gründen quer in der Landschaft:

1. Er steht quer zur finanziellen Lage der AHV und ist nicht finanziierbar.
2. Er ist keine wirksame Massnahme, um Rentnerinnen und Rentnern, die auf ein grösseres Einkommen angewiesen sind, wirklich zu helfen.
3. Er ist nicht kompatibel mit der Generationensolidarität.
4. Er steht vor allem im Widerspruch zur Altersvorsorge 2020 des Bundesrates, wie sie vom Ständerat beschlossen worden ist.

Auf diese vier Punkte möchte ich kurz eingehen.

1. Die Initiative ist nicht finanziierbar: Die Mehrausgaben auf- grund einer 10-prozentigen AHV-Erhöhung würden etwa 4,1 Milliarden Franken jährlich ausmachen. Finanziert wür- den sie durch eine Erhöhung der Lohnbeiträge von Arbeitge- bern und Arbeitnehmern sowie durch eine Erhöhung des Bundesbeitrages. Die Finanzierungsdefizite werden in den kommenden Jahren aber massiv anwachsen: Ausgehend von der heutigen Situation rechnet man für den Finanzhaus- halt mit Rentenausgaben von rund 50 Milliarden Franken und einem jährlichen Defizit von 4 Milliarden Franken im

Jahr 2020. Bis 2030 werden die Renten 66 Milliarden Fran- ken kosten, dies bei einem Umlagedefizit von 12,7 Milliarden Franken.

2. Die Initiative bringt keine wirksame Hilfe für diejenigen, die es wirklich nötig haben. Der Rechtsanspruch auf einen Rentenzuschlag von 10 Prozent nimmt keinen Bezug auf Bedarf oder Notwendigkeit im Einzelfall. Die Maximalrente würde von heute 2340 Franken auf 2574 Franken, die Mini- malrente von 1170 Franken auf 1287 Franken pro Monat erhöht. Auch Bezüger von Renten, die im Prinzip nicht auf eine AHV-Rente angewiesen wären, würden diesen Zuschlag von 10 Prozent erhalten. Für diejenigen, welche einen Zuschlag brauchen könnten, gäbe es als Folge der Einkommenserhö- hung eine Senkung der Ergänzungsleistungen, sodass sie keinen Mehrwert spüren würden – im Gegenteil: Für rund 12 Prozent der Rentnerinnen und Rentner dürften die Er- gänzungsleistungen ganz oder teilweise wegfallen, und weil die Ergänzungsleistungen nicht besteuert werden, müssten sie unter Umständen mit einem kleineren Einkommen aus- kommen als heute.

3. Die Initiative «AHV plus» kann auch unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit nicht bestehen. Sie bringt den Generationenvertrag aus dem Gleichgewicht. Wir wissen alle, dass es heute in der zweiten Säule eine Quersubventio- nierung von mehreren Hundert Millionen Franken pro Jahr von den berufstätigen Generationen hin zu den Rentnerin- nen und Rentnern gibt. Um dieser Ungerechtigkeit zu be- gegnen, ist die derzeit im Rahmen der Reform der Altersvor- sorge 2020 diskutierte Senkung des Umlandungssatzes nötig. Eine Erhöhung der hauptsächlich im Umlageverfahren finanzierten Leistungen der AHV würde die sozial- und ge- sellschaftspolitische Schere zwischen den Generationen noch weiter öffnen. Mit dieser Initiative würden wir die Ren- ten zulasten nachfolgender Generationen erhöhen und da- mit den Jungen einen Schuldenberg hinterlassen. Die heutigen und die künftigen Erwerbstätigen hätten im Laufe der Zeit eine immer höhere Last zu tragen, um für die Rentnerin- nen und Rentner das Leistungsniveau sicherzustellen. Diese Initiative verstösst damit gegen den Generationenvertrag und die Generationengerechtigkeit.

4. Diese Initiative steht im Widerspruch zur Altersreform 2020 des Bundesrates, welche eine Gesamtschau der ersten und zweiten Säule bietet, den Handlungsbedarf auf- zeigt und gangbare Lösungsvorschläge auf der Leistungs- und auf der Finanzierungsseite unterbreitet. Auch die Alters- reform des Bundesrates braucht bis 2030 zusätzliche Mittel, und die Finanzierung stellt uns vor grosse Herausforderun- gen. Diese Initiative belastet daher auch die Arbeit an der Al- tersreform.

Die demografische Entwicklung stellt uns vor grosse Her- ausforderungen in der Altersvorsorge wie auch in der Ge- sundheitsversorgung. Die Lebenserwartung ist seit Einführung der AHV 1948 um gut acht Jahre gestiegen und steigt weiter. Der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevöl- kerung beträgt heute gut 17,2 Prozent und steigt bis 2030 auf 24,2 Prozent. Dank dem gutausgebauten Dreisäulen- system, insbesondere der AHV inklusive Ergänzungsleistun- gen, konnte die Armut im Alter weitgehend eliminiert wer- den, während vor allem Familien und junge Leute vom Armutsrisko betroffen sind. Unter diesen Voraussetzungen können wir uns ein 4 Milliarden Franken schweres Geschenk an die Rentnergenerationen nicht leisten. Es wäre ein Dana- ergeschenk und gegenüber unserer nächsten Generation verantwortungslos.

Die CVP-Fraktion wird diese Initiative zur Ablehnung emp- fehlen.

Tschäppät Alexander (S, BE): Wenn man die Leute auf den Zustand der AHV anspricht, äussern sie sich skeptisch: Sie glauben, das Sozialwerk sei in Schieflage. Wenn man dann mit ihnen die AHV-Website besucht und die Zahlen anschaut, reagieren sie erstaunt. Da realisieren die Leute, dass die AHV im letzten Jahr einen Überschuss von 1,7 Mil- liarden Franken erzielt hat, dass die AHV schwarze Zahlen



schreibt und dass die AHV seit fast siebzig Jahren praktisch kein Finanzierungsproblem hat.

Warum also diese Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Tatsachen? Weil Teile der Bürgerlichen die AHV konsequent schlechtreden. Sie ist ein Beispiel dafür, wie man der Bevölkerung mit viel PR das Gegenteil dessen vormachen kann, was wirklich ist. In den letzten 25 Jahren malten Experten und Bundesräte regelmässig das Gespenst der Demografie an die Wand und sagten der AHV x-mal den Kollaps voraus. Doch sie lagen alle falsch: Alle Prognosen erwiesen sich als Wortschrott. Die AHV ist solid, im Reservetopf liegen 44 Milliarden.

Grund für die Robustheit der AHV ist, dass die Alterung der Bevölkerung eine viel geringere Rolle für die Finanzierung spielt, als dies immer wieder behauptet wird. Viel wichtiger für die AHV sind Produktivität und Gesamtlohnsumme. Je grösser das Wirtschaftswachstum, je höher die Beschäftigung und je besser die Löhne, desto eher bewältigt die AHV dank Umlageverfahren und fixem Bundesbeitrag die Demografie. Die steigende Produktivität hat dazu geführt, dass die erwerbstätige Bevölkerung von Jahr zu Jahr mehr AHV-Renten finanzieren kann, ohne dass der Beitragss Zahler zusätzlich belastet wird.

Das beweist der Blick zurück: Obschon seit 1975 die AHV-Beiträge nie mehr erhöht wurden und sich die Zahl der Rentnerinnen und Rentner seither von 900 000 auf über 2 Millionen verdoppelt hat, ist die AHV gesund geblieben. Daran wird auch die Babyboomer-Generation kaum etwas ändern. Zwar wird sie den AHV-Fonds belasten, aber nur vorübergehend, denn auch Babyboomer leben nicht ewig.

Diese Zusammenhänge sind den Bürgerlichen sehr wohl bekannt, aber sie blenden sie bewusst aus. Eine funktionierende AHV passt nicht in das Konzept ihrer Kundschaft. Diese Kundschaft sind die Reichen, die möglichst wenig in die AHV einzahlen wollen, und es sind die Banken und die Versicherungen, die gute Geschäfte mit der privaten Altersvorsorge machen, wenn die Menschen kein Vertrauen mehr in die AHV haben. Darum hat die Desinformation auch System, auch jetzt wieder. Nun, da das Projekt Altersvorsorge 2020 ansteht, machen die falschen Propheten erneut Stimmung gegen die AHV und predigen den Abbau. Die Gefahr, dass sie sich durchsetzen, ist nach dem Rechtsrutsch vom Herbst durchaus real.

Umso wichtiger ist es, mit der Initiative «AHV plus» Gegensteuer zu geben. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung ist auf eine gutausgebauten AHV angewiesen, um im Alter ein würdiges Leben führen zu können. Daher muss das Gemeinwohl Vorrang haben vor den Interessen der Banken und der Geldeelite. Was die Initiative mit der Erhöhung der AHV-Rente verlangt, ist eine echte Stärkung der Mittelschicht, dies aus drei Gründen:

Erstens hinken die AHV-Renten den Löhnen hinterher. Damit verlieren die AHV-Renten schleichend an Wert, weil nur die Hälfte der Lohnentwicklung zur Berechnung beigezogen wird. Es ist also Zeit, die Renten endlich wieder anzuheben. Zweitens hat sich die berufliche Vorsorge zum kollektiven Drama entwickelt: Tiefe Umwandlungssätze, eine schlechte Verzinsung, hohe Verwaltungskosten fressen den Menschen die teuer finanzierten BVG-Renten weg. Mit höheren AHV-Renten lässt sich dies zumindest teilweise kompensieren.

Drittens steigt die Zahl derjenigen Rentnerinnen und Rentner wieder an, die Ergänzungslieistungen benötigen. Das ist ein Alarmsignal! Wenn wir nicht wollen, dass die Altersarmut zurückkehrt, müssen wir mit einer Rentenverbesserung reagieren. Dass wir uns das leisten können, ist keine Frage. Wir hatten bisher genug Geld, um milliardenschwere Steuergeschenke zu verteilen; jetzt, meine ich, ist die Bevölkerung an der Reihe, auch sie soll etwas bekommen. Genau das ist mit der Initiative «AHV plus» machbar.

Für die Normalverdiener bedeutet die Erhöhung der AHV-Beiträge um 0,4 Prozentpunkte einen verkraftbaren Abzug in der Grössenordnung von 30 bis 60 Franken. Aber für die Ermittis, die Grübels, die Ackermanns und die Brabecks, für alle diese Grossverdiener bedeutet die Initiative, dass sie schnell einmal ein paar Tausend Franken mehr an Beiträgen

zu zahlen haben. Das ist auch richtig so, darum funktioniert die AHV so gut. Weil alle proportional zu ihrem Einkommen einzahlen, die Renten aber plafonierte sind, findet eine Umverteilung statt: Die Reichen zahlen für die Schwächsten und bessern die Renten der Mittelklasse auf. Solange diese Umverteilung garantiert ist, so lange mag ich Blocher und Co. ihren Reichtum und ihre AHV-Rente auch gerne gönnen. Fazit: Mit einem Ja zur Initiative «AHV plus» machen wir Politik für die grosse Mehrheit der Bevölkerung, mit einem Nein machen wir Politik für die Geldeelite.

Moret Isabelle (RL, VD): Fidèle à sa ligne populiste et redistributrice, la gauche nous soumet une énième initiative aux faux-semblants de solution miracle. Comme souvent, les prétendues vertus de celle-ci sont aussi inexistantes que ses conséquences sont néfastes. En effet, et contrairement à ce que d'aucuns semblent croire, distribuer inconsciemment de l'argent n'est pas une panacée, loin de là. Alors qu'un tel supplément à la rente n'aiderait pas les retraités les plus pauvres, il profiterait cependant aux plus aisés – bel auto-goal! De plus, cette initiative est présentée au moment où l'AVS fait face au défi le plus important de son histoire. Souhaiteraient-ils saborder la réforme Prévoyance vieillesse 2020 que les initiateurs ne s'y prendraient pas autrement!

En cas d'acceptation de l'initiative, les dépenses annuelles de l'AVS augmenteraient jusqu'à 5,5 milliards de francs en 2030. De toute évidence, cela entraînerait l'échec de la réforme et compliquerait d'autant plus le développement de sources de financement pérennes. Si la gauche souhaite consolider l'AVS, ce n'est pas peu dire qu'elle s'y prend mal. En cas d'acceptation de l'initiative, la rente AVS augmenterait de 200 francs en moyenne et celle des couples de 350 francs. Les initiateurs soutiennent que cette hausse permettrait de réduire le risque de pauvreté parmi les personnes âgées, ainsi que le nombre de personnes recourant aux prestations complémentaires. Faux! A cet égard, l'initiative manque totalement sa cible. Ce supplément ne serait vraiment bénéfique qu'aux retraités ne touchant pas de prestations complémentaires. En effet, l'augmentation de la rente AVS serait en principe déduite du montant des prestations complémentaires. Selon le Conseil fédéral, 88 pour cent des bénéficiaires de ces prestations complémentaires se trouveraient dans ce cas de figure, tandis que 12 pour cent de ceux-ci verraien même leur situation financière se dégrader. Et pourquoi cela? Parce que les prestations complémentaires, elles, sont exonérées d'impôt alors que l'augmentation de la rente AVS ne le serait pas.

Autrement dit, l'initiative profiterait à une large majorité de retraités qui, malgré des situations financières diverses, ne représentent aucun risque de pauvreté. Qui plus est, l'augmentation étant formulée en pourcentage, ce sont les retraités percevant la rente maximale qui bénéficieraient du supplément le plus élevé, cela alors que ces mêmes retraités disposent en principe d'un capital de prévoyance mieux fourni. De même, il va sans dire que le supplément serait octroyé à chaque retraité, fût-il millionnaire.

En conclusion, l'instrument prétendument social proposé par cette initiative populaire se révèle antisocial sous presque toutes ses coutures. Une telle politique de l'arrosoir n'est pas une solution.

Compte tenu de son inefficacité patente, ces éléments suffisent à discrépacer l'initiative. Je souhaite cependant encore ajouter deux mots sur les conséquences financières de celle-ci.

Cela a été dit par l'excellent rapporteur de commission, Monsieur Cassis: l'acceptation de l'initiative entraînerait une hausse des dépenses annuelles de l'AVS jusqu'à 5,5 milliards de francs en 2030. Il serait alors extrêmement urgent de trouver de nouveaux financements puisque le déficit atteindrait 3,5 milliards de francs en 2018 déjà. A l'urgence s'ajoutera l'aggravation des déficits nous faisant face. En effet, le déficit annuel en 2030 ne serait plus de 8 milliards de francs, comme prévu aujourd'hui, mais de plus de 12 milliards de francs. Cette différence de 4 milliards de francs représente, ni plus ni moins, qu'un point et demi de TVA en

plus ou un pour cent de cotisations salariales, toutes parts confondues. Voilà qui est particulièrement cher pour une initiative totalement inefficace.

Seul le rejet massif de cette initiative permettra un débat serein sur la réforme Prévoyance vieillesse 2020. Nous avons une responsabilité envers les générations futures, la responsabilité de ne pas leur transmettre une AVS exsangue, mais bien une AVS forte dont le financement est assuré pour les prochaines décennies.

Schwaab Jean Christophe (S, VD): Madame Moret, vous dites que vous ne voyez pas d'avantages pour des retraités modestes à ne plus avoir besoin de demander de prestations complémentaires. Pourriez-vous nous expliquer les raisons pour lesquelles vous ne voyez pas comme un avantage, pour des gens modestes, à ne pas avoir à demander une prestation sociale, à ne pas devoir mettre à nu leur situation financière alors qu'ils ont une vie de dur labeur derrière eux?

Moret Isabelle (RL, VD): Je pense que nous devons débattre des situations difficiles, comme le fait que des retraités doivent demander des prestations complémentaires, dans le cadre de la réforme Prévoyance vieillesse 2020. Ce que vous faites en soutenant l'initiative «AVS plus», c'est uniquement saborder le projet de votre propre conseiller fédéral, qui s'efforce de mettre sur pied une réforme difficile et d'obtenir une majorité au sein de ce Parlement ainsi que devant le peuple.

Heim Bea (S, SO): «Eine kleine staatliche Rente weckt das Bedürfnis nach einer privaten Zusatzversicherung und steht deshalb im Einklang mit den Eigeninteressen der Branche.» Nein, dieser Satz stammt nicht aus einem aktuellen Schreiben einer Lebensversicherung an die Parlamentsmitglieder, der Satz stammt aus dem Jahre 1944, und er zeigt ebenso wunderbar wie entlarvend, dass die Bürgerlichen und ihre Sponsoren aus der Versicherungslobby seit über siebzig Jahren die gleiche Politik verfolgen und die AHV unter Dauerbeschuss nehmen. Dieses Werk der Solidarität scheint ihnen einfach nicht zu passen, ja, es hat ihnen noch nie gepasst. Ich stelle fest, dass sich nicht einmal die Argumente ändern. Auch heute hören wir in diesem Saal wieder die gleiche Leier vom demografischen Wandel, der die AHV bedroht, und von der Pleite, vor der die AHV stehen könnte. Das ist weder besonders originell, noch entspricht es der Realität. Sie erinnern sich sicher an die IDA-Fiso-Berichte aus den Neunzigerjahren. Auch sie lagen falsch.

Die AHV ist solide finanziert. Warum? Weil die AHV erstens solidarisch finanziert wird. Das heißt, Spitzenveteriner zahlen viel mehr ein, als sie ausbezahlt bekommen. Der zweite Grund ist der noch wichtigere: weil die AHV mit dem wirtschaftlichen Fortschritt wächst.

Die Schwarzmalerei gegenüber dem Erfolgsmodell der AHV gleicht einem Zündeln am Generationenvertrag und zeugt meines Erachtens nicht unbedingt von Verantwortungsbewusstsein. Wer den Eindruck erweckt, die AHV sei quasi ein Einbruchswerkzeug der Älteren mit Blick auf die Kassen der Jungen, spielt mit dem Feuer. In Wahrheit ist das System der AHV, ganz besonders auch für die Jungen und für die Jüngeren, das effizienteste, sicherste und faireste System der Altersvorsorge, insbesondere für Leute mit kleinem Einkommen und für junge Familien. Dank der äußerst sozialen Finanzierung der AHV müssen Normalverdiener und Familien in jungen Jahren viel weniger ausgeben, als wenn sie die gleiche Rentenleistung über die zweite oder die dritte Säule erzielen wollten.

Privates Sparen für das Alter ist risikoreicher und bringt weniger, auch weil Banken und Versicherungen an den Spargeldern mitverdienen wollen. Vor allem aber hat die AHV das wesentlich bessere Preis-Leistungs-Verhältnis als die anderen zwei Säulen der Vorsorge. Denn tatsächlich macht die AHV seit vierzig Jahren immer ungefähr gleich viel am Bruttoinlandprodukt aus, obwohl sich die Zahl der Rentnerinnen und Rentner verdoppelt hat. Fast verdreifacht hat sich

hingegen der Kostenanteil der zweiten Säule am BIP. Hier fließen und flossen enorme Beträge in die Taschen der Aktionäre der Versicherungsgesellschaften. Darum haben die privaten Versicherungen auch heute noch kein Interesse, dass der Verfassung nachgelebt wird. Aber das geht auf Kosten der älteren Menschen, und es geht vor allem auf Kosten der zukünftigen Rentnerinnen und Rentner, auf Kosten der Jungen.

Ich mache mir keine Illusionen, die Mehrheit dieses Rates wird wohl die vernünftige und dem Geist der Verfassung entsprechende Initiative «AHV plus» nicht zur Annahme empfehlen. Die bürgerliche Seite wehrt sich gegen eine existenzsichernde AHV, weil sie die Versicherungslobby unterstützen will, die wiederum sie unterstützt. Das ist ärgerlich und nicht gerade fair all jenen gegenüber, die ein Leben lang gearbeitet, «gebügelt» haben und doch auf keinen grünen Zweig gekommen sind.

Es scheint, dass die bürgerliche Seite, vor allem die Rechte, in Richtung desolidarisierte Gesellschaft gehen möchte, wo jeder gegen jeden kämpft und nur für sich schaut. Wir hingegen wollen eine starke AHV, und wir nehmen den Grundsatz der Verfassung als Basis für unser Menschen- und Gesellschaftsbild, nämlich die Präambel, wonach die Gesellschaft, die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst. In diesem Sinn, im Sinn der Solidarität, bitte ich Sie, der Initiative «AHV plus» zuzustimmen und damit unserer Verfassung nachzuleben.

Béglé Claude (C, VD): L'augmentation des rentes de 4,1 milliards de francs, proposée par l'initiative, représente un alourdissement des charges liées à l'AVS, donc beaucoup moins de flexibilité. Mieux vaut garder des marges de manœuvre pour traiter d'abord du fond, à savoir de la réforme Prévoyance vieillesse 2020.

Cette réforme, proposée par le Conseil fédéral, est intéressante en ceci qu'elle introduit une flexibilité inédite de l'âge de la retraite entre 62 et 70 ans. Elle tient compte de l'évolution des besoins des salariés tout en pérennisant l'équilibre financier de notre système de prévoyance. Ce sont des avancées majeures, qu'il faut saluer. A l'heure où une refonte profonde du système de prévoyance se profile, je voudrais vous livrer deux propositions qui permettraient d'adapter encore mieux notre système de prévoyance aux besoins actuels des salariés de notre économie.

Une première proposition concerne l'extension de la flexibilité avant 65 ans. Certes, la durée de vie s'allonge, cela pose un problème de financement, puisque la durée de retraite à financer s'allonge d'autant. Il serait souhaitable d'encourager le travail au-delà de 65 ans, sur une base volontaire, mais pour cela il faut ménager sa monture. Par chance, il arrive fréquemment qu'à la fin de la cinquantaine, les besoins financiers du salarié baissent. En effet, c'est plus ou moins à cette période de la vie que le salarié a financé son logement et que ses enfants ont terminé leurs études.

On constate, en parallèle, du moins pour les fonctions dirigeantes, un changement de paradigme. Il y a quelques décennies encore, les rémunérations et les responsabilités croissaient de façon linéaire, puis tout s'arrêtait brutalement à 65 ans. Aujourd'hui, il se trouve qu'on accède en général à ces fonctions à un âge bien plus jeune qu'auparavant. Schématiquement, cette nouvelle forme de parcours professionnel prend plutôt la forme d'une cloche, dont l'asymptote se situerait vers la fin de la cinquantaine. La phase de montée en puissance pour accéder au sommet de cette «cloche» est plus rapide. En revanche, la descente vers la retraite est beaucoup plus progressive. Chaque salarié est un cas particulier. Il semble judicieux de pousser la flexibilité au-delà de ce que propose la réforme.

Il n'est, bien entendu, pas question de menacer les équilibres financiers, notamment celui de l'AVS, mais il est probable qu'une flexibilité accrue aurait un impact positif sur la santé des seniors et, par ricochet, sur les assurances sociales et les caisses-maladie. Une étude approfondie permettrait d'en avoir le cœur net.



Le défi, pour nombre de salariés, serait de préserver leur santé, à quoi s'ajouteraient peut-être l'envie de réduire un peu leur implication professionnelle pour se lancer dans d'autres activités, comme, par exemple, la pratique d'un sport, un engagement associatif, du coaching, etc. Un des effets en serait une amélioration du taux d'absentéisme. Il pourrait donc être proposé aux salariés qui souhaitent lever le pied de maintenir à 58 ans, au lieu de 62 ans, l'âge à partir duquel une retraite anticipée serait possible. Cela pourrait prendre la forme suivante.

Dès 58 ans, tous les salariés intéressés, sur une base volontaire, auraient la possibilité de travailler à 80 pour cent – quatre jours par semaine – et de percevoir un salaire équivalent à 80 pour cent, éventuellement un peu plus. En revanche, la totalité des cotisations – parts patronale et de l'employé – serait maintenue; et, par conséquent aussi, la totalité des droits aux premier et deuxième piliers.

Cette solution impliquerait un effort de cotisation tant de la part du salarié que de l'employeur. Le premier en retirerait les avantages évoqués ci-dessus. Pour l'employeur, cela se justifierait parce qu'un salarié heureux et en bonne santé est en général un employé impliqué, fidèle et productif et parce que l'absentéisme de fin de carrière s'en trouverait probablement réduit. Mais c'est surtout la société toute entière qui bénéficierait d'une telle évolution. Environ 20 pour cent des départs actuels à la retraite anticipée en Suisse sont motivés par des raisons de santé. Donner aux salariés une plus grande latitude dans l'organisation de leur vie permettrait probablement d'économiser des coûts importants.

C'est pourquoi il conviendrait d'étudier l'effet combiné de trois courbes, à savoir celle d'un coût additionnel au niveau des assurances sociales, compensée partiellement par celle d'une réduction concomitante du coût de la santé et par celle d'une réduction du taux d'absentéisme.

La deuxième proposition concerne l'extension de la flexibilité au-delà de 65 ans. Si l'on propose aux salariés de réduire leur activité dès 58 ans, il est cohérent de leur permettre aussi de travailler jusqu'à un âge plus avancé. Ils seraient d'ailleurs en meilleure forme pour le faire. Au-delà de 65 ans, les salariés pourraient continuer de travailler, soit comme auparavant, soit avec un taux d'occupation qui irait en se réduisant graduellement avec les années. Afin de rendre le système incitatif, il conviendrait d'offrir des niveaux de rentes, premier et deuxième pilier combinés, plus attractifs pour ceux qui auraient choisi de travailler au-delà de 65 ans et qui, du coup, n'en seraient bénéficiaires que durant une période plus courte.

Tout le monde y serait gagnant, la société comme eux-mêmes. Le projet Prévoyance vieillesse 2020 va dans cette direction, mais je propose peut-être de l'étendre au-delà de 70 ans, sur une base volontaire, par exemple jusqu'à 72 ans, avec la possibilité de continuer à cotiser au deuxième pilier pour ceux qui le veulent. Les cotisations AVS ou LPP pourraient également être compensées pendant cette période. Je propose donc de recommander au peuple et aux cantons de rejeter la présente initiative pour garder des marges de manœuvre et traiter d'abord du fond, à savoir le projet Prévoyance vieillesse 2020, ainsi que les propositions que je viens ici d'exposer en guise d'amendements au projet du Conseil fédéral.

Schwaab Jean Christophe (S, VD): Monsieur Béglé, vous nous avez brossé un portrait fort éloquent de la fin de carrière professionnelle de personnes qui ont de grandes responsabilités et, en général, un salaire correspondant. Mais avez-vous conscience que le tableau que vous nous avez présenté n'est absolument pas en phase avec la réalité de la grande majorité des travailleuses et des travailleurs âgés?

Béglé Claude (C, VD): Non, je pense que cela correspond aussi à la réalité de travailleurs plus âgés. On rencontre, par exemple, le problème de l'absentéisme de personnes qui travaillent pendant leurs dernières années sans en avoir envie. Je pense que si on permet à des personnes, entre 58 et 65 ans, par exemple, de travailler quatre jours par semaine,

on favorise déjà la transition vers d'autres choses que le monde du travail. Il me semble que cela devrait permettre, d'ailleurs, qu'à l'âge de 65 ans, on décide, au lieu d'arrêter complètement de travailler, de passer à quatre, trois ou deux jours de travail par semaine. Ainsi, on se sentirait plus utile plus longtemps, et ce, que l'on soit infirmière ou cadre dans une société.

Rime Jean-François (V, FR): Monsieur Béglé, je vous ai bien écouté sur la flexibilité. Vous voulez de la flexibilité à partir de 58 ans. La réponse que vous avez donnée à la question de Monsieur Schwaab me convient partiellement. Ne croyez-vous pas que le critère principal pour la flexibilité de l'âge de la retraite, c'est de savoir à quel âge on a commencé vraiment à travailler? Parce que les gens qui ont fait beaucoup d'études et qui ont commencé à travailler à 30 ans devraient certainement travailler plus longtemps, alors qu'une personne ayant fait un apprentissage de maçon, qui a commencé à travailler à 16 ans, devrait, elle, pouvoir profiter de cette retraite anticipée.

Béglé Claude (C, VD): C'est la raison pour laquelle j'ai été un peu plus bref vers la fin de mon intervention, car je ne voulais pas trop dépasser mon temps de parole. Je pense qu'il faut ajouter des accords par branche, car il y a une notion de pénibilité du travail qui doit intervenir. Si on est maçon ou bûcheron, il est peu probable que l'on travaillera au-delà de 70 ans. Si, par contre, on a fait des études, on exerce un travail plus intellectuel, on est susceptible d'avoir une très forte envie de s'impliquer et de demeurer en activité. De plus, rien dans ces domaines d'activité n'engendre une fatigue physique empêchant de travailler jusqu'à 70 ans, peut-être parfois jusqu'à 75 ans.

Cela aurait l'avantage de permettre aux seniors de se sentir utiles et d'être valorisés. Cela aurait aussi l'avantage d'améliorer le rapport du financement de l'AVS et de la LPP. Si je travaille jusqu'à 75 ans et que la durée de vie est peut-être de 84 ans, la rente qui est payée devrait forcément pouvoir être augmentée, peut-être presque doublée. On aurait ainsi un financement qui serait avéré et qui permettrait de lutter contre ce fameux problème. Donc, je pense que cela est gagnant-gagnant tant pour la personne que pour la société.

Vogt Hans-Ueli (V, ZH): Der Gewerkschaftsbund will die AHV-Renten auf dem Weg der Volksinitiative um 10 Prozent erhöhen. Ich bin ebenfalls für höhere AHV-Renten. Man fragt sich geradezu: Warum eigentlich nur eine Erhöhung um 10 Prozent? Und warum eigentlich nur die AHV-Renten? Was ist mit den Löhnen der Erwerbstätigen? Die Löhne sollten ebenfalls um mindestens 10 Prozent erhöht werden, und die Preise für die Konsumgüter und die Mietzinsen sollten um mindestens 10 Prozent sinken. Überhaupt: Preise und Zinsen sind doch etwas ziemlich Lästiges. Wie wäre es mit einer Verfassungsbestimmung, die sagt, dass alles gratis ist? Und wenn ausnahmsweise etwas nicht gratis sein sollte, dann zahlt es der Staat.

Nun, liebe Initianten, geschätzte Linke, willkommen in der Welt der Realität. Alles hat seinen Preis. «There is no such thing as a free lunch», wie unsere angloamerikanischen Kollegen sagen. Mit der Initiative hätte die AHV jährlich Mehrausgaben von 4 bis 5 Milliarden Franken – und wir reden hier, wohlverstanden, auch wenn Sie es nicht hören wollen, von Mehrleistungen einer Einrichtung, die ein Sanierungsfall ist. Bereits beim jetzigen Leistungsniveau hat die AHV jährlich ein Umlagedefizit von 8,3 Milliarden Franken. Leistungs-erhöhungen können unter den gegebenen Umständen sicher nicht versprochen werden. Mit der Annahme dieser Initiative würde die AHV an die Wand gefahren. Diese Initiative ist nicht die Reform der AHV, sie ist der Ruin der AHV. Was jetzt not tut, ist die vom Parlament bereits an die Hand genommene Reform der AHV, und zwar mit dem Ziel, die AHV langfristig, nachhaltig – ein Wort, das von der Linken doch wohl gern gehört wird – zu sanieren. Das hat der Ständerat in einer ersten Runde bereits versucht. Er ist allerdings leider ebenfalls der Versuchung erlegen; er glaubte, eine bit-

tere Pille, nämlich die des höheren Rentenalters, kombinieren zu müssen mit einer Versüssung, nämlich mit einer Mehrleistung. Wenn ich das feststelle, wenn ich dem Ständerat und den Initianten zuhöre, dann scheint mir, dass der Ständerat und die Initianten das Kostenbewusstsein und die finanzielle Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger unterschätzen. Die Menschen in unserem Land, die in haushälterischen Angelegenheiten so verantwortungsbewusst sind, dass sie sich freiwillig nicht einmal eine zusätzliche Ferienwoche geben, werden ganz bestimmt einem solch verschwenderischen Projekt nicht zustimmen.

Geradezu weltfremd ist die Initiative aber deshalb, weil sie nicht sagt, wie die zusätzlichen Leistungen denn finanziert werden sollen. Diese Frage würde sich wohlverstanden selbst dann stellen, wenn die AHV gut dastehen würde. Die Initianten bauen namentlich auf Einnahmen gestützt auf die Erbschaftssteuer-Initiative auf. Diese Initiative ist – Gott sei Dank, kann man sagen! – nicht angenommen worden. Auch in dieser Frage hat das Volk finanzpolitische Weitsicht und Weisheit bewiesen. Wenn aber diese zusätzlichen Einnahmen nicht bestehen, dann fragt man sich tatsächlich, wie das alles finanziert werden soll. Höhere Bundesbeiträge bedeuten Sparmassnahmen. Ich nehme nicht an, dass die Initianten hier mithelfen würden zu sparen. Höhere AHV-Beiträge bedeuten eine Belastung der Wirtschaft – das scheint die Initianten nicht weiter zu kümmern.

Darum lautet die Position der SVP, wie Sie es schon gehört haben: Nein zur Volksinitiative «AHV plus»! Stattdessen ist die Altersvorsorge 2020 voranzutreiben, allerdings nicht mit dem Geist, welcher der Initiative und dem ständerätslichen Beschluss zugrunde liegt: Das ist nämlich ein Geist, der nur darauf aus ist, der Bevölkerung mehr Leistungen zu versprechen, unbekümmert um die Frage, woher denn all das Geld kommt, um diese Leistungen zu finanzieren.

Rytz Regula (G, BE): Sehr geehrter Kollege Vogt, Sie haben jetzt ausgeführt, weshalb eine Unterstützung dieser Initiative für Sie nicht infrage kommt. Sie haben gesagt, dass ein Leistungsausbau nicht möglich ist. Ich möchte von Ihnen gerne hören, wie Sie die AHV denn genau reformieren würden. Gehen Sie zum Beispiel davon aus, dass das Rentenalter erhöht werden muss? Gehen Sie davon aus, dass die AHV-Renten gesenkt werden müssen, um die finanziellen Schwierigkeiten aufzufangen? Darauf hätte ich von Ihnen gerne eine klare Antwort.

Vogt Hans-Ueli (V, ZH): Dazu, wie die AHV zu reformieren ist, habe ich nichts gesagt, weil ja genau das nicht der Gegenstand dieser Initiative ist – darin liegt ja das Problem dieser Initiative. Um diese Frage kümmert sie sich ja gerade nicht. Sie kümmert sich nur darum, was die eine Hand macht, das sind die Mehrausgaben; über Einnahmen sagt sie nichts aus. Die Fragen, die Sie angesprochen haben, sind konstruktiv, mit Rücksicht auf alle Interessen, im Rahmen der Altersvorsorge 2020 zu klären. Eine Erhöhung des Rentenalters – ein Referenzrententaler von 65 Jahren, mittelfristig vielleicht sogar von 67 Jahren – gehört da sicher als Diskussionspunkt auf den Tisch.

Gysi Barbara (S, SG): Ein sicheres Alter ist uns allen wichtig. Das haben wir auch in der Bundesverfassung verankert: Dank den Renten aus AHV und Pensionskasse soll man nach der Pensionierung sein Leben in angemessener Weise fortführen können.

Die AHV ist unsere erfolgreichste und wichtigste Sozialversicherung. Sie ist dank dem Umlageverfahren sehr direkt und solide finanziert. Dies ist mit einem sehr guten Preis-Leistungs-Verhältnis verbunden. Trotz einer stark gestiegenen Anzahl Rentner und Rentnerinnen musste seit vierzig Jahren keine Anpassung der Lohnprozente erfolgen. Größere Probleme gibt es bei der zweiten Säule, weil diese stark von den Kapitalmärkten abhängt.

Gerade für die Frauen ist die AHV doppelt wichtig. Dank den Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, die den Frauen – und, wenn sie Erziehungsarbeit leisten, natürlich auch den

Männern – angerechnet werden, erhalten nahezu alle Frauen eine AHV-Rente, aber nur 58 Prozent der Frauen erhalten eine Rente aus der zweiten Säule. Gerade weil es bei der AHV keinen Koordinationsabzug gibt, sind auch die kleinen Löne oder Teilzeitarbeit gut versichert. Auch dies ist ein Gegensatz zur zweiten Säule, denn viele Frauen sind nicht voll erwerbstätig: 60 Prozent der erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit, ein Viertel von ihnen mit einem Pensum unter 50 Prozent. Die AHV ist darum für Frauen und generell für Menschen mit kleineren Einkommen die wichtigste Alterssicherung. Konkret: Für zwei Drittel der Rentnerinnen und Rentner ist die AHV die wichtigste Einnahmequelle im Alter; für 38 Prozent der Frauen, aber auch für 19 Prozent der Männer ist die AHV inklusive Ergänzungsleistungen im Alter sogar die einzige Einkommensquelle. Frauen arbeiten wie erwähnt in hohem Mass Teilzeit und haben darum oftmals keine oder nur eine kleine BVG-Rente. Weil sie tiefe Löne haben, können sie erst recht nicht eine private dritte Säule aufbauen.

Diese Überlegungen gelten natürlich generell für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit tiefen Lönen. Für sie alle ist die AHV von besonderer Bedeutung und die Initiative «AHV plus» deshalb ein wichtiger Schritt vorwärts und dringend nötig.

Zwar ist der Teuerungsausgleich bei der AHV garantiert, auch dies ein Gegensatz zur zweiten Säule. Allerdings stellt sich ein Problem beim Mischindex, mittels dessen die Anpassung der AHV-Renten an die Lohn- und Teuerungsentwicklung erfolgt. Der Mischindex geht davon aus, dass man das ganze Leben immer die gleiche Tätigkeit und Entlohnung hat. In der Realität entwickeln sich aber viele Leute weiter, darum gibt es eine Differenz, die kalte Degression. Seit den 1980er-Jahren haben die AHV-Renten einen deutlichen Rückstand auf die Lohnentwicklung – einen Rückstand von etwa 10 Prozent. Diese Differenz will die Initiative «AHV plus» ausgleichen; dazu braucht es eine 10-prozentige Erhöhung der AHV-Renten. Eine Mehrheit der Rentnerinnen und Rentner bekäme so eine Erhöhung; sie beträge durchschnittlich 200 Franken pro Monat für Einzelpersonen und 350 Franken für Ehepaare. Das ist wichtig, wenn man sein Leben nach der Pensionierung in angemessener Weise fortsetzen können soll. Da für zwei Drittel der Rentnerinnen und Rentner die AHV die wichtigste Einkommensquelle ist, muss dort angesetzt werden.

Selbstverständlich kostet diese Initiative etwas, das ist den Initiantinnen und Initianten sehr wohl bewusst, Kollege Vogt, doch wir können uns diese Initiative leisten, wenn wir das wollen. Sie kann zum Beispiel über eine Anpassung der Lohnprozente finanziert werden. Seit vierzig Jahren gab es keine Erhöhung der Lohnprozente mehr. Eine vollständige Finanzierung der Initiative «AHV plus», also eine Rentenerhöhung um 10 Prozent, kostet Arbeitnehmer und Arbeitgeberinnen gerade einmal 0,4 Lohnprozente. Das ist verkraftbar und hat einen hohen Nutzen. Die Rentnerinnen und Rentner sind froh um diesen Zusatzbeitrag. Dieser Beitrag hat auch einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen, denn Rentnerinnen und Rentner konsumieren ja auch, zahlen Steuern und erbringen verschiedene Leistungen. Mit einer solchen Erhöhung sind Menschen mit kleinen Renten unter Umständen nicht mehr oder in geringerem Maße auf Ergänzungsleistungen oder andere Beihilfen angewiesen. Das entlastet nicht nur sie selbst, sondern auch die Dienststellen. Ich bitte Sie sehr, die Initiative «AHV plus» zu unterstützen.

Reynard Mathias (S, VS): Je commence par déclarer mes liens d'intérêts: je suis président de l'Union syndicale valaisanne, section cantonale de l'Union syndicale suisse, qui a lancé l'initiative.

Par contre, d'un point de vue strictement personnel, je suis assez loin de pouvoir toucher une rente AVS. Je la toucherai sans doute dans une bonne quarantaine d'années, si la majorité du Parlement persiste dans sa volonté d'augmenter l'âge de la retraite.

Même si elle n'en profite pas directement, la jeunesse est attachée à notre AVS, au système de solidarité entre les générations.



ratios. Nous avons confiance dans l'AVS, qui résiste depuis des décennies, malgré tous les scénarios alarmistes et les prévisions catastrophiques. Nous savons donc que, grâce à sa base solide, l'AVS que nous finançons aujourd'hui nous offrira demain, à notre tour, une rente pour notre retraite. L'attachement à l'AVS est extrêmement fort dans toute la population, y compris dans la jeunesse.

Cela s'explique aussi parce que, pour les jeunes familles et les jeunes salariés à petits et moyens revenus, l'AVS est le système le plus efficace, qui offre le meilleur rapport qualité-prix en assurant la plus grande sécurité. Il faudrait investir davantage et prendre plus de risques pour obtenir des rentes équivalentes avec une épargne privée. Nous en sommes bien conscients!

Une AVS forte est également essentielle pour la cohésion sociale entre jeunes et vieux, riches et pauvres. Malheureusement, avec le niveau actuel des rentes, qui n'ont pas été revalorisées depuis 40 ans et qui sont toujours plus à la traîne des salaires, cette sécurité est en train de disparaître. Alors que notre Constitution stipule que chacun devrait pouvoir «maintenir de manière appropriée son niveau de vie antérieur» grâce à ses rentes AVS et du 2e pilier, la réalité est tout autre. Trop de retraités sont encore aujourd'hui menacés par la précarité, par la pauvreté – silencieuse et discrète, évidemment – et par l'exclusion sociale. C'est inadmissible dans un pays aussi riche que la Suisse.

Toute personne qui a passé sa vie à travailler mérite une retraite décence pour terminer sa vie dans la dignité. Ce n'est aujourd'hui malheureusement pas assuré. Les rentes des 1er et 2e piliers ne permettent pas à chacun de s'en sortir dignement.

Et si j'imagine qu'une grande partie des membres de ce Parlement ont pu se créer un 3e pilier, tout le monde ne peut pas se permettre une épargne privée durant sa vie.

Pour la grande majorité des retraités, c'est au contraire l'AVS qui est la principale source de revenus; 19 pour cent des rentiers et 38 pour cent des rentières n'ont d'ailleurs que la rente AVS pour leur retraite.

Je soutiendrai donc l'initiative «AVS plus», parce qu'il est grand temps de revaloriser et de renforcer les rentes AVS, parce que cela profitera avant tout à ceux qui en ont le plus besoin, parce que l'AVS, c'est la solidarité entre générations et entre classes sociales, et parce qu'il est inadmissible de voir des retraités tomber dans la pauvreté après avoir travaillé toute leur vie.

Bertschy Kathrin (GL, BE): In diesem Jahr ist das Umlageergebnis der AHV zum ersten Mal ins Negative gefallen. Für 2020 wird die Finanzierungslücke auf 700 Millionen Franken pro Jahr geschätzt, und danach erwarten wir eine rasante Vergrösserung der Deckungslücke. Für 2030 ist eine Finanzierungslücke von bereits 8,3 Milliarden Franken jährlich prognostiziert. Was sind die Ursachen dafür?

Die Babyboomer-Generation tritt ins Rentenalter ein, und die Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung gehört zu den höchsten weltweit. Heutige Neurentner leben, verglichen mit jenen von vor 35 Jahren, nach der Pensionierung rund 1,5-mal so lang, Neurentnerinnen 1,2-mal so lang. Das ist höchst erfreulich. Doch es stellt uns vor Herausforderungen einer neuen Dimension. Wir haben heute in der Schweiz rund 1,5 Millionen Menschen, die über 65 Jahre alt sind. 2030 werden es 2,2 Millionen sein. Heute finanzieren vier Erwerbstätige einen Rentner oder eine Rentnerin. 2060 werden es zwei Erwerbstätige sein. 1948, bei der Einführung der AHV, waren es 6,5 Erwerbstätige auf eine Rentnerin oder einen Rentner.

Der Handlungsbedarf ist also riesig. Es ist ein riesiger Handlungsbedarf in Sachen Generationengerechtigkeit, und das nicht nur bei der AHV, es gilt auch für die zweite Säule. Die steigende Lebenserwartung, tiefe Zinsen und ein politischer anstatt eines versicherungsmathematischen Umwandlungssatzes führen in der Kombination dazu, dass heute jeder Rentner und jede Rentnerin durchschnittlich 40 000 Franken mehr bezieht, als er oder sie im BVG selber angespart hat. Rentenberechtigte beziehen mehr, als sie aufgrund ihrer

Einzahlungen und ihrer Lebenserwartung eigentlich zugut haben. Das ist nicht fair, und das ist nicht enkeltauglich.

Was hier mit dieser Initiative vorgeschlagen wird, erhöht dieses Ungleichgewicht zusätzlich, und es entspricht in keiner Weise mehr einem Generationenvertrag. Diese Initiative ist nicht finanziertbar. Sie ist nicht ausgewogen, und sie ist auch nicht effizient im Sinne von bedarfsoorientiert, sondern es ist eine Giesskanne, die von den Jungen finanziert werden soll. Das ist, wie wenn der Enkel, statt an Weihnachten einen Weihnachtsbatzen zu erhalten, dem Grossvater unter dem Tannenbaum ein zusätzliches Tausendernötl zuschiebt. Für das Jahr 2030 dürfte diese Berechnung etwa stimmen.

Mein Fazit: Die Initiative stärkt die AHV nicht, nein, mit dieser Initiative wird die AHV geschwächt. Ich empfehle darum die Initiative zur Ablehnung und würde mir stattdessen eine umfassende, eine ausgewogene und vor allem eine generationengerechte Diskussion und Lösung im Rahmen der Altersvorsorge 2020 wünschen.

Schenker Silvia (S, BS): Frau Bertschy, Sie sind ja Co-Präsidentin der Alliance F, wenn ich das richtig im Kopf habe. Sind Sie sich bewusst, dass vor allem die Frauen von der Initiative «AHV plus» profitieren?

Bertschy Kathrin (GL, BE): Es ist richtig, ich bin zum einen Vertreterin einer jungen Generation, welche die Altersvorsorge der heutigen Rentner und Rentnerinnen mitfinanziert, und zum andern bin ich auch Co-Präsidentin der Dachorganisation der Frauenorganisationen, und ich stelle fest – das ist korrekt –, dass die Frauen überdurchschnittlich viele AHV-Leistungen beziehen. Wenn wir aber die AHV-Leistung einfach undifferenziert mit der Giesskanne für alle erhöhen, stellen wir die Frauen eigentlich nicht besser. Es ist eine undifferenzierte Verbesserung bzw. Verschlechterung.

Es gibt bessere Lösungen, um die Frauen besserzustellen. Beispielsweise können wir im BVG mit der Abschaffung des Koordinationsabzuges die Versicherungslösung für die Frauen, die überdurchschnittlich häufig teilzeiterwerbstätig sind, deutlich verbessern. Das wird vom Bundesrat im Rahmen der Altersvorsorge 2020 vorgeschlagen. Es gibt andere Massnahmen, die man ergreifen könnte, zum Beispiel ein Splitting der BVG-Beiträge. Oder mit der Lohngleichheit erreichen wir, dass Frauen im Rentenalter nicht nur bessere AHV-Renten, sondern auch bessere BVG-Renten haben. Und schlussendlich hätten wir sonst die Ergänzungslösungen. Über die kann man diskutieren, sie tragen bei den Frauen schlussendlich im Rentenalter häufig auch zum Einkommen bei. Es gibt verschiedene Massnahmen; die Beserstellung im Rahmen der AHV ist nicht die einzige Massnahme.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Wer hier zu hört, könnte meinen, wir würden von einer Revolution sprechen, von der Einführung der Volkspension oder von was weißt du. Wissen Sie, worum es geht? Es geht um eine ganz bescheidene Anpassung der AHV-Renten mit Blick auf den Verlust, den Rentnerinnen und Rentner im Vergleich zur Entwicklung der Löhne und der Wirtschaft erlitten haben, nämlich um eine 10-prozentige Anpassung; genau das haben wir nämlich bei der Rente im Vergleich zur Wirtschaftsentwicklung als Verlust festzustellen. Früher konnte man ja darauf hoffen, dass man diesen Verlust vielleicht mit dem BVG ausgleichen könnte, aber diese Zeiten sind längst vorbei. Die BVG-Renten kennen keinen Teuerungsausgleich, und jetzt, in Zeiten der tiefen Zinsen, sieht die Situation noch schlimmer aus. Bei einem Handwerkerlohn von 5500 Franken erreicht das Ersatzeinkommen aus BVG und AHV heute – Herr Pardini hat darauf hingewiesen – 43 Prozent; nicht etwa 100 Prozent oder 80 Prozent, nein, 43 Prozent. Sie können selber ausrechnen, ob Sie damit einen angemessenen Lebensstandard weiterführen können, wie es die Bundesverfassung verlangt.

Sie haben ja alle am 30. November auf die Verfassung geschworen oder gelobt. Wissen Sie, was die Verfassung bei der AHV verlangt? Sie verlangt, dass die Renten den Exi-



stenzbedarf angemessen zu decken haben. Das gilt auch für die Herren Frehner und Vogt, die vorhin wortgewaltig irgendetwas von sich gegeben haben wie etwa, wir würden irgendwelchen wohlstandsdegenerierten Menschen Renten gratis verteilen.

Mit der Initiative gibt es bei den Renten einen Zuschlag im Ausmass des Rentenverlustes von 10 Prozent, das macht 200 Franken mehr für Alleinstehende und 350 Franken mehr für Ehepaare, gerechnet auf die Durchschnittsrente. Das ist vor allem wichtig für Rentnerinnen – ich spreche jetzt zu Frau Bertschy –, für Frauen mit tiefen Löhnen, für Frauen, die Teilzeit arbeiten. Frau Bertschy hat die Frauen auf die Lohngleichheit oder ad calendas graecas vertröstet – und das als Co-Präsidentin von Alliance F! Auch Ihnen würde ich empfehlen, die Realität der Frauen im Rentenalter einmal genauer anzuschauen.

Es ist zwar so, dass sich die Lage vieler älterer Menschen mit der AHV spürbar verbessert hat. Aber auch in der reichen Schweiz gibt es im Alter noch sehr viel Armut. Oder es gibt Leute, die an der Grenze zur Armut leben. Das betrifft viele Frauen. Wohlstandsdegenerierte SVP-Nationalräte haben die Realität offenbar noch nicht zur Kenntnis genommen. Willkommen in der Welt der Realität, meine Herren Frehner und Vogt! Die Einkommens- und Vermögensunterschiede sind gerade im Alter sehr gross, und die Schere öffnet sich weiter. Der Direktor von Pro Senectute schätzt, dass jeder achte ältere Mensch in der Schweiz von Armut betroffen ist. Viele Armutsbetroffene leben nicht im Heim, sondern zu Hause und getrauen sich aus Scham vielfach nicht einmal, Ergänzungsleistungen zu beantragen. Seit 2008 hat die Zahl der Menschen, die im AHV-Alter Ergänzungsleistungen beziehen, massiv zugenommen, um 26 801 Personen.

Die AHV ist für viele Leute in diesem Land die wichtigste Einnahmequelle. 13 Prozent der Rentner und – Frau Bertschy, bitte hören Sie mir zu – 38 Prozent der Rentnerinnen leben nur von der AHV. Für die meisten älteren Menschen ist die AHV zusammen mit den Ergänzungsleistungen die wichtigste Existenzsicherung überhaupt.

Es stellt sich noch eine Frage: Können wir uns diese Initiative leisten? Und als weitere Frage: Wollen wir uns und müssen wir uns die Initiative leisten?

Die AHV ist die effizienteste Altersvorsorge. Sie ist viel effizienter als die berufliche Vorsorge. Sie verursacht wesentlich weniger Verwaltungskosten. Das Umlagedefizit, das zu erwarten ist, macht 0,85 Lohnprozente aus, das entspricht den Mehrausgaben von 4,1 Milliarden Franken bzw. 3,3 Milliarden Franken. Das entspricht einer Erhöhung der paritätschen Lohnbeiträge um je 0,4 Prozentpunkte aus. Dafür bekommen alle bessere Renten, die zwar noch nicht existenzsichernd sind, aber doch etwas höher. Das ist effizient eingesetztes Geld. Das gilt auch für die, welche besser verdienen. Die AHV ist wie gesagt die effizienteste Lösung, viel rentabler als die Pensionskassen.

Und jetzt noch ein Blick zurück: Seit 1975 hat sich die Zahl der Rentnerinnen und Rentner von 900 000 auf 2 Millionen erhöht, trotzdem zahlen wir heute nicht mehr Lohnprozente als damals. Wissen Sie – das an die Adresse der SVP, bevor Sie Untergangsszenarien malen –, was für die Finanzierung der AHV entscheidend ist? Es ist das Wirtschaftswachstum, es ist die Zahl der Beschäftigten, es ist die Lohnentwicklung. Genau deswegen ist es auch wichtig, wie viel Zuwanderung wir haben und dass die Leute gute Löhne bekommen. Mit der Umlagefinanzierung sichern wir die Zukunft der AHV bei Weitem.

Noch eine Bemerkung zur Frage der Giesskanne: Ich erinnere Sie an unseren früheren Bundesrat Tschudi. Wissen Sie, was er gesagt hat? Er hat gesagt: «Die Reichen brauchen die AHV nicht, aber die AHV braucht die Reichen.» Das gilt heute genau so. Die AHV ist das wichtigste Sozialwerk, das den Generationenzusammenhalt stärkt, das für die Zukunft von uns allen sorgt.

Sagen wir Ja zur Initiative «AHV plus». Sie bringt die längst fällige Anpassung der AHV-Renten. Das ist wichtig für alle Menschen, die unseren Wohlstand geschaffen haben, und das sind die Rentnerinnen und Rentner von heute.

Schelbert Louis (G, LU): Die Renten sind eines der zentralen Elemente unserer Gesellschaft. Der Kampf um die AHV dauerte Jahrzehnte. Sie ist heute die wichtigste soziale Einrichtung der Schweiz. Dank der AHV konnte die Altersarmut drastisch verringert werden. Damit sie diese Aufgabe auch in Zukunft wahrnehmen kann, ist eine Entwicklung notwendig. Diese Entwicklung ermöglicht die Volksinitiative «AHV plus».

Die erste Säule ist für die meisten Pensionierten die wichtigste. Das kann in diesem Saal erstaunen, wo doch alle hier von viel höheren Einkommen leben. Doch viele Rentnerinnen und Rentner müssen mit bescheidenen Renten auskommen: Von der AHV erhalten Ehepaare im Maximum 3525 Franken im Monat, Einzelpersonen maximal 2350 Franken. Die Ergänzung durch die zweite Säule fällt bei den meisten niedriger aus. Das erlaubt ihnen keine grossen Sprünge, zumal viele Leute keine Maximalrente erhalten, sei es, weil sie in ihrem Leben dafür nicht genug verdienten, sei es, weil sie keine Kinder grosszogen.

Laut Bundesverfassung sollen die Pensionierten mit der Rente ihr gewohntes Leben in angemessener Weise fortführen können. Dafür wurde ein Rentenziel von 60 Prozent des letzten Lohnes formuliert. Das bedeutet bei einem Lohn von 8000 Franken im Monat eine Rente von 4800 Franken; das erlaubt kein Leben in Saus und Braus. Wie ist es da erst bei tieferen Einkommen? Der Medianlohn in der Schweiz liegt bei rund 6000 Franken im Monat. Das heisst, dass die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung mehr verdient, die andere Hälfte weniger. Mit dem Medianlohn und dem Rentenziel von 60 Prozent ergeben sich aus der ersten und zweiten Säule zusammen 3600 Franken an Rente. Ein Lohn von 5000 Franken ergibt eine Rente von 3000 Franken. Ein Lohn von 4000 Franken im Monat ergibt bei diesem Rentenziel eine Rente von 2400 Franken.

Das ist zu wenig. Seit Jahren sind deshalb Leistungsverbesserungen bei der AHV ein Thema. Die Initiative bietet die Chance, sie zu erreichen. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient einen Ruhestand in Würde. Die AHV alleine soll laut Verfassung den Existenzbedarf decken. Das ist in einer zunehmenden Zahl von Fällen nicht mehr möglich, daher wachsen die Ausgaben der Ergänzungsleistungen. Deren Wachstum missfällt denselben Kreisen, die sich gegen einen Ausbau der AHV wenden. Die Initiative «AHV plus» würde die Bedingungen der Betroffenen endlich verbessern.

Ebenfalls seit vielen Jahren wird aber die AHV von interessierten Kreisen krankgeredet, um jeden Ausbau zu verhindern. Doch die AHV ist gesund, sie ist solide finanziert. Vor 20, vor 15 und vor 10 Jahren sagten viel zu pessimistische Prognosen der AHV grosse Verluste voraus. Sie trafen nicht ein, der AHV-Fonds wuchs stattdessen auf aktuell knapp 45 Milliarden Franken. Massgebend für die Befindlichkeit der AHV ist nicht das Verhältnis zwischen Arbeitstümern und Rentnerinnen, sondern primär die Entwicklung der Löhne, die die Grundlage der Beiträge an die Sozialversicherung bilden. Gute Löhne sind der beste Garant für eine gesunde AHV.

Damit bestreite ich nicht, dass sich die Alterung der Bevölkerung auf die Finanzsituation der AHV auswirkt. Anpassungen sind aus demografischen Gründen angezeigt, nicht aber Panik und Hektik. Es ist richtig, am Projekt Altersvorsorge 2020 zu arbeiten. Klar ist aber auch: Die AHV wackelt nicht, sie ist sehr stabil. Die Bevölkerung muss nicht jede beliebige sogenannte Sanierung schlucken. Das wird sie auch nicht, sie hat Rentenkürzungen 2004 bei der 11. AHV-Revision und 2010 bei der 2. BVG-Revision ganz klar abgelehnt. Auch die Altersvorsorge 2020 kommt vor das Volk. Dort muss sie bestehen. Und ich wage die Prognose: Das wird mit einem Rentenabbau unmöglich sein. Ein massvoller Ausbau der AHV, wie ihn diese Initiative vorschlägt, macht aber die Annahme wahrscheinlich.

Zum Schluss noch zur Finanzierung: Bei Annahme der Initiative ist mit gut 4 Milliarden Franken Mehrkosten zu rechnen. Die Initianten haben keinen Finanzierungsschlüssel vorgeschlagen. Das Parlament wäre daher frei zu entscheiden. Haupteinnahmequelle der AHV sind Lohnprozente. Das

sollte so bleiben. Richtig wäre aber auch, die Schlupflöcher bei der Dividendenbesteuerung zu schliessen. Viele Einkommen werden heute zunehmend in Form von Dividenden ausgerichtet, weil diese nicht AHV-pflichtig sind. Diese Privilegierung dieses Schlupfloch widerspricht dem Solidaritätsprinzip; der Gesetzgeber kann und muss das ändern.

Nordmann Roger (S, VD): L'initiative «AVS plus» est une réponse efficace à l'affaiblissement de la prévoyance professionnelle. Quel est le problème? Une succession rapide de crises financières a eu un impact si négatif sur le rendement de la fortune que, en dix ans, le niveau des nouvelles rentes a baissé de 11 pour cent. Je m'explique.

En 2003, avec un capital de retraite de 100 000 francs, la personne qui partait à la retraite obtenait en moyenne une rente annuelle de 7100 francs. En 2013, avec le même capital de retraite de 100 000 francs, elle n'obtenait plus qu'une rente annuelle de 6300 francs. Il s'agit donc d'une perte séche de 800 francs par an soit 11 pour cent de la rente du deuxième pilier. Cette évolution est d'autant plus injuste que, pour accumuler ce capital dans sa caisse de pension, le traité de 2013 a dû cotiser davantage que celui de 2003, parce que son compte de prévoyance a été moins bien rémunéré que celui de son aîné.

Pour rétablir le niveau des rentes, on pourrait évidemment décider d'augmenter les cotisations de la prévoyance professionnelle, afin d'arriver à un capital plus élevé au moment du départ à la retraite. Toutefois, au vu du faible rendement des placements des caisses de pension et des frais de fonctionnement astronomiques du deuxième pilier qui engloutit tout de même 6,4 milliards de francs de frais d'administration et de gestion chaque année, ce ne serait pas efficace. En effet, les cotisations sont destinées aux retraites et non à nourrir l'administration des caisses et leurs conseillers en placements.

Pour résoudre le problème de cette diminution des rentes et leur garantir un niveau correct malgré l'affaiblissement du deuxième pilier, nous préférons miser sur l'AVS, car celle-ci est très efficace. J'aimerais souligner les trois principales raisons pour lesquelles l'AVS est si efficace.

Premièrement, l'administration de l'AVS ne coûte que 600 millions de francs par an, soit un dixième du coût annuel de la gestion du deuxième pilier. Dans l'AVS, plus de 98 pour cent de l'argent encaissé retourne aux assurés sous forme de rentes.

Deuxièmement, l'AVS est très résistante au vieillissement démographique, parce que, année après année, la croissance de la productivité du travail et des revenus augmente le produit des cotisations et consolide le financement de l'AVS. La meilleure preuve de cet effet est que le taux de cotisation de l'AVS est à 8,4 pour cent depuis 1975. Il a suffi principalement d'un pour cent de TVA additionnel en 1999 pour maintenir en équilibre les finances de l'AVS. Cela est d'autant plus remarquable qu'à l'époque, en 1975, on vivait en moyenne 16 ans après le départ à la retraite tandis qu'on vit aujourd'hui en moyenne 21 ans. On a donc gagné cinq années de vie, et l'AVS a réussi à financer cela sans augmenter les cotisations.

Autre phénomène étonnant: en 1975, il y avait 1 million de rentiers dans le pays; aujourd'hui, il y en a 2,2 millions. L'AVS a réussi à absorber l'augmentation non seulement de la durée de vie, mais aussi du nombre de retraités. Cela démontre la solidité du système de financement de l'AVS et son adaptabilité au vieillissement démographique.

Troisièmement, l'AVS est un instrument très efficace pour réduire la pauvreté des retraités, grâce à un principe arithmétique tout simple: les revenus du travail, y compris celui des indépendants et les bonus – y compris le dernier bonus du trader le plus rapace – sont entièrement soumis à cotisation, jusqu'au dernier million. Cela assure des recettes suffisantes pour financer des rentes qui vont de 1175 à 2350 francs pour une personne seule, et jusqu'à 3510 francs par mois pour un couple.

En plus d'être diablement efficace, ce financement solidaire rétablit une certaine justice à l'issue de la vie active, qui se

caractérise – comme nous le savons – par de grandes différences de revenus du travail.

Pour toutes ces raisons, nous pensons qu'il faut davantage miser sur l'AVS pour conserver un bon système de retraite qui remplisse son rôle fondamental, soit de permettre à chacun et chacun de vivre une retraite à l'abri de la grande pauvreté. La population n'acceptera les difficiles ajustements mathématiques du deuxième pilier que si l'AVS est en mesure de compenser au minimum les pertes et même d'assurer une légère amélioration du niveau de vie des retraités modestes, c'est-à-dire de ceux, très nombreux, dont l'AVS est le principal revenu.

L'initiative «AVS plus», que je vous demande de recommander au peuple et aux cantons d'accepter, est l'instrument le plus efficace et le plus économique pour garantir des rentes dignes. Je vous remercie donc de la soutenir.

Vitali Albert (RL, LU): Die Initiative «AHV plus» ist auf den ersten Blick reizvoll und verführerisch. Wer möchte schon nicht 10 Prozent mehr AHV-Rente? Bekanntlich würde diese Initiative jährlich über 4 Milliarden Franken mehr kosten. Diese Mehrkosten müssten finanziert werden, und daher ist eine finanzpolitische Beurteilung wichtig. Da passt das Sprichwort: «Schau die Zahlen an, denn sie schauen dich an.»

Die Initiative der Gewerkschaften zielt an der Realität vorbei. Es ist schon schwierig, die heutige AHV zu stabilisieren. Finanzieren wollten die Initianten diesen Ausbau teilweise mit der Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV», also der Erbschaftssteuer-Initiative, die bekanntlich vom Volk mit 71 Prozent Neinstimmen abgelehnt wurde. Diese gewünschten Einnahmen sind weg, und woher die Initianten jetzt das Geld nehmen wollen, ist nicht bekannt.

So bitter es ist, wir dürfen die AHV nicht ausbauen, wir müssen sie im Gegenteil der Realität der steigenden Alterung anpassen. Es ist unmöglich, diese Milliarden von Franken zusätzlich zu finanzieren. Die Initiative funktioniert nach dem Giesskannenprinzip. Man giesst also Wasser aus, auch wenn es in der Giesskanne keines mehr hat. Wirklich bedürftige Rentner würden gar schlechtergestellt, denn sie verlören zum Teil Ergänzungsleistungen.

Es ist absolut notwendig, dass wir die Reform Altersvorsorge 2020 ohne weiteren Ausbau vornehmen und gute Übergangslösungen erarbeiten. Es darf im jetzigen Zeitpunkt keine Erhöhung der Lohnabzüge geben. Diese belasten sowohl die Arbeitnehmer als auch die Arbeitgeber, die mit dem starken Franken und der stagnierenden Wirtschaft schon genug Probleme zu lösen haben. Das Rentenalter muss wie angedacht für alle 65 Jahre sein, und gleichzeitig soll es auch flexibilisiert werden. Der Umwandlungssatz im BVG muss nach der heutigen Beurteilung gesenkt werden. In der beruflichen Vorsorge muss der Sparbeginn früher erfolgen, und die Staffelung der Sparbeiträge muss angepasst werden. Es ist unverantwortlich, unseren Nachkommen einen riesigen Schuldenberg zu hinterlassen. Nachdem wir mit der Schuldenbremse im Bundeshaushalt gute Erfahrungen gemacht haben, ist es für mich selbstverständlich, eine solche auch bei der Altersreform einzuführen.

Ich bitte Sie, die Initiative «AHV plus» zur Ablehnung zu empfehlen und an einer gescheiteren und finanzierten Reform Altersvorsorge 2020 mitzuarbeiten.

Meyer Mattea (S, ZH): Mein Rentenalter liegt noch in weiter Ferne. Trotzdem ist es ein Thema für mich, aber weniger, weil ich mir um meine eigene Vorsorge Sorgen machen sollte, sondern vielmehr, weil mit Angstmacherei versucht wird, meine Generation gegen die ältere Generation auszuspielen. Uns wird eingeredet, dass wir Nein zu Rentenerhöhungen sagen müssen, weil wir sonst später keine Rente mehr oder eine ungenügende Rente hätten. Diese Entsolidarisierung und das Herbeireden eines Generationenkonflikts sind aus mehreren Gründen falsch und gefährlich. Ich möchte auch und gerade als Junge in einer Gesellschaft leben, die allen ein Älterwerden in Würde ermöglicht, insbesondere jenen Menschen, die es sich in ihrem Arbeitsleben

nicht leisten konnten, privat und steuerbegünstigt Vorsorgekapital anzusparen. Es ist beschämend, dass Menschen vierzig Jahre und mehr arbeiten und dann nicht anständig von ihrer Rente leben können. Für mehr Menschen, als wir es uns vorstellen können, ist Altersarmut bittere Realität, auch wenn dies heute auf merkwürdige Art und Weise in Frage gestellt worden ist und anständige Renten als realitätsfremd abgestempelt werden. 200 000 Menschen sind auf Ergänzungsleistungen angewiesen, und viele andere beziehen aus Scham keine, obwohl sie einen Anspruch darauf hätten. Gerade für diese Menschen trägt eine Erhöhung der AHV um 10 Prozent dazu bei, dass sie unter anständigen Bedingungen alt werden können.

Den Generationenkonflikt gibt es schlichtweg nicht. Eine starke AHV kommt nicht nur den Rentnerinnen und Rentnern von heute zugute, sondern auch den Erwerbstätigen. Dank der sozialen Ausgestaltung der AHV müssen Normalverdiener und Familien viel weniger ausgeben, als wenn sie die gleiche Rentenleistung über die zweite und dritte Säule erzielen wollten. Gäbe es keine AHV, müssten wir viel stärker für unser Alterseinkommen vorsorgen. Eine AHV-Erhöhung um 10 Prozent garantiert, dass die ältere Generation nicht in Abhängigkeit von ihren Kindern gerät und diese nicht noch zusätzlich für ihre eigenen Eltern aufkommen müssen. Zu guter Letzt steht die AHV aller Angstmacherei zum Trotz auf soliden finanziellen Beinen. In der Vergangenheit konnten Geburtenrückgänge und längere Lebenserwartungen gemeistert werden, weil die Einnahmen mit der Zunahme der Beschäftigten sowie mit der steigenden Produktivität gewachsen sind. Mit steigenden Löhnen nehmen logischerweise eben auch die Beiträge an die AHV zu. Dank dem einmaligen sozialen Finanzierungssystem der AHV und möglichen Zusatzeinnahmen können auch vorübergehende Erhöhungen der Anzahl Renten gemeistert werden. Ich bin sehr zuversichtlich, dass dies machbar ist – wenn denn der politische Wille vorhanden ist.

Wenn hier jetzt beklagt wird, dass wir Jüngeren die Älteren finanzieren müssten und die Initiative nicht finanziert sei, dann frage ich Sie: Es können milliardenschwere Steuergeschenke an Grosskonzerne und Superreiche gemacht werden – und das Verhindern von Altersarmut soll in der Schweiz nicht finanziert sein?

Altersarmut wie auch Familienarmut dürfen keine Perspektive für die Zukunft sein. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Initiative «AHV plus» zur Annahme zu empfehlen.

Herzog Verena (V, TG): Altersarmut und Familienarmut, das ist für uns tatsächlich ein wichtiges Thema, dem man begegnen muss, Kollegin Vorrednerin.

Mit der Volksinitiative «AHV plus: für eine starke AHV» wollen der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Linke die Altersrenten erhöhen. Auf alle Altersrenten, und das ist ja das Seltsame, soll ein Zuschlag von 10 Prozent ausgerichtet werden. Eine Mehrheit der heutigen und künftigen Rentnerinnen und Rentner würde somit einen Rentenzusatz von 200 Franken, Ehepaare würden einen von 350 Franken pro Monat erhalten. Damit soll der Rückstand der AHV-Renten gegenüber den Löhnen etwas verkleinert werden.

Das tönt ja vielleicht gut, aber dabei wird die aktuelle Lage unserer bewährten Altersvorsorge vom Gewerkschaftsbund und von der Linken – ich behaupte: bewusst, aber vielleicht auch einfach fahrlässig – ausgeblendet. Für mich gilt immer noch: Erstens kann man einfach nicht mehr ausgeben, als man hat. Zweitens sollen auch nächste Generationen noch von unserem bewährten Dreisäulenmodell profitieren. Als ob sich die Situation durch die Demografie, die steigende Lebenserwartung, die Babyboomer-Generation, die bald ins Rentenalter kommt, nicht ohnehin massiv verschärfen würde! Bereits jetzt, wir haben es schon gehört, ohne Erhöhung der Renten um 10 Prozent, wird bis ins Jahr 2030 von einem jährlichen Umlagedefizit von 8,3 Milliarden Franken ausgegangen. Mit dieser Initiative kämen 4,5 Milliarden dazu. Solche unrealistischen Begehrlichkeiten erwecken in mir den Eindruck einer Nach-uns-die-Sintflut-Mentalität. Es ist nicht nur Aufgabe der Politik, für das Jetzt und Heute zu

sorgen, sondern wir tragen Verantwortung auch für nächste Generationen.

Selbstverständlich sollen auch die jetzigen AHV-Rentner einen würdigen Lebensabend verbringen, den sie zweifellos verdient haben. Ich bin Mitglied des Stiftungsrates einer Pro Senectute-Organisation, und natürlich ist das auch mir ein Anliegen. Die Bandbreite von Lebensstandards und Renten ist im Alter wie auch im übrigen Leben gross, aber seien wir doch ehrlich: Wenigen geht es schlecht, anderen geht es recht, und sehr vielen geht es gut und sehr gut.

Wir haben mit dem heutigen System eine gute Lösung, welche jene, die darauf angewiesen sind, auch zu stützen vermag. Unser Dreisäulensystem lässt Rentnerinnen und Rentner, die im unteren Einkommenssegment gearbeitet haben, denen es kaum möglich war, in die zweite Säule einzubezahlen, und denen auch wenig Erspartes geblieben ist, nicht im Stich. Mit den Ergänzungsleistungen haben wir ein zusätzliches Auffangsystem, von dem die Leute in anderen Ländern Europas nur träumen können.

Wenn mit dieser Volksinitiative nun zielgerichtet das Budget der genannten Personengruppen etwas aufgebessert würde, hätte vielleicht der eine oder andere noch Verständnis dafür. Was die Initiative will, ist aber absolut asozial: In einer Zeit, in der wir gleichzeitig um die Sanierung unserer besten Einrichtung ringen, sollen AHV-Gelder nach dem Giesskannenprinzip an alle verteilt werden, auch an jene mit einem dicken Portemonnaie. Liebe Freunde von der SP, dafür hat wohl kaum jemand Verständnis. Wir sind als verantwortungsvolle Politiker doch gefordert, nach Lösungen zu suchen, wie unser zurzeit noch funktionierendes Altersvorsorgesystem auch weiterhin funktionieren kann, auch für nächste Generationen. Ich werde den Verdacht nicht los: Wer in Kenntnis dieser allgemein bekannten Fakten trotzdem das Begehr einer generellen Rentenerhöhung stellt, will bewusst den sozialen Zusammenhalt zwischen Jung und Alt unnötig überbeanspruchen und die Zukunft der jetzt noch gut funktionierenden Altersvorsorge gefährden. Die Frage lautet definitiv weniger, ob die heutige Generation der Rentner eine genügende Altersvorsorge hat, als vielmehr, wie die Altersvorsorge der künftigen Generationen gesichert werden kann. Als neues SGK-Mitglied habe ich letzte Woche kiloweise Akten zur Altersvorsorge 2020 zum Studium erhalten. Es wurden von vielen schon zig Stunden aufgewendet, um nach Lösungen zu suchen, um wenigstens eine gewisse Generationengerechtigkeit zu ermöglichen.

Die einen träumen, und andere glauben wohl noch an Märchen. Letzteren empfehle ich, doch wieder mal einen Klassiker zu lesen: das Grimm-Märchen «Vom Fischer und seiner Frau». Dann begreifen vielleicht auch sie, was bereits Kindergartenbegreifen können.

Ich hoffe sehr und bitte Sie darum, dass Sie diese Initiative zur Ablehnung empfehlen.

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE): L'AVS est le premier pilier de notre prévoyance vieillesse: c'est une conquête sociale majeure du XXe siècle, qui ne s'est mise en place que progressivement, puisque c'est en 1925 que les premières votations ont eu lieu pour jeter les bases de cette assurance sociale et qu'elle n'est entrée en vigueur que le 1er janvier 1948.

L'AVS représente plus qu'une assurance sociale, c'est aussi le symbole de la cohésion sociale, puisqu'elle a permis à des générations de personnes âgées de vivre avec un revenu digne.

L'AVS repose sur des bases solides: malgré les prédictions alarmistes des partis de droite et des milieux de l'économie et de la finance, l'AVS n'est pas déficitaire. Elle a résisté à l'augmentation du nombre de retraités, à l'allongement de la durée de vie et au recul du nombre des naissances. Ce phénomène s'explique par l'augmentation de la productivité, qui a permis une augmentation des salaires et donc une augmentation du produit des cotisations. Néanmoins, il faut rappeler que le taux de cotisation n'a pas augmenté depuis 1975, étant resté à 8,4 pour cent.

La Constitution fédérale prévoit que toute personne qui prend sa retraite doit pouvoir maintenir son niveau de vie antérieur de manière appropriée. Or, pour les personnes à faible et moyen revenu, cet objectif n'est pas atteint avec les rentes actuelles de l'AVS et du deuxième pilier. Ces personnes n'ont, pour la plupart, pas les moyens de se constituer un troisième pilier – donc de l'épargne personnelle; ce n'était pas prévu, puisque l'on doit pouvoir subvenir à ses besoins avec les revenus des deux premiers piliers.

A titre d'exemple, 19 pour cent des rentiers et 38 pour cent des rentières ne disposent que de l'AVS pour vivre, ce qui est malheureusement insuffisant. Ces personnes peuvent bénéficier de prestations complémentaires, qui sont plus ou moins généreuses selon les cantons, mais cette situation n'est pas satisfaisante. D'une part, car des personnes qui ont travaillé toute leur vie ne devraient pas être obligées d'avoir recours à cette forme d'assistance et, d'autre part, car cela constitue un report de charges sur les cantons, alors qu'un système équilibré doit être à même d'assurer un financement suffisant des rentes.

Il est donc impératif d'augmenter les rentes AVS afin de couvrir les besoins vitaux des retraités. Pour y arriver, il faudrait augmenter de 0,5 pour cent les cotisations patronales et celles des salariés. C'est à la fois modique et efficient car les rentiers recevraient une rente un peu plus élevée pour une cotisation modeste.

Cette initiative est primordiale pour trois raisons. Premièrement, ce sont surtout les bas et moyens revenus qui en bénéficieront. Deuxièmement, les jeunes familles sont avantageées par le système de l'AVS, car il leur coûte moins cher que le deuxième ou troisième pilier et il assure aussi un meilleur revenu à leurs parents âgés. Troisièmement, les femmes ont en général un deuxième pilier plus faible que les hommes en raison de leur salaire moins élevé, du travail à temps partiel et de l'interruption de leur vie professionnelle en raison des maternités. Grâce au bonus éducatif et au splitting, les femmes perçoivent des rentes AVS un peu plus équitables. Elles seront donc logiquement aussi bénéficiaires d'une augmentation de la rente AVS, qui compensera partiellement les discriminations qu'elles subissent sur le marché du travail.

Il faut donc cesser de dénigrer l'AVS et de faire peur en brandissant les risques de faillite de notre premier pilier. C'est une assurance sociale saine, mais, évidemment, elle ne fournit pas de juteux bénéfices au secteur financier puisqu'elle distribue la plus grande partie de son avoir sous forme de rentes.

Cela explique donc pourquoi les milieux des banques et des assurances continuent à propager des rumeurs de faillite afin que la population perde confiance dans le système de l'AVS.

L'initiative «AVS plus» est tout à fait réaliste et peut être financée par une modeste augmentation des cotisations sur les salaires alors que, répétons-le, ces dernières n'ont pas été adaptées depuis quarante ans!

Si, en 2014, les vingt plus grandes entreprises suisses ont été capables de servir 35,8 milliards de francs de dividendes à leurs actionnaires, elles peuvent absorber 0,5 pour cent d'augmentation au titre de l'AVS!

C'est pourquoi l'initiative «AVS plus: pour une AVS forte» revendique une augmentation de 10 pour cent des rentes AVS. Elle a le mérite de la simplicité et de l'efficacité. Elle ne bouleversera pas le système de notre prévoyance vieillesse, mais elle permettra à la majorité de nos concitoyennes et de nos concitoyens qui ont travaillé toute leur vie d'avoir des conditions dignes pour leur retraite.

Je vous recommande donc vivement de soutenir cette initiative.

Candinas Martin (C, GR): Die Zukunft der AHV und unseres Rentensystems überhaupt ist zweifellos eines der wichtigsten Themen der neuen Legislaturperiode. Nächstes Jahr werden wir in diesem Rat über das entsprechende Reformprojekt des Bundesrates, die Altersvorsorge 2020, diskutieren. Aus meiner Sicht ist es deswegen unumgänglich, die

vorliegende Volksinitiative in diesem Kontext zu beurteilen. Was fällt dabei auf?

Ziel der aktuellen Rentenreform ist es, die finanzielle Stabilität der Altersvorsorge mittel- und langfristig zu sichern, um die Leistungen des Systems so umfassend wie möglich erhalten zu können. Dies ist notwendig, weil aufgrund der demografischen Entwicklung immer mehr Menschen ins Rentenalter kommen und deren Renten von einer tendenziell abnehmenden Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern finanziert werden müssen. Konkret möchte uns der Bundesrat deshalb eine Mischung aus möglichst mässigen Mehreinnahmen und sozialverträglichem und teilkompensierte Leistungsabbau beliebt machen.

Die Volksinitiative «AHV plus» der Gewerkschaften und Linken stellt diese Logik auf den Kopf. Die Initianten wollen nicht erkennen, dass in einer alternden Gesellschaft unser Rentensystem ohne Reform an die Wand gefahren wird. Ebenfalls möchten sie nicht verstehen, dass eine Finanzierung der Renten über die Zuwanderung im bisherigen Ausmass spätestens seit Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative nicht mehr möglich ist. So verlangen die Initianten mit einem einfachen Satz in der Bundesverfassung eine Rentenerhöhung um satte 10 Prozent für alle Bezügerinnen und Bezüger einer Altersrente! Hier darf man den Initianten schon die Frage stellen: Wie erklären Sie Ihren Kindern und Enkelkindern, dass die Renten auf ihrem Rücken um 10 Prozent erhöht werden sollen und damit jährlich über 4 Milliarden Schweizerfranken mehr für die AHV benötigt werden? Wo soll dieses Geld heute und in Zukunft herkommen? Gewerkschaften und Rot-Grün rühmen sich gerne damit, dass sie eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft wollen. Doch was ist nachhaltig daran, wenn man sich auf Kosten der künftigen Generation bedient und damit schliesslich einen Generationenkonflikt provoziert?

Die sehr unangenehme Wahrheit ist, dass die vorliegende Initiative zwangsläufig zu einer massiven Verschärfung der ohnehin schon akuten finanziellen Probleme unseres Rentensystems führen wird. Die Initianten haben offenbar kein Problem damit, die Lohnprozentage noch stärker anzuheben, als dies die Altersvorsorge 2020 bereits vorsieht. Sie nehmen in Kauf, dass die im internationalen Vergleich ohnehin hohen Lohnkosten in unserem Land deutlich zunehmen, und dies zu einem Zeitpunkt, in dem sehr viele, gerade exportorientierte Unternehmen in unserem Land massiv zu kämpfen haben. Mit noch höheren Lohnkosten vertreiben wir Arbeitsplätze, vor allem in der Industrie und im Gewerbe, ins Ausland. Gerade die Arbeitsplätze im tieferen Lohnbereich sind gefährdet; diese Arbeitsplätze stehen wegen der Frankensteinstarke bereits heute unter massivem Druck. Wie die Gewerkschaften ihren Mitgliedern glaubwürdig erklären wollen, dass sie dies in Kauf nehmen, ist mir ein Rätsel.

Die Initiative «AHV plus» ist für die Arbeitsplätze in unserem Land und für das soziale Gleichgewicht verheerend. Auf dem Buckel der jüngeren Generationen sollen nichtfinanzierbare Geschenke verteilt werden. Das Problem der Armut bei den älteren Generationen muss mit individuellen Massnahmen bekämpft werden; es braucht kein Giesskannenprinzip. Lehnen Sie diese völlig quer in der Landschaft stehende, zur Unzeit kommende Initiative wuchtig ab.

Clottu Raymond (V, NE): Dans l'intérêt de cette assurance sociale, nous devons recommander fermement le rejet de cette initiative populaire «AVS plus». En effet, celle-ci générera 5,5 milliards de francs de dépenses supplémentaires par an d'ici 2030, ce qui est totalement insensé dans la situation démographique qui est la nôtre. Or, des charges supplémentaires de cet ordre ne manqueraient pas d'accentuer davantage les problèmes financiers prévisibles de l'AVS, notamment liés à l'allongement de l'espérance de vie.

Pour rappel, en 2014, l'AVS enregistrait un résultat de répartition de moins de 320 millions de francs. D'après le document «Perspectives de financement de l'AVS 2014–2035» de l'Office fédéral des assurances sociales, le résultat de répartition devrait se détériorer rapidement au cours des prochaines années. La perte de répartition de l'AVS devrait at-

teindre 1 milliard de francs par an d'ici 2020 et excéder 5 milliards de francs par an dès 2025.

Hélas, la menace des déficits plane déjà sur l'AVS. Si rien n'est fait, il manquera 7,5 milliards de francs par an à l'AVS d'ici 2030. Une extension plus généreuse des prestations, telle qu'elle est proposée par les initiateurs, nuirait gravement à notre économie, car elle engendrerait, d'une part, une augmentation des cotisations salariales de l'ordre de 0,4 pour cent pour les employeurs, et de 0,4 pour cent pour les employés. D'autre part, elle entraînerait une augmentation supplémentaire de 1,5 pour cent de la TVA qui concernerait de nouveau les employés, les retraités bien évidemment, les femmes et les hommes au foyer, et j'en passe, ce qui n'est absolument pas acceptable.

Encore une fois, les principales difficultés que la prévoyance vieillesse doit désormais résoudre sont bien connues. Il y a l'allongement de l'espérance de vie, la détérioration du rapport entre le nombre d'actifs et celui des bénéficiaires de rentes AVS, la baisse de la performance des placements, sans oublier la distribution anti-systémique dans la prévoyance vieillesse du fait du niveau excessif du taux de conversion.

En conclusion, il faut donc trouver des solutions acceptables sous les angles économique et social, dans le cadre de la réforme de la prévoyance vieillesse 2020, que notre chambre examinera en 2016, et recommander le rejet de cette initiative populaire «AVS plus», qui ne tient pas compte de la situation déjà délicate et, surtout, qui compromet davantage encore les perspectives déjà bien sombres de la prévoyance vieillesse. Faisons, s'il vous plaît, preuve de bon sens!

Wasserfallen Christian (RL, BE): Ich bin wirklich erschüttert über diese anachronistische Initiative «AHV plus». Sie ist das Gegenteil von dem, was man im Sozialwerk AHV jetzt wirklich machen müsste. Ich habe die Voten schon gehört, in denen gesagt wurde, welche Verfassungsaufträge wir haben. Ich habe in der Verfassung aber das Wort «Gieskanne» noch nie gelesen. Genau diese Initiative wäre die grösste Giesskanne, die wir überhaupt jemals eingeführt hätten, wenn sie denn vor dem Volk bestünde.

Es ist gesagt worden, auch die Statistik sagt das ganz klar, dass etwa 12 Prozent aller AHV-Rentnerinnen und -Rentner auf Ergänzungslieistungen angewiesen sind. Das heisst aber umgekehrt auch, dass 88 Prozent der AHV-Rentnerinnen und -Rentner nicht auf Ergänzungslieistungen angewiesen sind. Mit Ihrer Initiative finanzieren Sie also vor allem jene Rentnerinnen und Rentner, die überhaupt nicht auf diese Erhöhung der AHV-Rente angewiesen sind. Das ist eine Gieskanne sondergleichen. Ich bin wirklich erstaunt, dass ausgerechnet die Sozialdemokratische Partei zu dieser Umverteilung zugunsten der eher einkommensstarken Bevölkerungsschicht der Rentnerinnen und Rentner Hand bietet; das ist für mich erstaunlich. Dabei sollte eigentlich jetzt einmal klar sein, dass das Rentenalter 65 für Frau und Mann eine Selbstverständlichkeit ist.

Es ist auch so, und da sind die Zahlen klar, dass 3,5 Arbeitstätige heute eine Person in Rente finanzieren. In ein paar Jahren werden es nur noch 2 Arbeitstätige sein. Innerhalb von zehn Jahren werden rund eine Million Leute den Arbeitsmarkt verlassen. Wo sind die anderen, die nachkommen und finanzieren? Das alles sind die konkreten Fragen, mit denen sich Ihre Initiative überhaupt nicht auseinandersetzt, sie macht vielmehr das Gegenteil.

In den nächsten dreissig Jahren werden sich, wenn man nichts macht, Finanzierungslücken in dreistelliger Milliardenhöhe auftun. Mit Ihrer Initiative werden sie noch grösser. Übrigens, die Kosten, die Mehrkosten und die Deckungslücken von 4 bis 5 Milliarden Franken, das sind nicht irgendwelche Hirngespinsten bürgerlicher Parteien oder irgendeiner Lobby, wie Sie das immer verschreien. Das sind die Zahlen des Bundesamtes für Statistik, des Bundesamtes für Sozialversicherungen und des Bundesrates. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis. Wenn Sie keine Argumente haben, sollten Sie nicht irgendwelche Plattiüden von sich geben, sondern ein-

mal die Zahlen lesen. Die Initiative «AHV plus» sollte eigentlich «AHV-Schulden plus» heißen. Dabei sollte man heute das Gegenteil machen, nämlich endlich eine Schuldenbremse bei der AHV einführen.

Mich erstaunt, dass es so viele sozialdemokratische junge «Gspäni» gibt, die dieser Initiative das Wort reden. Ich bin erschüttert ob Ihren Meinungen, liebe junge Kolleginnen und Kollegen der linken Ratsseite, und darüber, dass Sie zu einem solchen Projekt Hand bieten. Kommen Sie dann ja nie mehr mit dem Spruch, Sie seien die Interessenvertreter der jungen Generation. Das können Sie sich dann definitiv abschminken! Es kann ja nicht sein, dass eine Generation wie die meine, die 2046 in Rente gehen wird, einfach jetzt hier, auf Pump, ein Sozialwerk aufbläst, ohne zu wissen, wie man konkret die Finanzierung sicherstellen kann. Das ist nicht im Interesse der jungen Generation, aber auch nicht im Interesse jener Generation, die von der AHV-Rente lebt. Diese rechnet nämlich vielleicht mit dieser höheren Rente und wird, weil man bald einmal merken wird, dass das nicht finanziertbar ist, wie wir alle vor dem Schlamassel stehen. Das ist die Realität; das ist, was mir zu denken gibt. Ich nehme Sie dann beim Wort, wenn Sie sich zum nächsten Mal scheinbar für die junge Generation einsetzen.

Ich bin wirklich erschüttert ob diesen neosozialistischen Geschenken, die Sie verteilen wollen. Diese betreffen, wie gesagt, in der Mehrzahl Leute, die solche Geschenke gar nicht nötig haben. Da geht man aufs Gröbste nach dem Gieskannenprinzip vor. Das muss man ablehnen, zumal es sich um das Gegenteil dessen handelt, was man heute in der AHV-Finanzierung machen müsste. Die AHV müsste solide finanziert werden, weil auch unsere Generation ein Anrecht auf eine solide Rente hat. Ansonsten werden wir wirklich darauf angewiesen sein, in die dritte Säule zu investieren. Das wäre dann Ihr Verdienst, liebe Sozialdemokratinnen und Grünen. Wenn man die AHV nicht solide finanzieren kann, dann investieren die Leute umso mehr in die dritte Säule. Das wird dann Ihr Verdienst sein, obschon Sie das offenbar nicht wollen.

Ich bitte Sie, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Wermuth Cédric (S, AG): Liebes «Gspäni», wie Sie das nennen, Herr Wasserfallen, Sie haben uns junge Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten direkt angegriffen und gesagt, wir seien keine Interessenvertreter der Jugend. Da haben Sie grundsätzlich Recht, wir vertreten die gesamte Bevölkerung. Deshalb meine Frage: Wir sind fast gleich alt. Haben Sie nicht den Eindruck, dass die Generation unserer Grosseltern doch relativ substanziale Vorleistungen erbracht hat, auf denen wir unseren Wohlstand aufbauen, und vielleicht darum das Recht auf eine anständige AHV-Rente hätte?

Wasserfallen Christian (RL, BE): Herr Wermuth, wenn Sie mir zugehört hätten, wüssten Sie, dass ich gesagt habe, der allergrösste Teil der Rentnerinnen und Rentner sei eben nicht auf Ergänzungslieistungen und solche zusätzlichen Einkünfte angewiesen. Sie machen ja das Gegenteil dessen, was Sie eigentlich wollen: Sie finanzieren diese 88 Prozent der Rentnerinnen und Rentner und geben ihnen bei der AHV-Rente einfach so einen Zustupf, ohne dass sie es nötig hätten. Das führt zu einer Umverteilung, das wissen Sie genau, wenn Sie die Statistik ansehen. Das Vermögen von uns Jungen, Herr Wermuth, ist im Vergleich zu jenem der Generation «65 plus» wesentlich kleiner. Sie wollen also, obwohl die Jungen schon weniger Vermögen haben, denen, die mehr Vermögen haben, noch eine Umverteilung gönnen? Das hätte ich von Ihnen nicht erwartet.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Herr Wasserfallen, ich habe von Ihnen nicht erwartet, dass Sie noch nicht zur Kenntnis genommen haben, dass das Wirtschaftswachstum und die Lohnentwicklung die absolut entscheidenden Grössen für die Finanzierung der AHV sind. Deswegen, Herr Wasserfallen: Das Einmaleins der Ökonomie würde Ihnen in

Bezug auf das nächste Votum nicht schaden. Das war keine Frage, sondern eine Feststellung.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Ich nehme trotzdem schnell Stellung dazu. Wenn Sie immer gebetsmühlenartig mit dieser Wirtschaftsentwicklung kommen, dann muss ich Ihnen auch zurückgeben, dass Sie rein gar nichts dafür tun, dass diese Entwicklung überhaupt einsetzt. Sie waren gegen sämtliche Unternehmenssteuerreformen, im Wissen darum, dass die Steuererträge nicht eingebrochen sind, wie Sie ständig wider besseres Wissen behaupten. Sie sind nicht bereit, zu einer dritten Unternehmenssteuerreform Hand zu bieten und auch nur darauf einzutreten. Also hören Sie auf, etwas von Wirtschaftsentwicklung zu erzählen, und verabschieden Sie sich doch bitte auch einmal von Ihren ideologischen Positionen.

Gysi Barbara (S, SG): Kollege Wasserfallen, nachdem Sie nun noch ein zweites Mal darauf hingewiesen haben, dass eine Mehrheit nicht von Ergänzungsleistungen abhängig sei und es darum keine Erhöhung der AHV brauche: Ist Ihnen bekannt, dass sehr viele ältere Menschen trotz Anspruch auf Ergänzungsleistungen diese nicht beanspruchen, weil es eben nach wie vor für viele als Bitgang wahrgenommen wird? Es gibt eine grosse Dunkelziffer.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Diese Dunkelziffer gibt es in der Tat. Aber die Aussage der Statistik ist klar, dass 88 Prozent der Menschen nicht auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind. Wenn Sie jetzt auf die Idee kommen, einfach diesen 88 Prozent die Rente pauschal mit einer Giesskanne zu erhöhen, dann finden die, das sei eine gute Idee. Ich finde das nicht.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Sehr geehrter Kollege, zur Erinnerung: Die SP und die Gewerkschaften haben die Unternehmenssteuerreform I nicht bekämpft – nur damit Sie das hier am Mikrofon noch korrigieren können.

Meine Frage: Sie haben uns, der SP im Speziellen, auch vorgeworfen, dass wir nicht mithelfen würden, die Wirtschaft, das Wirtschaftswachstum hier zu stützen. Ich muss Ihnen sagen, und das ist die Frage: Wann hat Ihre Partei uns bisher in der Forderung gegenüber der Schweizerischen Nationalbank unterstützt, dass sie mindestens wieder eine Untergrenze einführt oder aber den Schweizerfranken an einen Währungskorb anbindet, wie das beispielsweise Dänemark mit Erfolg macht? Der Schock sitzt tief in den Knochen, die Deindustrialisierung schreitet voran, und bisher ist in dieser Sache von der FDP keine Handbewegung gekommen.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Erstens, Frau Kiener Nellen, ist die Nationalbank von der Politik unabhängig. Wenn Sie das anders sehen, ist das Ihre Sache. Unserer Meinung nach ist sie unabhängig. Zweitens: Wenn Ihre Seite wirtschafts- und konjunkturpolitische Aktionen plant, heissen diese Mindestlohn, 1:12, Erbschaftssteuer und Einheitskrankenversicherung. Ob das dann gut kommt? Gute Nacht!

Barrile Angelo (S, ZH): Im Prinzip wäre es so einfach, dass es jedes Kind versteht: Ein Leben lang arbeiten wir und zahlen bis zum Zeitpunkt des wohlverdienten Ruhestandes in die erste und zweite Säule ein, manche auch in die dritte. Wenn wir dann in Pension gehen, können wir mit den Renten aus AHV und Pensionskasse unseren gewohnten Lebensstil weiterführen. So steht es in der Verfassung, darauf haben wir ein Anrecht.

Die Realität jedoch sieht anders aus – und ich spreche nicht von Märchen, sondern wirklich von der Realität -: Die AHV-Renten sind schon lange nicht mehr existenzsichernd. Ein grosser Teil der Rentnerinnen und Rentner ist auf Ergänzungs- und Zusatzleistungen angewiesen oder hätte Anspruch darauf, nimmt diesen aber nicht wahr. Damit verbunden ist nämlich ein Gang zu den Ämtern, der für viele alte Menschen eine hohe Hürde darstellt. Als Hausarzt sehe ich das regelmässig. Viele meiner Patientinnen und Patienten

verzichten trotz finanzieller Not auf die Ergänzungsleistungen, weil sie sich schämen, aufs Amt zu gehen. Sie fühlen sich als Bittsteller, bekommen das Gefühl, finanziell versagt zu haben, obwohl die ganze Situation nicht selbstverschuldet, sondern systembedingt ist. Mich macht diese Situation hilflos, manchmal auch traurig, denn ich sehe die doppelte Not meiner Patientinnen und Patienten und kann nicht helfen.

Die gesundheitliche und die emotionale Not könnten mit der Initiative «AHV plus» jedoch bekämpft werden. Mit dem Anheben der AHV-Renten um 10 Prozent, wie in der Initiative vorgesehen, würde vielen Menschen unbürokratisch geholfen, gleichzeitig würde man sogar einen Teil der Bürokratie bei den Ergänzungsleistungen abbauen. Glauben Sie mir: Für viele Personen sind diese zusätzlichen 200 bzw. 350 Franken monatlich keine Kleinigkeit.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Finanzen von Kantonen und Gemeinden. Die Kosten der Ergänzungs- und Zusatzleistungen sind in den letzten Jahren stark angestiegen und für die Budgets vieler Gemeinden zu einer grossen Belastung geworden. Gemeinden und Kantone leiden stark unter diesem Kostenanstieg und verlangen diesbezüglich eine finanzielle Entlastung.

Die Initiative gehört angenommen, denn sie gibt den Rentnerinnen und Rentnern ihre Würde zurück und entlastet die kommunalen Budgets.

Flückiger-Bäni Sylvia (V, AG): Niemand bestreitet hier in diesem Saal in irgendeiner Weise die heutigen AHV-Renten, auch die SVP nicht – das möchte ich zuerst ausdrücklich festhalten.

Aber es ist ein Jammer: Die Volksinitiativen von linker Seite, die alle entweder eine Schwächung des Wirtschaftsstandortes und Arbeitsplatzes Schweiz zur Folge haben und/oder die Staatsausgaben in die Höhe treiben, wollen kein Ende nehmen. Heute befassen wir uns einmal mehr mit einer solchen Vorlage, mit der Volksinitiative «AHV plus: für eine starke AHV». Sie fordert bekanntlich einen Zuschlag von 10 Prozent auf allen AHV-Renten, was Mehrkosten von jährlich rund 4 Milliarden Franken zur Folge hätte, bis Ende 2030 von sage und schreibe 5,5 Milliarden Franken. Ich frage Sie: Jetzt, da wir an allen Ecken und Enden sparen und Budgetkürzungen vornehmen müssen, wollen Sie einfach Jahr für Jahr 4 Milliarden Franken nach dem Giesskannenprinzip verteilen? Muss wirklich auch die AHV-Rente der Gutverdienenden, ja der Spaltenverdiener angehoben werden? Ist diese Volksinitiative nicht ausgesprochen asozial, zumal die untersten Einkommensschichten leer ausgehen würden, weil die Ergänzungsleistungen im Umfang der Erhöhung der AHV-Renten gekürzt werden müssten? Ist das wirklich im Sinn der SP und der Gewerkschaften? Ich kann mir das einfach nicht vorstellen.

Es kommt etwas Weiteres dazu: Die Sozialwerke laufen aus dem Ruder, die Ausgaben in unserem Sozialstaat steigen weiterhin überproportional an, und die künftige Finanzierung der AHV ist aus hinlänglich bekannten Gründen – Stichwort Demografie – alles andere als gesichert. Es ist daher absolut verantwortungslos, nochmals jährlich 4 Milliarden Franken zu verteilen und nach dem Giesskannenprinzip zusätzlich in das Sozialsystem einzuspeisen. Auch angesichts der finanziellen Herausforderung durch die Reformvorlage Altersvorsorge 2020 liegt diese Initiative völlig quer in der Landschaft. Dort macht man eine Gesamtauslegeordnung über AHV und Pensionskassen und hat ja bereits heute allergrösste Mühe, diese Sozialwerke auf dem heutigen Niveau zu stabilisieren.

Um die Generationengerechtigkeit zu wahren, sind nicht die Renten zu erhöhen, sondern die Erwerbstätigen und die kommenden Generationen zu entlasten. Als Unternehmerin und KMU-Vertreterin bitte ich Sie dringend: Zähmen Sie Ihre Übermut, fügen Sie dem Wirtschaftsstandort und dem Arbeitsplatz Schweiz keinen Schaden zu! Folgen Sie dem Bundesrat und dem Ständerat, und empfehlen Sie diese Initiative Volk und Ständen ohne Wenn und Aber zur Ablehnung!



Mein Wunsch an den Bundesrat: Setzen Sie doch bitte den Abstimmungstermin auf das nächstmögliche Datum fest! So können wir uns voll auf die Reform der Altersvorsorge 2020 konzentrieren – für eine starke AHV, aber ohne «AHV plus».

Piller Carrard Valérie (S, FR): Je soutiens l'initiative parce que les rentes actuelles des premier et deuxième piliers des personnes à bas ou moyens revenus sont insuffisantes. Même après une carrière professionnelle que l'on pourrait qualifier de normale, les anciens salariés doivent vivre chichement. Un boulanger, par exemple, dont le salaire, en fin de carrière, se montait à 5500 francs – et je ne vous parle même pas de la boulangère qui, elle, gagne 20 pour cent de moins que son homologue masculin – doit se contenter, à la retraite, de rentes d'un total de 3000 francs pour les premier et deuxième piliers. Dans cet exemple, le mandat constitutionnel selon lequel les rentes des premier et deuxième piliers doivent permettre de «maintenir de manière appropriée son niveau de vie antérieur» n'est pas rempli.

Les personnes, qui, à cause de salaires bas, de travail à temps partiel ou d'interruptions de carrière, n'ont pas beaucoup cotisé au deuxième pilier, se retrouvent souvent dans une situation précaire. Comme elles n'ont accumulé qu'un modeste avoir de vieillesse, elles ne toucheront qu'une petite rente du deuxième pilier. C'est surtout vrai pour les femmes, mais aussi pour les travailleuses et travailleurs âgés qui ont de la peine à se maintenir sur le marché du travail.

La situation de nombreuses femmes âgées, en particulier de celles vivant seules, est préoccupante. Les femmes profitent plus de cette hausse que la moyenne des personnes. En effet, leur rente du deuxième pilier est souvent modeste en raison de leur parcours professionnel et de vie particulier, souvent marqué par la maternité et le temps passé à l'éducation des enfants.

Les rentes des femmes sont généralement inférieures à celles des hommes, parce qu'elles travaillent souvent à temps partiel et parce qu'elles sont surreprésentées dans les branches à bas salaires, à quoi s'ajoutent des discriminations salariales en raison de leur sexe. En 2012, près de 78 pour cent des hommes ont eu accès aux prestations du deuxième pilier, contre 58 pour cent des femmes. La rente moyenne du deuxième pilier des femmes est de 1 400 francs, soit nettement moins que celle des hommes, qui s'élève à 2600 francs.

Contrairement à ce qui est le cas dans la prévoyance professionnelle et privée, l'AVS tient compte des différents parcours professionnels des femmes.

Les bonifications pour tâches éducatives et d'assistance compensent les interruptions de l'activité lucrative. De plus, pour les femmes mariées, le revenu du mari est pris en considération grâce au splitting, c'est-à-dire au partage des revenus.

Splitting et bonifications pour tâches éducatives sont des instruments efficaces, car ils permettent aux rentes des femmes de rejoindre le niveau de celles des hommes, même si leur revenu provenant d'une activité lucrative a été modeste. Logiquement donc, la hausse des rentes AVS est la manière la plus efficace d'augmenter le revenu perçu par les femmes sous forme de rentes. L'efficacité de l'AVS pour les femmes se voit dans le montant de leurs rentes: plus de trois quarts des femmes célibataires, veuves, divorcées ou séparées perçoivent une rente mensuelle supérieure à 1900 francs; 32 pour cent d'entre elles ont droit à la rente AVS maximale. Le premier pilier rétablit donc en partie l'équilibre, en permettant aux femmes ayant élevé des enfants de percevoir des rentes AVS d'un bon niveau. Pour elles, un supplément de rente AVS de 10 pour cent, comme le demande l'initiative, serait donc particulièrement bienvenu.

Les rentes AVS n'évoluent pas aussi vite que les salaires et des coupes dans les prestations du deuxième pilier s'annoncent dans un avenir proche. Le renforcement de l'AVS est donc la voie royale pour arriver à un niveau des rentes qui soit décent, en permettant à toutes et tous de vivre dans

la dignité. Si l'on ne renforce pas l'AVS, toujours plus de retraités dépendront des prestations complémentaires. De ce fait, je vous invite donc à soutenir cette initiative.

Bigler Hans-Ulrich (RL, ZH): Weltfremd, auf Sand gebaut, Giesskannenprinzip, fragwürdiges Volksbegehr – das sind ein paar Stichworte, die mich im Fazit zu einer Ablehnung dieser Volksinitiative führen.

1. Die Initiative «AHV plus» würde Mehrkosten von 4 Milliarden Franken auslösen. Es ist bekannt, auch aufgrund der Vorlage Altersvorsorge 2020 – Stichwort: demografische Entwicklung –, dass die Mehrkosten rasch und kontinuierlich weiter ansteigen würden. Die AHV würde weiter Defizite schreiben. Damit müssen die Forderungen des Gewerkschaftsbundes als weltfremd bezeichnet werden.

2. Die Finanzierung dieser Volksinitiative baut auf Sand. Entweder muss sie mit zusätzlichen Lohnprozenten sichergestellt werden, oder sie muss über eine Mehrwertsteuererhöhung finanziert werden. Beide Varianten sind Wachstumskiller, die nicht verantwortet werden können.

3. Die Initiative «AHV plus» baut auf dem Giesskannenprinzip auf. Es kann ja angesichts der Finanzprobleme, welche die AHV heute schon hat – es ist erstaunlich, wie die Situation hier schönerdet wird –, nicht angehen, dass flächendeckend Geld verteilt werden soll, um die Renten von Personen aufzubessern, die diese Mittel zu einem Teil gar nicht benötigen.

4. Die Fragwürdigkeit des Volksbegehrrens ist auch deshalb gegeben, weil es bei den untersten Einkommensschichten keine Wirkung zeigen würde. Bei allen Bezügern von Ergänzungsleistungen hätte nämlich eine AHV-Rentenerhöhung zur Folge, dass die Ergänzungsleistungen gekürzt würden und ihr Einkommen per saldo gleich bleiben würde. Es käme eigentlich nur zu einer Entlastung von Bund und Kantonen. Herr Kollega Corrado Pardini hat heute Morgen etwas Wichtiges über die AHV gesagt: «Sie ist das Fundament des sozialen Friedens.» Ich pflichte dem bei. Das heisst im Klartext: Die Initiative «AHV plus» darf nicht die Reform der Altersvorsorge 2020 gefährden bzw. infrage stellen. Damit wir dies verhindern können, braucht es ein klares Nein zu dieser Initiative.

Schenker Silvia (S, BS): Herr Bigler, ich habe gehört, dass Sie unsere Rezepte nicht so gut finden. Können Sie sagen, welches Ihre Rezepte für die Rentenreform sind? Frauenrentenalter 67? Leistungsabbau bei den AHV-Renten? Was genau sind Ihre Pläne?

Bigler Hans-Ulrich (RL, ZH): Der Bundesrat hat eine Vorlage zur Altersvorsorge 2020 vorgelegt. Es ist korrekt, dass er eine Gesamtschau anstreben will. Wir sprechen nämlich nicht nur von der AHV, sondern vom Dreisäulenprinzip. Und wo hier der Kompromiss gefunden werden kann, muss die kommende Debatte der nächsten Monate zeigen.

Hadorn Philipp (S, SO): Viele Mitglieder unserer Fraktion haben sich auf der Liste der Rednerinnen und Redner eingetragen lassen, weil uns bewusst ist, dass eine starke Altersvorsorge ein Kitt unserer Gesellschaft und ein wesentliches Element unseres sozialen Friedens ist. Mein Vorredner hat die Forderung der Initiative als weltfremd bezeichnet. Weltfremd ist es jedoch, vom Giesskannenprinzip zu reden und dabei zu vergessen, dass wir auch eine starke Steuerprogression fordern und als notwendig erachten.

Ich war bei der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes dabei, als Varianten zur Sicherung der Altersvorsorge diskutiert wurden. Es wurden einander verschiedene Lösungsansätze und Modelle gegenübergestellt, und die Diskussionen darüber waren hitzig. Der Beschluss zur vorliegenden Initiative aber war klar. Menschen, die zwischen 4000 und 7000 Franken im Monat verdienen, erklärten, dass sie Angst um ihre Existenz im Alter haben. Die Wut darüber, auf Almosen – Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen – vertröstet zu werden, wurde unmissverständlich geäussert. Spürbar war auch die Angst, enorm viel

Zeit und Geld für einen Abstimmungskampf gegen finanzielle Kreise aufwenden zu müssen, denen die AHV sowieso nur als Feriengeld dient.

Besonders berührte mich, dass sich jugendliche Mitglieder meiner Gewerkschaft, der Gewerkschaft des Verkehrspersonals, meldeten, um Unterschriften zu sammeln – auf der Strasse und von Haus zu Haus, in der Freizeit, ohne Entschädigung. Wir waren gemeinsam auf der Strasse, auch hier in der Stadt Bern. Es brauchte keine grosse Überzeugungsarbeit, um Unterschriften zu erhalten. Einige Sätze zur Bedeutung und zur erforderlichen Sicherung der AHV reichten. Einen Prospekt mit den Details konnten die Leute zu Hause lesen, worauf zahlreiche weitere Unterschriften geliefert wurden.

Verschiedene Vorrednerinnen und Vorredner haben bereits unmissverständlich dargelegt, dass die AHV-Renten zur Sicherung eines Alters in Würde dringend angehoben werden müssen, dass ihre Finanzierung trotz der demografischen Entwicklung möglich ist, dass die Lohnsumme, auf welcher die Abzüge für die AHV erfolgen, in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat, dass höhere AHV-Renten positive wirtschaftliche Effekte für Handel und Gewerbe haben und dass die AHV-Renten gerade für tiefere und mittlere Einkommen von ganz besonderer Bedeutung sind, weil sie die finanzielle Existenzgrundlage darstellen.

Seit neunzig Jahren steht auch die Sicherung vor wirtschaftlichen Folgen des Alters als Auftrag in unserer Verfassung. Seit 1948 ist das AHV-Gesetz in Kraft. Das einzigartige Umlageverfahren, bei welchem die Komponente der Solidarität von jeher ein Eckstein ist, hat wesentlich zum sozialen Frieden in der Schweiz beigetragen. Das seit 1972 in der Bundesverfassung verankerte Dreisäulenprinzip hat die ursprüngliche Idee bereits ein wenig geritzt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleben gegenwärtig, wie die Leistungserwartungen im Takt nach unten korrigiert werden. Die AHV hat nach wie vor für viele Menschen in unserem Land existenzsichernden Charakter. Ein anerkannter, die Lebenskosten deckender Sozialversicherungsanspruch kann auch vor Inanspruchnahme weiterer Beiträge wie Ergänzungslösungen schützen. Nicht wenige Betroffene empfinden die Geltendmachung von ergänzenden Sozialleistungen als demütigend.

Die Vorschläge der Altersvorsorge 2020 lösen bei Weitem nicht alle Probleme. Die Initiative «AHV plus» wirkt rasch, schafft konkrete Lösungen und gibt AHV-Berechtigten ein Stück der Würde zurück, welche sie in unserer Gesellschaft langsam zu verlieren oder gar schon verloren zu haben glauben. Jugendliche unserer Gewerkschaftsbewegung hörte ich beim Sammeln der Unterschriften sagen: «Wollen Sie nicht auch, dass Menschen im Pensionsalter anständig leben können?» Der Generationenvertrag ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land entscheidend, heute und auch in Zukunft. Die Initiative «AHV plus» bietet einen konkreten Lösungsansatz dazu, den es umzusetzen gilt.

Ingold Maja (C, ZH): Zwei Gedanken aus EVP-Sicht möchte ich vorbringen: Es ist eine Realität, dass die AHV seit ihrer Einführung 1948 mit der Lohnerhöhung nicht Schritt gehalten hat. Von einer Sicherung des Existenzbedarfs kann wahrscheinlich schon seit Jahrzehnten nicht mehr gesprochen werden. Aber die Frage stellt sich generell, welche Legitimität überhaupt die Forderung hat, die AHV müsse immer parallel zu den Löhnen wachsen, angesichts der Tatsache, dass sich die ganze Landschaft der sozialen Sicherheit stark verändert hat.

Man hat schon sehr bald feststellen müssen, dass nicht alle Menschen im Ruhestand von der AHV und von ihrer – wenn überhaupt vorhandenen – jeweils unterschiedlichen zweiten Säule leben können. Deshalb hat man die Ergänzungslösungen geschaffen. Bewusst hat man zwei sich ergänzende Systeme der sozialen Sicherheit geschaffen: eines im Giesskannenprinzip und das andere als Bedarfsleistung. Diese Balance zwischen dem Versicherungsprinzip und dem Bedarfsprinzip hat sich bewährt. Mit dieser Kombination, mit

diesem komplementären System kann man den Verfassungsauftrag für abgehakt erklären. Die Existenzsicherung wird angemessen – konkret: weit angemessener, weil wirklich an den Bedarf angepasst – abgedeckt. Damit ist das grundsätzliche Argument der Volksinitiative erledigt. Mit den Ergänzungslösungen werden die Lücken viel besser geschlossen. Sie sind genau dafür gedacht, die individuellen Lücken zu schliessen.

Es geht nicht darum, einfach 200 Franken mehr ins Portemonnaie zu liefern. Das löst bei den wenigsten das Problem. Mit diesem unspezifischen Instrument helfen wir denjenigen, die sich keine oder nur eine kleine zweite Säule erarbeiten konnten, nicht. Dafür werfen wir den grössten Teil der rund 5 Milliarden Franken, die das kosten würde, denen nach, die es überhaupt nicht brauchen. Aus meiner Sicht ist das kompletter Unsinn. Es wäre eine Lösung, die so viel kostet und so ineffektiv ist, dass ich sie sozialpolitisch wirklich nicht zu verstehen vermag. Ich verstehe nicht, dass man so viele Mehrkosten zum Nutzen von so wenigen in Kauf nehmen will. Stellen wir uns doch vor, was man mit 5 Milliarden Franken sonst alles anpacken könnte: Man könnte Jugendliche mit Integrationsdefiziten coachen, damit sie den Übergang von der Schule in die Ausbildung und in die Selbstständigkeit schaffen; man könnte Betagte zu Hause beraterisch so begleiten, dass sie noch lange selbstständig in ihren Wohnungen bleiben können und nicht im Pflegezentrum leben müssen; man könnte präventive, nachhaltige Projekte, echte soziale Institutionen, die die Menschen dazu befähigen, in Zukunft weniger von staatlicher Hilfe abhängig zu sein, unterstützen – das würde Sinn machen!

Aber es macht keinen Sinn, bis ins Jahr 2030 nur für die Aufstockung des AHV-Renteneinkommens einer kleinen Bedarfsgruppe mit der Giesskanne 5 Milliarden Franken auszugeben und Hunderttausende AHV-Bezüger zu begünstigen, die es nicht benötigen, während wir mit den Ergänzungslösungen schon ein geeignetes Instrument haben.

Die Volksinitiative schürt auch den Generationenkonflikt. Unter dem Gesichtspunkt der Enkeltauglichkeit gehört eine solche Initiative sogar verboten. Die erwerbstätige Bevölkerung würde den «AHV plus»-Bonus der heutigen Rentnergeneration zahlen. Heute wären solche Mehraufwände ja noch finanziabel. Aber für jede jüngere Generation würden die Anforderungen an die Rentensicherung anspruchsvoller. Die grössten Leidtragenden wären die heutigen Kinder: Ihnen werden die Babyboomer-Rentnerinnen und -Rentner mit der immer noch steigenden Lebenserwartung noch mehr auflasten, und es werden viel weniger Erwerbstätige da sein, um diese Last zu tragen. Die Hoffnung, dass es dann viel mehr sein werden, dass sie viel mehr Arbeitsplätze schaffen und viel mehr Geld verdienen werden, um in die AHV einzahlen zu können, ist doch reichlich abenteuerlich angesichts der Entwicklung in der internationalen Wirtschaftspolitik, der geopolitischen Trends und der Folgen des weltweiten Klimawandels, der ja das ganze Wachstumsparadigma infrage stellt.

Die Generationentauglichkeit ist für die EVP ein Grundprinzip. Empfehlen Sie die Initiative nicht zur Annahme!

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr
La séance est levée à 12 h 55*

Elfte Sitzung – Onzième séance

Mittwoch, 16. Dezember 2015

Mercredi, 16 décembre 2015

15.00 h

14.087

**AHV plus. Für eine starke AHV.
Volksinitiative**

**AVS plus. Pour une AVS forte.
Initiative populaire**

Fortsetzung – Suite

Ständerat/Conseil des Etats 09.06.15 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 16.12.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 16.12.15 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 18.12.15 (Schlussabstimmung – Vote final)
Ständerat/Conseil des Etats 18.12.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Tornare Manuel (S, GE): Selon l'article 113 de la Constitution – cela a été répété à maintes reprises par mes préopinants –, l'assuré qui part à la retraite doit pouvoir «maintenir de manière appropriée son niveau de vie antérieur» grâce aux premier et deuxième piliers.

Comment les termes «de manière appropriée» sont-ils interprétés par le Conseil fédéral? Depuis les années 1970, on pense au principe suivant: les rentes des premier et deuxième piliers servies aux personnes seules doivent représenter 60 pour cent du dernier revenu annuel brut. Pour les couples, ce taux de remplacement doit se monter à 80 pour cent.

Un coup d'oeil aux chiffres réels montre – cela aussi a déjà été mentionné dans les précédentes interventions en faveur de l'initiative – qu'avec un tel taux de remplacement, nombre de retraités, hommes et femmes, doivent compter chaque franc dépensé. Dans notre pays riche, on n'oublie trop souvent que l'AVS est indispensable à 80 pour cent des retraités, et que près de 2 sur 10 d'entre eux ont un revenu inférieur à 2 550 francs par mois.

Même si la Constitution prévoit que l'AVS doit couvrir les besoins vitaux, on en est encore loin, puisque la rente mensuelle minimale se limite à 1160 francs par mois. Nombre de personnes reçoivent aujourd'hui une rente trop petite pour vivre dignement. Bien qu'ils ou elles aient travaillé toute leur vie, trop de retraités sont encore menacés par la précarité et l'exclusion sociale. Une telle situation, qui a cours dans les villes comme dans les campagnes, est indigne d'un pays aussi riche que la Suisse.

Cela étant, la Constitution stipule que la prévoyance professionnelle doit permettre à l'assuré de maintenir, de manière appropriée, son niveau de vie antérieur.

Mais 13 pour cent des rentiers – et les chiffres sont réels – et 38 pour cent des rentières ne touchent ni rente du deuxième pilier, ni rétribution issue du troisième pilier, facultatif. Pour ces personnes, les rentes AVS représentent l'unique ou la principale source de revenu et, dans ce sens, un vrai filet social de sécurité. Cela concerne environ un homme vivant seul sur six, de 65 à 70 ans, et presque une femme sur quatre, de 64 à 69 ans, se trouve dans cette malheureuse situation; quant aux couples, ils sont encore 13,5 pour cent. Bien sûr, ces personnes peuvent à la rigueur toucher des prestations complémentaires. Je ferai une petite parenthèse: la Ville de Genève a maintenu, contre l'avis du gouvernement cantonal, il y a une dizaine d'années, ses prestations

complémentaires, avec approbation du Tribunal fédéral. Ces prestations sont nécessaires, on ne gagne pas assez avec l'AVS.

Mais nombreux sont celles et ceux qui n'osent pas les demander, notamment en raison d'un sentiment de honte, cela a été dit par une de mes collègues ce matin. Si l'on n'améliore pas l'AVS, demain, toujours plus de retraités dépendront des prestations complémentaires. Est-ce que c'est la Suisse que l'on veut? Grâce à une AVS améliorée de 10 pour cent, la dépendance des personnes à bas revenus à l'égard des prestations complémentaires diminuera. Ce serait un progrès social, car les rentes d'une assurance sociale sont plus sûres et moins humiliantes que les prestations versées en fonction d'un besoin.

L'AVS est le pilier de base, le plus sûr et le plus social, car il prévoit une certaine redistribution, comme nos ancêtres l'ont voulu. Plus sûr en comparaison avec le deuxième pilier, dont les prestations sont soumises à une forte incertitude, surtout par les temps qui courrent, une incertitude liée aux pressions de rendement et aux fluctuations boursières. Plus social, parce que, pour les gens à bas et moyen revenus, le rapport prix/prestations de l'AVS est imbattable.

Le principe est simple: tout le monde doit verser des cotisations calculées sur la totalité de son salaire, mais la rente de la personne qui paie des cotisations basées sur un revenu d'un million de francs ne sera pas supérieure à celle d'une personne qui a un revenu moyen. Ce rapport tient surtout sur la forte solidarité entre les hauts et les bas revenus.

L'AVS n'a pas seulement fait ses preuves à titre individuel, mais aussi en tant que système de prévoyance. Son financement est stable. En effet, bien que l'espérance de vie ait fortement augmenté et que le nombre de rentiers ait plus que doublé depuis 1975, les cotisations salariales sont restées inchangées.

Enfin, un mot sur les femmes (*Brouhaha*) – cela n'intéresse pas certains, je le sais. Maternité et éducation des enfants ont pour effet que les femmes touchent souvent de petites rentes du deuxième pilier. L'AVS, en revanche, garantit une certaine redistribution et prend aussi en compte les particularités de parcours de vie des femmes. Ainsi, les femmes, qui ne sont pas toujours très gâtées dans ce pays – vous le savez, parlons des salaires –, et notamment les femmes avec enfants, peuvent aussi recevoir une rente AVS de bon niveau.

Un dernier élément encore: j'ai entendu parler des problèmes de financement des mesures proposées par l'initiative. Eh bien, on en parle depuis 1925, depuis 1948. On a entendu tout à l'heure certains libéraux-radicaux ou certains UDC nous dire qu'on n'avait pas les sous. On entend toujours les mêmes ritournelles; c'est agaçant, ce sont de grosses ficelles! Certains, ici, qui font voter des milliards de francs pour leurs lobbys, deviennent cupides (*Brouhaha*) pour l'AVS et pour les gens modestes. Ce sont surtout les représentants d'un parti financé par un milliardaire qui disent que nous n'avons pas les moyens. (*Brouhaha*)

Egloff Hans (V, ZH): Ich habe heute Morgen einigen Befürwortern der Volksinitiative gut zugehört. Die von ihnen vorgebrachten Argumente für die Volksinitiative rechtfertigen allerdings nicht, dass Tausende Altershaushalte bei Annahme der Initiative schlechter als heute fahren, dass Zehntausende Altershaushalte mit heute bereits knappem Budget nichts erhalten und dass mit der allfälligen Finanzierung über die Mehrwertsteuer die genannten Haushalte schliesslich am meisten betroffen wären.

Kollege Wasserfallen hat ausgeführt, wir würden hier und heute im Nachgang zu den Vorlagen über die Einheitskasse, die «1:12»-Initiative oder die Erbschaftssteuer-Initiative die Umverteilungsdebatte weiterführen. Beim Umverteilen nimmt man jemandem, der hat, etwas weg und gibt es anderen. Die Initianten gehen aber einen Schritt weiter, sie wollen etwas verteilen, was gar nicht vorhanden ist, und wedeln quasi mit ungedeckten Checks. Die Volksinitiative ist nicht nur ein Unding zur Unzeit, sondern eine vollkommene Fehlkonstruktion und strapaziert die Solidarität zwischen den



Generationen noch zusätzlich. Stattdessen – und dies auch in Beantwortung der Frage von Frau Schenker an Herrn Bigler – müssen wir auch unpopuläre Instrumente diskutieren, etwa eine Schuldenbremse, die Indexierung des Rentenalters oder eine Koppelung an die Entwicklung der statistischen Lebenserwartung. Erlauben Sie mir, Sie an den Auftritt von Lisa Mazzone zur Legislatureröffnung zu erinnern – er war ausgesprochen erfrischend. Irgendwann einmal, vielleicht 2035, wird sie als Alterspräsidentin mit betrübter Miene verkünden müssen: Kasse leer!

Ich bitte Sie, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Feri Yvonne (S, AG): Man kann es nicht oft genug betonen: Frauen sind die grossen Verliererinnen unserer Wirtschaft. Das fängt bei Teilzeitstellen und Lohndiskriminierungen an und endet spätestens bei der Rentenauszahlung. Es erstaunt daher nicht, dass viele Frauen nach der Pensionierung in die Armutsfalle geraten. Hinzu kommt bei alleinerziehenden Müttern eine gefährliche Spirale der Teilzeitarbeit: Weil sie Familie und Beruf vereinen wollen, sich aber eine Kindertagesbetreuung oft nicht leisten können, arbeiten sie Teilzeit. Das hat aber nicht nur zur Folge, dass ihre Aussichten auf Kaderpositionen und ein besseres Einkommen geschmälert werden, sondern auch, dass ihre Rente im Endeffekt massiv sinken. Auch Frauen, die ihre Kinder selbst betreuen und keine bezahlte Arbeitsstelle haben, begeben sich in eine finanzielle Abhängigkeit, die sich fatalerweise erst nach der Pensionierung deutlich zeigt in Form von minimalen Renden aus erster, zweiter und, wenn überhaupt, dritter Säule. Solche Frauen sind dann erneut auf einen Partner angewiesen, der sie stützt.

Gemäss Bundesstatistik sind 26 Prozent oder fast 340 000 der über 65-Jährigen in der Schweiz arm. Fast 40 Prozent aller Rentnerinnen haben dabei nur die AHV, deren Durchschnittsrente bei 1800 Franken liegt. Die neue Rentenreform sieht ein erhöhtes Frauenrentenalter vor. Wichtig ist deshalb, dass diese Frauen auch eine faire Rente erhalten. Von Fairness kann aber derzeit nicht die Rede sein: Die heutigen AHV-Renden decken nicht einmal das Existenzminimum. Es ist also höchste Zeit, dass wir handeln. Eine Verkäuferin, die zwei Kinder erzogen hat und etwas mehr als 4000 Franken verdient hat, kommt auf ein Renteneinkommen von etwa 2400 Franken. Das reicht bei Weitem nicht. Da verschlingt allein die Wohnungsmiete schon mehr als die Hälfte des Einkommens.

Die Initiative «AHV plus» setzt hier mit einem wirksamen Hebel an. Da das Rentenniveau aus erster und zweiter Säule für viele Leute mit tiefen und mittleren Einkommen nicht ausreichend ist, müssen die Renden angehoben werden. Die Erhöhung der AHV um 10 Prozent ist damit mehr als gerechtfertigt. Wir bekämpfen damit die Altersarmut gerade bei Frauen sehr effizient und einfach. Denn von der vorgeschnittenen linearen Erhöhung um 10 Prozent profitieren in erster Linie die Menschen mit tiefen oder mittleren Einkommen.

Die Erhöhung würde Mehrkosten verursachen. Das kann sich die AHV aber leisten. Die Überalterung war in der Vergangenheit kein Problem und wird es auch in Zukunft nicht sein. Mit seinen Negativprognosen lag der Bundesrat bisher immer daneben. Hinzu kommt, dass wir mit «AHV plus» weitere Ausgaben für Ergänzungslieistungen einsparen können. Ein weiteres wichtiges Argument für die Annahme der Initiative ist ein ganz simples: Wenn wir unseren Staat weiterhin auf dem Solidaritätsprinzip und dem Vertrag zwischen den Generationen aufbauen wollen, müssen wir uns auch zu der dabei geforderten Solidarität bekennen. Wir müssen dafür sorgen, dass Menschen nach der Pensionierung nicht durch die Netze fallen, dass auch sie ihr Leben würdevoll und gesichert leben können, so, wie es in der Bundesverfassung steht. Zu diesem Grundsatz haben wir nämlich Ja gesagt, und das verpflichtet uns. Dieses Versprechen gilt es zu halten.

Buffat Michaël (V, VD): Vous savez tous les problèmes démographiques que doit affronter l'AVS avec le vieillissement de la population. Aujourd'hui, la priorité numéro un est de

consolider l'AVS et non de se lancer dans une nouvelle aventure, qui accentuera encore plus les problèmes de financement du premier pilier. Il est toujours facile de distribuer de l'argent, surtout quand il est pris dans la poche des autres! En voulant rajouter un supplément de rente de 10 pour cent, cette initiative provoque un véritable effet d'arrosoir, sans distinction de cible. D'ailleurs, le message du Conseil fédéral explique clairement les effets pervers qu'une augmentation des rentes aurait pour les bénéficiaires de prestations complémentaires.

Si, d'un côté, il y a la main qui distribue les prestations, de l'autre côté, il y a la main qui doit financer lesdites prestations. Il s'agirait aujourd'hui, le cas échéant, de plusieurs milliards de francs à trouver afin de répondre aux exigences de cette initiative. Impôts, TVA, ou une augmentation des cotisations? Là encore, je pense qu'il ne serait pas adéquat d'augmenter le coût du travail.

Comme jeune de ce Parlement, mais également comme tous les jeunes de ce pays qui, avec ou sans cette initiative, seront toujours plus mis à contribution pour le financement de l'AVS, ce qui est vital pour nous, c'est de savoir que dans 20, 30 ou 40 ans, nous pourrons également compter sur une AVS solide. Beaucoup ont parlé de solidarité, mais avec cette initiative, nous tirons un peu trop sur la corde de la solidarité intergénérationnelle.

C'est pourquoi je vous invite aujourd'hui à recommander au peuple et aux cantons le rejet de cette initiative.

Ruiz Rebecca Ana (S, VD): Relever de 10 pour cent les rentes AVS, c'est aussi penser à une catégorie de la population préterrée au moment de la retraite: les femmes. On le sait, la maternité et l'éducation des enfants ont des incidences sur leurs rentes du deuxième pilier, qui sont souvent modestes. Dans l'AVS, en revanche, les interruptions de l'activité professionnelle sont compensées au moyen de bonifications pour tâches éducatives, si bien que les rentes AVS des femmes qui ont des enfants peuvent atteindre un bon niveau. Les chiffres sont parlants à cet égard: en moyenne, la rente AVS mensuelle d'une femme et celle d'un homme sont identiques, se situant à environ 2020 francs. Au niveau de la rente de prévoyance professionnelle, les chiffres sont d'un autre ordre: 1737 francs en moyenne par mois pour une femme et presque le double – 3044 francs – pour un homme.

Par ailleurs, le système de la prévoyance professionnelle n'est pas favorable au temps partiel. Or, on le sait, il s'agit d'une forme de travail féminisé, puisque plus de 60 pour cent des femmes travaillent à temps partiel. Ainsi, le problème réside dans le fait que de nombreuses femmes n'atteignent pas facilement le seuil d'entrée dans la prévoyance vieillesse, qui se situe à 21 250 francs annuels. Dans les situations où elles accumulent des petits pourcentages, les revenus s'additionnent, certes, et, en additionnant tous ces revenus, le seuil peut être dépassé, mais cela ne leur suffit pas pour entrer dans le système de la prévoyance professionnelle, étant donné que chacun de ces revenus est considéré individuellement pour déterminer l'assujettissement ou non à la cotisation pour le deuxième pilier. A l'inverse, la cotisation à l'AVS étant en principe obligatoire, les femmes obtiennent une rente assurée.

Autre argument en faveur de l'initiative: l'évolution des rentes. Depuis 1975, les employeurs et les salariés paient chacun 4,2 pour cent de cotisation salariale à l'AVS. Cela fait donc 40 ans que le taux est resté inchangé. Dans le deuxième pilier, la situation est là aussi tout autre.

Dans le deuxième pilier, la situation est là aussi toute autre. Ici l'on s'accorde très volontiers, sans le moindre tabou, de prélèvements supplémentaires sur les salaires pour faire face aux défaillances des marchés financiers. Malgré les mesures d'assainissement et les cotisations supplémentaires sur les salaires, les rentes ont peu à peu baissé. Elles sont passées de 7120 francs en 2003 à 6340 francs en 2013. Le taux de cotisation moyen dans la LPP se situe aujourd'hui à plus de 18 pour cent. A l'opposé, l'AVS offre une rente sûre et solide. Cette rente a toutefois perdu du terrain



face à l'évolution des salaires au fil des années, d'où la nécessité de combler une partie de ce retard, grâce à l'initiative «AVS plus».

Pour les raisons évoquées, je vous invite à suivre la proposition de la minorité Schenker Silvia et à recommander au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative.

Hardegger Thomas (S, ZH): Wir haben jetzt schon mehrfach gehört, wie unser System der Alterssicherung funktioniert: Die AHV soll gemäss Bundesverfassung die Existenz sichern. Die AHV soll, zusammen mit der BVG-Rente, im Alter die Weiterführung eines Lebens im gewohnten Rahmen ermöglichen, und alle, für die das nicht der Fall ist, sollen Ergänzungsleistungen beantragen können.

Ich möchte das gerne ein bisschen aus kommunaler Sicht beleuchten. Ich bin jetzt seit vierzehn Jahren als Gemeindepräsident für die Finanzen der Gemeinde verantwortlich, und jedes Mal denke ich bei der Rechnung: So, jetzt müssen dann die Ergänzungsleistungen sinken, jetzt gibt es ja immer weniger Personen, die noch keine zweite Säule haben! Das Gegenteil ist der Fall: Die Ergänzungsleistungen wachsen jedes Jahr. Die Renten halten eben nicht Schritt mit den steigenden Miet- und anderen Lebenshaltungskosten. Das bedeutet für unsere Gemeinde, dass 15 Prozent der über 64- bzw. 65-Jährigen Ergänzungsleistungen in Anspruch nehmen müssen, und zwar im Durchschnitt 24 000 Franken pro Jahr; bezogen auf alle Personen im Rentenalter sind das jährlich 3300 Franken pro Person. Damit liegen wir ziemlich genau beim Durchschnitt. Landesweit heisst das, dass für etwa ein Drittel der Personen im Pensionsalter die AHV die einzige Einnahmequelle ist. Das bedeutet, dass 500 000 Personen darauf angewiesen sind, dass sie noch zusätzlich unterstützt werden. Ich erlebe tagtäglich Personen im Gemeindehaus, die kommen, um Ergänzungsleistungen zu beantragen.

Die Ergänzungsleistung ist eine Bedarfsleistung, das heisst, Anspruchsberechtigte haben die Verantwortung für die Darlegung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse auf sich zu nehmen. Eine bedarfsabhängige Leistung ist zwar schon richtig, aber für die Betroffenen alles andere als angenehm. Das bedeutet nämlich, dass die betreffenden Personen von dem Moment an nicht mehr selbstbestimmt über ihre eigenen Mittel verfügen können. Es ist auch so, dass nicht alle Anspruchsberechtigten Antrag stellen: Sie empfinden es als Bittgang, und sie schränken sich lieber ein, essen weniger, gefährden ihre Gesundheit.

Auch das Beschaffen der Unterlagen ist nicht einfach. Im Kanton Zürich füllt man ein sechseckiges Formular aus, und bei jedem Punkt steht dann: Belege, Ausweise, Verträge, Abrechnungen beilegen. Nur schon bis man alle Unterlagen beisammen hat, ist das eine grosse Anstrengung. Die Ergänzungsleistungen sind ein verfassungsmässiger Anspruch, aber sind halt so ausgestaltet, dass sie immer noch daherkommen, als wäre es die Gnade des Staates, die hier hilft – und sie sind mit grossem Verwaltungsaufwand verbunden. Sie hier werden sicher nicht betroffen sein, ich weiss aber auch nicht, ob Sie sich in die Personen einfühlen können, die den Gang auf das Sozialamt auf sich nehmen müssen. Wer lebenslang gearbeitet hat, soll doch ein würdiges Leben im Alter haben – ohne Gang auf das Sozialamt, ohne die Bedingungen für die Ergänzungsleistungen erfüllen zu müssen.

Wenn Sie die Volksinitiative «AHV plus» unterstützen, werden wir erreichen, dass weniger Personen auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind. Das führt auch bei den Gemeinden und Kantonen zu Einsparungen bei den Ergänzungsleistungen und beim Verwaltungsaufwand. Darum appelliere ich auch an die Vertreter im Rat, die auf kommunaler Ebene aktiv sind, mit der Stärkung der AHV die Gemeinden zu entlasten. Gerne singen Sie ja das Hohelied der Eigenverantwortung. Schaffen Sie doch die Voraussetzungen dafür, dass mehr Personen im Alter eigenverantwortlich handeln können, weil ihnen mehr Mittel zur Verfügung stehen. Es wäre auch die Anerkennung gegenüber der älteren Generation für den geleisteten Beitrag zum Wohlstand der

Schweiz. Auch wenn einige Menschen aus dieser Generation nur ein kleines Einkommen hatten und heute nur eine kleine Pension haben – sie alle haben ein würdiges Leben im Alter verdient.

Die Volksinitiative «AHV plus» mit der 10-prozentigen Erhöhung der Rente bringt nur eine Abmilderung der Probleme. Sie zeigt aber die Richtung auf, in die wir gehen müssen. Ich bitte Sie, diese Initiative zu unterstützen.

Rytz Regula (G, BE): Die Diskussion heute zu dieser Initiative «AHV plus» hat gezeigt, dass die Meinungen gemacht sind und dass die Gräben in Bezug auf diese Initiative so tief sind wie der Marianengraben im westlichen Pazifischen Ozean; es ist der tiefste Punkt unserer Meere. Und die Gräben, die es hier gibt, entsprechen genau dem dortigen Rekordtief.

Ich möchte nicht wiederholen, was jetzt schon sehr oft betont wurde, z. B. die Bedeutung dieser Vorlage für die schlechtversicherten Frauen in der Schweiz. Ich möchte vielmehr auf drei Punkte eingehen, die aus meiner Sicht vertieft werden müssen.

1. Eine These, die immer wiederholt wurde, war die, dass die Initiative letztlich der Bevölkerung im Ruhestand schade. Diese Diskussion möchte ich gerne dann, wenn es um die Initiative und die dazugehörige Kampagne geht, mit den Leuten führen, die kurz vor dem Ruhestand stehen. Ich möchte dann hören, wie Sie ihnen ins Gesicht sagen, dass eine Erhöhung der AHV um 10 Prozent – Sie haben vorhin gehört, um welche Summen es geht – ihnen letztlich schaden werde. Herr Frehner hat sich sogar auf den Standpunkt gestellt, dass es faktisch gar keine AHV braucht, denn es gibt ja auch keine Armut in der Schweiz, auch keine Altersarmut. Zum Glück haben andere Kollegen aus den bürgerlichen Parteien dann doch auch erkannt, dass es für Personen, die Schwierigkeiten haben, im Alter ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, Ergänzungsleistungen gibt. Was sie allerdings nicht sagen, ist, dass genau diese Ergänzungsleistungen massiv unter Druck sind, dies als Folge der kantonalen Tiefsteuerpolitik und der ganzen Sparprogramme, die landein, landaus beschlossen werden. Hier ist aus meiner Sicht auch eine scheinheilige Argumentation im Raum: Genau diese Auffangbecken, die Sie jetzt für diese Menschen, die im Alter eben nicht mehr in Würde leben können, genannt haben, sind genau von Ihrer Seite her massiv unter Druck.

2. Ein anderer Widerspruch ist derjenige der Generationensolidarität. Die AHV ist ein grossartiges Werk der Generationensolidarität. Wir alle sind darauf angewiesen, weil wir alle nicht so jung bleiben, wie es Christian Wasserfallen heute ist. Auch er wird einmal älter und ist dann auf diese Renten- und AHV-Sicherung angewiesen. Wir alle sind aber auch in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass unsere Eltern gut leben können. Dafür haben wir auch die Sozialversicherungen eingeführt, die ein würdiges Leben ermöglichen sollen. Wenn die junge Generation in diese AHV-Kasse einbezahlt, dann sorgen die jungen Leute damit auch für ihre eigenen Eltern, für die Menschen, die ihnen als Kind ja auch ihre Fürsorge gegeben haben. Ich denke, diese Solidarität ist so gross, dass sie auch durch die polemischen Aussagen, die hier heute gemacht wurden, nicht erschüttert werden kann, und darüber bin ich ausserordentlich froh.

3. Dann komme ich noch zum letzten Punkt, zu den Finanzen. Es ist aus meiner Sicht ganz klar, dass diese Initiative eine finanzielle Herausforderung ist. Es wird eine grosse Diskussion darüber geben, wie sie finanziert werden kann. Ich finde, das ist eine legitime Diskussion. Nicht akzeptieren kann ich, dass die finanzielle Sorgfalt – gerade auf der bürgerlichen Seite – jetzt nur in dieser Frage spielt; wenn es dann um andere Themen geht, dann wird gerne mit vollen Händen Geld aus der Staatskasse verteilt. Ich erinnere z. B. an die Unternehmenssteuerreform II, bei der man die Bevölkerung an der Nase herumgeführt hat, weil es massivste Steuerausfälle gibt – übrigens auch Steuerausfälle im ganzen AHV-Bereich. Wir reden von bis zu einer Milliarde Franken, die diese Unternehmenssteuerreform II nachhaltig ge-

kostet hat. Es stehen weitere Leere-Kasse-Fragen auf den Wunschzetteln der bürgerlichen Parteien: Die «Milchkuh-Initiative» wird die Staatskasse z. B. um 1,5 Milliarden Franken erleichtern, dann kommt ja schon die Unternehmenssteuerreform III, die auch wieder mit 1,5 Milliarden Franken Steuerausfällen zu Buche schlagen kann. Die ganze finanzielle Sorgfalt ist also hier sehr, sehr einseitig auf die soziale Frage fokussiert, und das finde ich nicht legitim.

Ganz zum Schluss: Was mir in der Diskussion auf der bürgerlichen Seite heute am meisten gefehlt hat, ist ihre Vision für die Sanierung der AHV und des Rentensystems. Ich finde, dass Sie in dieser Diskussion etwas verschleieren, und ich freue mich darauf, von Ihnen zu hören, wie Sie die Rentenreform anpacken und wie Sie das dann den Menschen auch ins Gesicht sagen werden.

Matter Thomas (V, ZH): Frau Kollegin Rytz, Sie kommen und sagen, dass wir bei den Steuern Geschenke machen usw. Aber ist es nicht so, dass die soziale Wohlfahrt der Bereich ist, der bei den Staatsausgaben mit Abstand das stärkste Wachstum hat?

Rytz Regula (G, BE): Ich glaube, wir haben das heute intensiv diskutiert. Es gibt eine demografische Veränderung, also immer mehr Menschen, die ins Rentenalter kommen. Aber das ist ein Peak, der sich dann wieder abschwächen wird. Ich kann Ihnen vor allem eines sagen: Jeder Steuerfranken, den wir in die soziale Wohlfahrt investieren, ist dort wesentlich besser investiert als in Steuergeschenken für globale Konzerne.

Friedl Claudia (S, SG): Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe b der Bundesverfassung schreibt existenzsichernde AHV-Renten vor. Das ist nichts Neues, das wissen wir alle. Bis heute ist das aber nicht erreicht; nein, schlümmer noch, dieser Grundsatz wird immer stärker verletzt. Von der AHV alleine kann in der Schweiz niemand mehr leben, ich glaube, da sind wir uns nach dieser langen Diskussion auch einig. Niemand kann davon leben, auch wenn er seine Ansprüche stark herunterschraubt. Diese Ansprüche sind aber doch etwas höher, als sie heute Morgen von Herrn Frehner beschrieben wurden: Es geht um mehr als ein Stück Brot, eine warme Suppe und ein warmes Zimmer. Dass man sich im Alter damit zufriedengeben muss – ich glaube, das ist nicht die Idee der Mehrheit in diesem Saal.

Da sich die AHV-Renten nur zur Hälfte der Teuerung und der Lohnentwicklung angepasst haben, sind sie mittlerweile gegenüber der Lohnentwicklung 20 Prozent im Rückstand. Die Folge davon: Immer mehr Menschen sind auch auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Es waren 139 000 im Jahr 2000, im Jahr 2014 sind es 193 000. Herr Hardegger hat es aus seiner Gemeinde geschildert, wie diese Zahl eigentlich täglich zunimmt. Mittlerweile ist es eine Zunahme von 40 Prozent. Ergänzungsleistungen werden jedoch nicht automatisch ausbezahlt, sondern nur auf Antrag der Betroffenen, und auch da hat Herr Hardegger ausgeführt, wie diese Prüfung vor sich geht. Das führt dazu, dass pensionierte Menschen, die eigentlich Anrecht auf Ergänzungsleistungen hätten, aus falschem Stolz darauf verzichten und mitten unter uns in versteckter Armut leben.

Die Initiative «AHV plus» will diese Entwicklung weg von der existenzsichernden Rente und hin zur bevormundenden Einzelunterstützung mit einer Erhöhung der Renten um 10 Prozent korrigieren. Damit werden wieder weniger Menschen von Ergänzungsleistungen abhängig. Das heisst ganz praktisch, dass weniger Fälle bei den Ergänzungsleistungen einzeln geprüft werden müssen, was zu weniger Bürokratie führt. Die Budgets der Kantone und Gemeinden werden entlastet, weil weniger Ergänzungsleistungen ausbezahlt werden müssen. Das ist für alle Betroffenen ein Vorteil.

Von bürgerlicher Seite wird immer wieder beklagt, das Ganze sei nicht finanzierbar. Ja, das mit den Finanzen ist so eine Sache. Es ist ja immer die Frage: Will man es finanzieren, oder will man es eben nicht finanzieren? Ich erinnere Sie daran: Im Gegensatz zu den anderen Sozialversicherun-

gen und auch den Krankenkassen wurden bei der AHV die Beiträge in den letzten vierzig Jahren nicht erhöht. Die Finanzierung der zusätzlichen 10 Prozent Rente würde 4,1 Milliarden Franken kosten. Dies kann durch eine Erhöhung des Satzes bei der Beitragspflicht der Arbeitnehmer und Arbeitgeber um je 0,4 Lohnprozente finanziert werden. Bei einem Bruttojahreslohn von 54 000 Franken wären das gerade einmal 220 Franken. Demgegenüber steigen aber dann die Renten für Leute in diesem Segment um 2000 Franken pro Jahr an. Ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis finden Sie sonst nirgends. Und ich glaube, das ist eben gerade das, was manchen Leuten ein Dorn im Auge ist. Jede Generation muss und kann die Finanzierung der AHV durch das geniale System des Umlageverfahrens den spezifischen Herausforderungen anpassen und sie justieren. Jetzt ist es Zeit, die längst fällige generelle Erhöhung der AHV-Renten vorzunehmen. Damit garantieren wir den Rentnerinnen und Rentnern auch künftig ein würdiges Leben. Sie haben mehr als vierzig Jahre für uns und die Wirtschaft und unseren Reichtum hier in diesem Land gearbeitet. Die Erhöhung ist finanzierbar, ohne die werktätige Bevölkerung übermäßig zu strapazieren.

Unterstützen Sie die Initiative «AHV plus», damit Pensionierte ihr gewohntes Leben in angemessener Weise weiterführen können.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Die AHV ist nach wie vor die wichtigste Säule in unserem Rentensystem: 19 Prozent der Männer und 38 Prozent der Frauen verfügen im Alter über keine weiteren Einkünfte.

Ich kann ans Votum meiner Vorrednerin anschliessen. Es ist alles eine Frage des politischen Willens: Wenn wir in der Mehrheit in unserem neugewählten Parlament den politischen Willen haben – was ich hoffe –, dass unsere pensionierten Menschen in Würde alt und hochaltrig werden dürfen, dann ist diese Initiative «AHV plus» finanzierbar. Es tut mir leid, dass die Vorlagen geteilt worden sind. Es wäre ideal gewesen, wenn wir diese Initiative zusammen mit der Altersvorsorge 2020 hätten diskutieren können. So hätten wir wirklich eine kohärente Diskussion führen können. Ich möchte als langjährig tätige Rechtsanwältin auch an die Voten von Praktikern und Praktikerinnen in diesem Saal anknüpfen. Ich möchte anschliessen an das eindrückliche Votum von Frau Silvia Schenker, Sozialarbeiterin, und auch an das Votum von unserem Kollegen Barille, Hausarzt. Und was ich als Rechtsanwältin einfach zunehmend feststellen muss, ist, dass die Situation «Rente und Ergänzungsleistung» für viele Menschen, gerade für hochbetagte Menschen, zu absolut unwürdigen Situationen führt und dass sie vor allem bürokratisch x-mal aufwendiger ist als eine Rente, eine Dauerrente wie die AHV.

Die explodierenden Zahlen bei den Ergänzungsleistungen sind genannt worden. Ja klar, so ist es, wenn wir keine Mindestlöhne haben, wenn wir Tausende, Hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab 55, ab 60 aussteuern und wenn diese dann mit deutlich reduzierten AHV- und BVG-Renten ins Pensionsalter eintreten müssen!

Was ich als Rechtsanwältin erlebe, ist Folgendes: Eine Geschäftsfrau hat während ihres ganzen Erwerbslebens ein Restaurant geführt; sie hat keine Nachkommen, ihr Mann ist gestorben. Irgendwann reicht das Geld nicht mehr, um die Rechnungen zu bezahlen. Das kann mit neunzig Jahren sein, und es braucht jemanden, der dieser früher äusserst geschäftstüchtigen Frau im hohen Alter hilft, der sie bei den Formalitäten für die Ergänzungsleistungen unterstützt. Ja, sie kann zum Sozialdienst gehen, sie kann eine Rechtsanwältin beziehen, aber das alles ist so aufwendig und unwürdig. Das tut uns leid für diese Menschen. Wenn mit der Rente 200 Franken pro Monat mehr kämen, dann würde die Rente die ungedeckten Krankenkassenvorbehalte oder die ausserordentlichen Ausgaben gerade decken.

Oder ich denke an eine Klientin, die den Kanton gewechselt hat und sich dort natürlich neu anmelden musste, um von der neuen Behörde eine neue Verfügung für die Ergänzungsleistungen zu erhalten. Dann passiert ihr genau in die-



ser Phase ein schwerer Sturz, und sie muss hospitalisiert werden. Sie ist alleinstehend, sie hat keine Nachkommen; das gibt es zunehmend. Die Belege werden nicht fristgerecht eingereicht, es gibt plötzlich eine Lücke, denn die frühere Behörde spricht wegen des Wohnsitzwechsels keine Ergänzungsleistungen mehr. Die neue Behörde hat die Angaben nicht rechtzeitig erhalten und kann auf den gestellten Antrag hin sogar eine negative Verfügung aussprechen. Dann hat diese Person eine mehrmonatige finanzielle Lücke, die sie nicht füllen kann, und eine Anwältin, ein Anwalt oder die Sozialbehörde muss sich darum kümmern, dass die Ergänzungsleistungen im neuen Kanton überhaupt ausgerichtet werden können.

Sie lachen vielleicht, Sie, die Sie bei guter Gesundheit sind und vielleicht noch vermögend sind und ein hohes Einkommen haben. Aber der Alltag, die Realität unserer Menschen ist eine andere.

Es ist alles eine Frage des politischen Willens. Aus der Unternehmenssteuerreform II sind allein seit Januar 2011 über 1100 Milliarden Franken steuerfrei zur Ausschüttung genehmigte Reserven aus den Aktiengesellschaften aufgelaufen. Es ist alles eine Frage des politischen Willens.

Empfehlen Sie diese Initiative zur Annahme!

Schwaab Jean Christophe (S, VD): Vous avez été nombreux à monter à la tribune pour tenter d'expliquer à des gens gagnant au maximum 2350 francs par mois après une vie de dur labeur, que 2585 francs, c'était trop.

Ce raisonnement est un affront! C'est un affront aux retraités dont on sait que, pour deux tiers d'entre eux, la rente AVS constitue la principale source de revenu. Une AVS qui n'a pas connu d'augmentation nominale depuis 40 ans, une AVS qui est déconnectée de la croissance des salaires et une AVS qui ne tient pas compte de l'augmentation des primes d'assurance-maladie.

Ce raisonnement est également un affront aux 200 000 personnes qui bénéficient des prestations complémentaires; 200 000 personnes qui doivent mettre leur situation financière à nu pour obtenir une aide publique, une forme d'aide sociale, bien qu'elles aient travaillé et cotisé tout au long de leur vie. Lorsque Mesdames Humbel et Moret disent qu'elles ne voient pas quelle est la plus-value entre ne pas avoir à demander les prestations complémentaires et être contraint de le faire, eh bien, j'ai de la peine à comprendre ce raisonnement.

Ce raisonnement est un affront envers ceux qui bénéficient le plus de l'AVS. Ce sont les femmes, ce sont les bas salaires, ce sont les salariées et les salariés des classes modestes et moyennes qui n'ont pas de deuxième pilier ou qui n'en ont qu'un petit. Mais c'est également un affront à tous les bas revenus de ce pays, pour qui 100 ou 200 francs de plus par mois, cela compte, cela a de l'importance pour boucler un budget, et ce ne sont pas des cacahuètes, ce ne sont pas des «peanuts».

Ce raisonnement est un affront à la Constitution fédérale, qui commande à l'AVS d'assurer un revenu qui couvre les besoins vitaux. Plusieurs de mes préopinants ont démontré que malheureusement tel n'était pas le cas. Enfin, ce raisonnement est un affront à la bonne santé financière de l'AVS et à la solidité de son modèle de financement.

Je comprends que cette bonne santé financière ne plaise pas à certains membres de ce conseil, d'une part parce qu'elle n'est pas conforme à leurs prévisions, pour ne pas dire à leurs prédictions divinatoires.

La bonne santé de l'AVS ne vous plaît probablement pas, parce que vous l'avez affaiblie en soutenant la réforme de l'imposition des entreprises II – évoquée par ma préopinante –, qui prive chaque année l'AVS de 120 millions de francs de rentrées.

Enfin, la bonne santé de l'AVS ne vous plaît pas – et c'est compréhensible –, car elle démontre qu'un système de retraite par répartition, qui est solidaire, tant entre les générations qu'entre les classes sociales, qui est redistributif et qui est basé sur l'épargne collective et non sur l'épargne individuelle,

fonctionne, ce qui va à l'encontre de vos dogmes et de ceux des lobbies qui vous soutiennent.

L'initiative est nécessaire pour les retraités, car ils en ont besoin; ils l'ont méritée. Elle va profiter avant tout aux bas et aux moyens revenus et pas aux hauts revenus, contrairement à ce qui a été évoqué plus tôt par des personnes qui visiblement ne comprennent pas comment fonctionne l'AVS. Car, même en cas d'acceptation de l'initiative, le système absolument fantastique de l'AVS, selon lequel les cotisations ne sont pas plafonnées, les rentes sont plafonnées et les rentes sont imposables, va perdurer. Cela veut dire que les très hauts revenus toucheront certes un peu plus, mais ils auront cotisé encore plus et ils payeront un peu plus d'imôts.

L'initiative est également nécessaire pour les futurs retraités, pour les jeunes générations, pour ma génération, mais aussi pour celle de mes enfants. En effet, pour les jeunes, l'AVS est la prévoyance vieillesse qui a le meilleur rapport qualité-prix. Pour obtenir une rente similaire grâce au deuxième pilier, il faut, sur toute une vie professionnelle, cotiser près de deux fois plus pour obtenir le même montant si on ne compte que sur la prévoyance professionnelle du deuxième pilier.

En conclusion, j'aimerais vous dire que renforcer l'AVS, c'est renforcer la Suisse. Et c'est pour cela que je soutiendrai l'initiative, et je vous remercie d'ores et déjà d'en faire autant.

Borloz Frédéric (RL, VD): Pour ma première intervention à la tribune de ce Parlement, je dois dire que les surprises ne manquent pas. Depuis des heures, nous discutons du sujet de cette initiative. J'avais envie de commencer en disant à Monsieur Schwaab et à toutes celles et à tous ceux qui la défendent: quelle belle journée! Quelle belle journée, car c'est un sujet extraordinaire que celui qui offre la possibilité de distribuer de l'argent à des gens qui en ont besoin, de distribuer de l'argent à nos aînés qui sont aussi, pour beaucoup d'entre eux, dans le besoin, d'appliquer correctement la Constitution; ce sont des buts qui finalement sont parfaitement louables.

Si l'on creuse un peu, on constate, en revanche, que les bénéficiaires ne sont pas tout à fait ceux qu'on croit, ceux qu'on imagine au départ. Ce ne sont pas les mêmes, parce qu'effectivement, les gens qui bénéficient d'une aide sociale pour compléter leur revenu, ceux-là ne vont pas voir leur revenu augmenter; cette initiative n'aura pas d'incidence sur leur revenu. Tout au plus pouvons-nous espérer que l'on va simplifier les démarches administratives pour celles et ceux qui en ont besoin, mais ils n'auront pas de revenu supplémentaire, donc il n'y aura pas d'aide supplémentaire.

Ensuite il y a toutes celles et tous ceux qui ont, ma foi, réussi dans la vie, sans avoir un salaire très élevé, mais qui ont cotisé au premier pilier et au deuxième pilier, et éventuellement au troisième pilier. C'est la grande partie de nos aînés et ces gens-là ont une retraite qui correspond à ce qu'ils ont imaginé, à ce qui était plus ou moins annoncé lorsqu'ils ont commencé à cotiser. Ces personnes n'ont pas besoin de ces 200 francs de plus par mois – on en a tous besoin, bien entendu –, ou en tout cas cela n'est pas fondamental dans leur vie. Alors qui voulons-nous aider avec ces 200 francs de plus par mois? Encore faut-il, comme le disait Madame Kienner Nellen il y a un instant, que cela rende service. Oui, mais si ces 200 francs ne devaient pas suffire, cela n'enlèverait pas l'obligation de recourir à l'aide sociale pour toutes celles et tous ceux qui en ont besoin.

On parle de petites sommes; on parle d'aide individuelle et il ne faut pas se tromper non plus d'objectif. Ma grande inquiétude, par rapport à cette initiative, c'est finalement non pas ce qu'elle va apporter, mais ce qu'elle va prendre, ou ce qu'elle va détruire. Et notre système de couverture, en termes de retraites, est un système qui est fondé sur trois piliers, trois piliers essentiels.

Lorsqu'on a voulu compléter l'AVS, on n'a pas augmenté les rentes AVS: on a inventé le deuxième pilier! Parce qu'on voyait bien qu'on touchait précisément aux limites du développement de l'AVS, au vu de la manière dont elle était orga-



nisée et comme elle l'est toujours, à savoir selon un fonds de solidarité, sur la base d'une cotisation que l'on paie aujourd'hui, pour des gens qui touchent une rente aujourd'hui. Il n'y a pas de réserves dans le système de l'AVS. Ce sont ceux qui cotisent qui paient les rentes de ceux qui les touchent. C'est une solidarité directe. Et on voyait bien que ce système avait atteint ses limites et qu'on ne pourrait pas le développer de la manière proposée aujourd'hui avec cette initiative. On a donc inventé le deuxième pilier.

Et ce qui m'inquiète beaucoup, c'est qu'en définitive, cette initiative fragilise ce système des trois piliers, qu'elle en affaiblisse un pilier. On a les chiffres, cela a été démontré. Mon préopinant s'en fiche complètement, selon lui, 8 milliards de francs, ce n'est rien du tout. Soit! Toujours est-il qu'on ne peut pas inventer cet argent; il faudra les trouver, ces 8 milliards de francs. Et dans la mesure où on affaiblit un des piliers de notre maison de la retraite suisse, on court le risque d'affaiblir aussi les retraites de celles et ceux qu'on veut soutenir aujourd'hui, car le moment venu, lorsqu'il faudra trouver des solutions pour renforcer ce pilier-là, beaucoup risquent de devoir participer, encore une fois parce qu'on ne peut pas inventer l'argent.

Cette initiative, au-delà des belles promesses qu'elle fait, c'est malheureusement de la poudre aux yeux et ses conséquences pourraient être dommageables pour l'ensemble de nos retraites et de notre système de retraite, sur lequel une discussion doit être menée, sans dissocier l'un et l'autre des piliers. On ne peut en effet pas toucher un pilier sans imaginer les conséquences que cela aura sur les autres.

Wermuth Cédric (S, AG): Ich habe Ihnen in dieser Debatte sehr aufmerksam zugehört. Der Neoliberalismus hat ja zwei grosse Geschichten oder Erzählungen, die Sie wirtschaftspolitisch verwenden, um alles zu begründen, was im Mainstream getan wird: einerseits den Standortwettbewerb und andererseits die Demografie.

Die Demografie erscheint in Ihrem Diskurs immer nur als Krisen- und Katastrophenszenario – recht überraschend für politische Parteien, die sich liberal nennen und hier offenbar komplett einem biologistisch-ökonomistischen Determinismus verfallen. Tatsächlich ist es empirisch falsch, was Sie uns hier erzählen. Sie müssen nämlich, wenn Sie die Sozialversicherungssysteme anschauen, den Gesamtlastquotienten anschauen, das heisst, Sie müssen auch schauen, welche Lasten die Jungen verursachen, nicht nur die Älteren. Dann sehen Sie, dass der Gesamtlastquotient 1960 noch bei ungefähr 85 Prozent lag, und heute liegt er bei 60 Prozent. Die Situation für die Erwerbstätigen war also noch nie so gut wie heute.

Beim Altersquotienten, Herr Lüscher, ist es genau das Gleiche: 1950 lag der Altersquotient noch deutlich tiefer als heute, nämlich bei 16 Prozent. 1980 lag er bei 23 Prozent. Trotzdem wurden die Altersrenten in dieser Zeit mehrfach erhöht.

Wenn die AHV bankrottgehen müsste, dann wäre sie längst bankrottgegangen – das wird nicht heute passieren. Wenn wir etwas wissen über all diese Prognosen – ich nenne die IDA-Fiso-Berichte als letztes Stichwort –, dann die Tatsache, dass sie danebenlagen, und zwar relativ deutlich. Sie waren immer zu dramatisch.

Das Zweite, was an diesem Diskurs überraschend ist, ist das wirtschaftspolitische Bild, das dahintersteht. Sie gehen in der Begründung, warum die AHV bankrottgehen sollte, von einer sehr archaischen Subsistenzwirtschaft aus. Es war vielleicht früher einmal so, dass eine Familie gleich einem Produktionsbetrieb war, ohne Produktivitätswachstum, und dass darum das direkte Verhältnis von Rentnern zu Erwerbstätigen entscheidend war für die Finanzierung des Alters. Aber eine moderne kapitalistische Wirtschaft erzielt Produktivitätserhöhungen, sie hat ein Produktivitätswachstum. Da setzt der geniale Finanzierungsmechanismus der AHV an. Solange Sie dafür sorgen, dass das Produktivitätswachstum in diesem Land an die Löhne weitergegeben wird, so lange können wir uns eine gut ausgebauten AHV leisten.

Das reine Verhältnis von Alt zu Jung zu berechnen ist jedoch, mit Verlaub, eine Milchbüchleinrechnung.

Dann stört mich an dieser ganzen Debatte, das muss ich Ihnen ehrlich sagen, am meisten, dass immer die Generationsgerechtigkeit vorgeschoben wird. Es wird uns empfohlen, wir sollten doch mehr in Richtung des Kapitaldeckungsverfahrens gehen, weil so die Jungen die Renten der Alten nicht direkt finanzieren würden. Es tut mir leid, aber auch das stimmt nicht. Oder was glauben Sie, woraus denn im Kapitaldeckungsverfahren die monatliche oder jährliche Rente bezahlt wird? Genauso aus dem laufenden Volkseinkommen, wie das auch bei der AHV der Fall ist. Der einzige Unterschied ist: Es läuft über die anonymen Märkte und nicht über die demokratisch-politischen Institutionen wie beim Umlageverfahren. Das ist es, was Sie am Schluss stört: dass wir einen politischen Entscheid fällen, der es für Sie schwieriger macht, für Ihre Auftraggeberinnen und Auftraggeber einen finanziellen Profit aus diesen Versicherungssystemen zu ziehen.

Meine Grosseltern, Ihre Grosseltern, meine und Ihre Eltern haben dieses Land aufgebaut, und ich wehre mich im Namen der jungen Generation gegen diesen Krieg der Generationen, der hier vom Zaun zu brechen versucht wird. Es ist inakzeptabel, dass wir gegeneinander ausgespielt werden, dass hier versucht wird, mir die Rente meiner Grossmutter madig zu machen. Ihre Generation hat längst verdient, dass sie eine anständige Rente bekommt, dass wir diese mitfinanzieren, und meine Generation ist auch bereit, das zu tun. Wir sind nicht bereit, im Interesse der Versicherungs-, der Privatwirtschaft für einen Angriff auf die AHV vorgeschoben zu werden.

Was hier mit einer bescheidenen Erhöhung der Renten um 10 Prozent vorliegt, ist absolut finanzierbar. Es liegt im Rahmen dessen, was beim Ausbau unserer Sozialversicherungen Sinn macht.

Ich bitte Sie, diese Volksinitiative zur Annahme zu empfehlen.

Merlini Giovanni (RL, TI): Ancora una volta abbiamo a che fare con un'iniziativa popolare che si muove con la stessa delicatezza di un elefante in una cristalleria e che, se accolta, purtroppo destabilizzerebbe il processo di consolidamento finanziario proposto con la riforma del Consiglio federale per il nostro sistema previdenziale.

Gli autori dell'iniziativa popolare ci chiedono di aumentare del 10 per cento le rendite di vecchiaia per tutte le beneficiarie e tutti i beneficiari, indipendentemente dal loro reddito. Si tratterebbe quindi di un aumento mensile rispettivamente di circa 200 franchi al mese per la maggior parte delle persone singole e di 350 franchi per le coppie sposate. Il costo dell'operazione ammonterebbe a circa 4,1 miliardi di franchi all'anno dal 2018, in crescita fino a 5,5 miliardi di franchi all'anno entro il 2030.

I promotori vorrebbero giustificare tale incremento con la necessità di compensare la perdita del potere di acquisto delle rendite, che negli ultimi anni non sono state adeguate al rincaro come invece lo sono stati i salari. Inoltre si tratterebbe di controbilanciare la continua pressione sulle rendite previdenziali del secondo pilastro, dovuta anche alla riduzione del tasso di conversione. Sul discutibile vantaggio che derivebbe ai beneficiari è già stato detto in precedenza e non voglio ripetermi. In realtà, l'aumento delle rendite penalizzerebbe addirittura alcune categorie di beneficiari perché si ritroverebbero senza più la prestazione complementare e continuerebbero comunque a pagare le imposte anche sulla rendita aumentata.

L'aumento del 10 per cento verrebbe finanziato attraverso prelievi supplementari sui salari in ragione dello 0,8 fino al 1 per cento – lo abbiamo sentito – e mediante gli introiti delle imposte sul tabacco e sugli alcolici così come dell'IVA nonché attraverso un'imposta di successione nazionale, quest'ultima fortunatamente spazzata via dal popolo e dai cantoni lo scorso mese di giugno.

Non occorrono analisi particolarmente accurate per comprendere che la richiesta dei promotori dell'iniziativa è esor-



bitante, e peraltro giunge nel momento meno opportuno: se solo pensiamo alle difficoltà attuali e future della nostra economia a causa del franco forte e dell'attuazione, per quanto riguarda la manodopera, dei contingenti e tetti massimi, che dovranno favorire la preferenza per le risorse lavorative indigene, ci rendiamo subito conto di quanto inopportuno sia un aumento del prelievo dei contributi AVS sui salari in questo momento.

Ma non basta. L'iniziativa solleva anche la questione dell'equità generazionale, affrontandola però nel peggiore dei modi. E cioè ribaltando in buona parte, ancora una volta, l'onere del finanziamento delle rendite sulle spalle dei giovani con attività lavorativa, i quali già oggi contribuiscono in misura determinante al finanziamento delle rendite a favore degli attuali beneficiari, in virtù del principio di ripartizione su cui si fonda il nostro sistema dell'AVS. Con lo sviluppo demografico che conosciamo, questo onere sulle giovani generazioni sarebbe destinato a crescere oltre ogni ragionevole limite.

L'iniziativa popolare si inserisce quindi del tutto obliquamente nel dibattito in corso sulla riforma 2020 della previdenza per la vecchiaia. La lacuna finanziaria da colmare nel 2030, se nel frattempo non si adottasse una riforma per la stabilizzazione ed il consolidamento del primo pilastro delle nostre assicurazioni sociali, ammonterebbe a circa 9 miliardi di franchi. Il pacchetto di misure di risanamento proposto dal Consiglio federale prevede, tra l'altro, lo ricordo, anche un ulteriore aumento dell'IVA dell'1,5 per cento. Ebbene, cosa succederebbe? Con l'iniziativa, a tale aumento verrebbe ad aggiungersi un ulteriore incremento percentuale della stessa imposta, che si renderebbe necessario per compensare il mancato gettito dell'imposta nazionale sulle successioni, che appunto, nel frattempo, è caduta in votazione popolare. Le controindicazioni dell'iniziativa popolare sono quindi consistenti. Non è certamente questo il periodo più indicato per estendere le prestazioni dell'AVS. Anzi, la priorità politica è infatti un'altra: stabilizzare l'intero sistema, consolidandolo finanziariamente in modo da garantire la sua sostenibilità a lungo termine.

Vi invito quindi ad aderire alla proposta di maggioranza ed a raccomandare di respingere l'iniziativa in votazione popolare senza controprogetto.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): L'initiative populaire qui nous occupe vise à renforcer l'AVS. La sympathie naturelle, profonde et sincère du peuple suisse à l'égard de son AVS – je dis bien: son AVS – n'est plus à démontrer. Progrès social indéniable, cette grande réforme de l'après-guerre a largement contribué à améliorer la qualité de vie de nos anciens et surtout leur dignité, ce qui n'est pas rien. Sa légitimité est solide et repose sur l'article 112 alinéa 2 lettre b de la Constitution, selon lequel «les rentes doivent couvrir les besoins vitaux de manière appropriée».

«Couvrir les besoins vitaux»: cette affirmation, sans doute vraie à un moment donné, n'est de loin plus d'actualité. En effet, à ce jour, l'AVS ne représente plus qu'une des composantes de la prévoyance à côté des deuxième et troisième piliers, pour celles et ceux qui en disposent. Quant aux autres, malheur à eux. Car, seule, l'AVS ne suffit plus.

Le renchérissement de l'AVS n'a pas suivi l'évolution réelle des salaires. Par exemple, de 1980 à nos jours, les salaires ont en moyenne augmenté de 35 pour cent, alors que la croissance des rentes AVS plafonne à 14 pour cent. Il s'agit donc d'un retard de 20 pour cent et d'une baisse réelle de même importance. Cela s'explique par le système de renchérissement choisi, soit l'indice mixte, qui représente une moyenne entre l'indice des prix et l'indice d'évolution des salaires depuis 1980. Les chiffres que je viens de citer justifient la nécessité d'un rattrapage. La hausse de 10 pour cent des rentes proposée par l'initiative est un minimum tout à fait légitime qui ne compenserait en fait que la moitié du retard accumulé en 35 ans.

L'AVS représente un des socles de base de notre Etat social. Son financement est clairement redistributif et prévoit un prélèvement obligatoire profondément solidaire. Chacune

et chacun cotise au pot commun en fonction de son revenu, de son salaire, et ce sans limite.

Mais comme les prestations sont plafonnées, les hauts revenus cotisent plus que ce qu'ils peuvent espérer toucher. L'AVS conduit donc à une redistribution en faveur des bas revenus. L'initiative nécessiterait un financement additionnel d'environ 4 milliards de francs. Les initiateurs souhaitaient financer cette somme en majeure partie par les bénéfices attendus de l'introduction d'un impôt sur les successions. Mais le souverain en a décidé autrement, ce que je regrette.

A ce jour, la voie du relèvement des cotisations paraît être la solution la plus plausible. Cela fait plusieurs décennies que le taux est resté inchangé, et cette question n'est plus un sujet tabou depuis que le Conseil des Etats a accepté le relèvement du taux de cotisation de l'AVS pour contribuer à améliorer et à stabiliser les rentes dans le cadre de la réforme en cours Prévoyance vieillesse 2020. On parle d'une augmentation totale de 0,8 pour cent des cotisations pour ce financement, payé à parts égales par les salariés et les employeurs. Un solde de 20 pour cent devrait, comme aujourd'hui, être à la charge de la Confédération.

Un prélèvement plus élevé de 0,4 pour cent pour les salariés, qui cotiseront un peu plus pour toucher plus, cela paraît acceptable, surtout à l'heure où les résultats attendus quant au deuxième pilier posent problème. Avec les frais de gestion élevés des caisses de pension et la disparition du troisième cotisant boursier, la légère ponction supplémentaire sur les salaires pour l'AVS pourrait en finalité se révéler un bon investissement. Les travailleuses et les travailleurs ont tout à gagner d'une AVS forte, plus forte, avec des rentes décentes.

Pour le patronat, cela sera toujours trop. Cela est néanmoins jouable. Il s'agit d'une augmentation très limitée qui ne devrait pas déstabiliser la santé financière de nos entreprises, surtout à l'heure où la réforme de l'imposition des entreprises III pointe son nez. On touche d'un côté; on en redonne une petite partie pour continuer à renforcer le filet social de notre pays, de l'autre, et ce, qui plus est, en donnant un coup de pouce à celles et ceux qui, par leur labeur et leur engagement, ont contribué à construire la Suisse d'aujourd'hui.

Encore une remarque concernant la question de nos aînés les plus pauvres, bénéficiant des prestations complémentaires. En effet, ils pourraient ne pas profiter en définitive de l'augmentation des rentes demandée par l'initiative, puisqu'une augmentation de 10 pour cent des rentes des personnes touchant des prestations complémentaires pourrait conduire à une réduction d'autant des sommes perçues à ce titre, conduisant à une opération blanche. Trois éléments de réponse, si vous le voulez bien.

Premièrement, il vaut mieux toucher une rente plus élevée, car il s'agit alors d'un droit inaliénable, alors que les critères d'attribution des prestations complémentaires peuvent toujours être revus, par exemple à la baisse. Deuxièmement, beaucoup de personnes âgées renoncent à demander les prestations complémentaires, qui par honte, qui par crainte des démarches à réaliser, qui par simple méconnaissance de ses droits. Troisièmement, pourquoi ne pas accompagner l'augmentation des rentes AVS d'une révision vers le haut des seuils et des sommes attribuées à titre de prestations complémentaires? Dans cette affaire, les sommes allouées pour les prestations complémentaires vont diminuer clairement, laissant une marge de manœuvre pour aider au mieux les plus bas revenus.

Cette initiative a un but: permettre à chaque aîné de notre pays de vivre mieux, décemment. La Constitution nous le demande; notre pays en a les moyens. Je vous remercie d'appuyer ce texte.

Page Pierre-André (V, FR): Qui n'a pas rêvé, un jour, de recevoir, comme cela, à l'heure de la retraite, un peu plus d'argent de l'Etat? Personne, sans aucun doute! En ce sens, mais en ce sens uniquement, l'initiative «AVS plus: pour une AVS forte», qui prévoit un supplément de 10 pour cent de la rente vieillesse, est fortement sympathique. Seulement



voilà, lorsque l'on cherche à savoir et à comprendre d'où viendrait cette manne et comment elle serait financée, le rêve devient une dure réalité. Et c'est là que cette sympathique initiative devient soudain totalement irréaliste.

Laissez-moi vous expliquer pourquoi l'initiative constitue un déni de réalité. Le coût global du supplément de 10 pour cent coûterait à notre Confédération la somme d'environ 4 milliards de francs, de quoi mettre encore davantage en péril nos finances fédérales, même si, dès l'an prochain, elles seront en de très bonnes mains.

La somme de 4 milliards de francs devrait rapidement être compensée par une augmentation des cotisations. Mais qui donc paie les cotisations, sinon celles et ceux qui sont actifs? Or, les actifs, dans notre économie suisse, deviennent une denrée rare, en raison du vieillissement de la population. En outre, du côté du porte-monnaie de nos retraités, le supplément de 10 pour cent ne sera pas forcément tout bénéfice. En effet, il sera soumis bien sûr à l'impôt. Le jeu en vaut-il vraiment la chandelle? J'en doute.

Autre problème: le côté asocial de l'initiative. Malgré son titre «Pour une AVS forte», l'initiative péjore la situation des plus défavorisés. Voyez-vous, chez les bas revenus, ce si généreux supplément de 10 pour cent sera neutralisé par une baisse des prestations complémentaires, sans oublier que, pour les retraités plus aisés, ce geste supplémentaire ne se justifie vraiment pas. Cette mesure rate donc complètement sa cible.

Finalement, quel propriétaire construisant sa maison n'a pas rêvé de terminer le chantier commencé sans devoir sans cesse corriger un mur, rajouter une fenêtre ou modifier la couleur de la façade? Nos assurances sociales font l'objet d'une profonde et solide réforme avec le projet Prévoyance vieillesse 2020. Cette initiative, et surtout les coûts qu'elle engendrerait, arrive à contre-courant de la réforme.

Personnellement, j'ai toujours prôné dans ce domaine une augmentation de l'âge de la retraite pour les femmes à 65 ans, couplée à une flexibilisation de l'âge de départ à la retraite. Ce double objectif est poursuivi par la réforme entreprise par Monsieur le conseiller fédéral Berset. Achevons donc d'abord ce chantier.

Pour toutes ces raisons, qui relèvent du bon sens, je vous invite, à l'instar du Conseil fédéral, à recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative «AVS plus: pour une AVS forte». Ainsi serons-nous logiques, cohérents et pragmatiques, sans pour autant manquer de respect à nos aînés, une catégorie de la population que, tôt ou tard d'ailleurs, nous rejoindrons toutes et tous.

Grin Jean-Pierre (V, VD): L'Union syndicale suisse veut augmenter les rentes de la prévoyance sociale AVS au moyen de cette initiative «AVS plus», qui demande une augmentation de 10 pour cent des rentes versées aux ayants droit. Beaucoup de choses ont déjà été dites sur cet objet.

L'initiative aurait effectivement des conséquences positives pour une partie des bénéficiaires de rentes AVS. Ces retraités toucheraient des prestations AVS plus élevées et leur situation financière s'améliorerait. De ce fait, des rentes plus généreuses permettraient de réduire le nombre de retraités tributaires des prestations complémentaires.

Mais ces conséquences positives de l'initiative doivent être mises en balance avec les inconvénients de ce texte, surtout en ce qui concerne le financement et la pérennité du premier pilier. Quand on propose des augmentations de rentes, il faut aussi en prévoir le financement. En cas d'acceptation de l'initiative, les dépenses annuelles de l'AVS augmenteraient de plus de 4 milliards de francs par an au moment de l'entrée en vigueur en 2018, et de manière beaucoup plus importante par la suite. Les charges supplémentaires accentuerait les problèmes financiers prévisibles de l'AVS, liés notamment à l'allongement de l'espérance de vie et au différentiel en constante diminution entre actifs et retraités.

Pour couvrir les coûts induits par la mesure prévue par l'initiative, des adaptations majeures du financement de l'AVS seraient nécessaires. D'une part, une augmentation des taux de cotisation serait, par exemple, nécessaire, tandis

que, d'autre part, le budget fédéral, qui est déjà sous pression, subirait une charge importante. Actuellement, notre économie est également sous pression en raison du franc fort. Dès lors, augmenter les cotisations des employés mais aussi celles des employeurs constituerait une contrainte supplémentaire pour elle.

Notre prévoyance sociale est basée sur trois piliers. Le premier pilier est l'AVS, obligatoire et solidaire. Puis il y a le deuxième pilier, dont le montant à la retraite dépend des cotisations versées dans la plupart des cas. Enfin, le troisième concerne la prévoyance individuelle.

Notre prévoyance doit se faire sur ces trois piliers, et la responsabilité individuelle prévue dans le troisième pilier ne doit pas être oubliée, pour que chacun puisse compter sur une retraite répondant à ses besoins financiers effectifs.

Notre prévoyance sociale vise à un équilibre entre la solidarité et la responsabilité individuelle. Cela est important pour nos finances publiques, qui sont déjà très sollicitées. Je vous rappelle que les dépenses dans le domaine santé/social se montent déjà à presque 23 milliards de francs, soit le tiers du budget fédéral. En demander plus serait inopportun, en ces temps de restrictions budgétaires.

Ce qui est important aussi pour notre AVS, c'est sa pérennisation, qui est actuellement en danger, et dont le dossier est en révision dans notre Parlement. Cette réforme doit être faite en toute tranquillité et cette initiative, si elle était acceptée, serait malvenue dans ce contexte d'équilibre financier que va nécessiter la réforme de nos retraites.

Je vous demande donc de recommander au peuple et aux cantons le rejet de cette initiative.

Seiler Graf Priska (S, ZH): Die Gemeinden sind immer wieder mit steigenden Ausgaben bei den nichtbeeinflussbaren Soziallasten konfrontiert. Das erlebe ich auch hautnah als Stadträtin in Kloten. Die grösste Ausgabenposition, Tendenz stetig steigend, sind die Ergänzungsleistungen. Wir haben es ja auch schon gehört heute.

In meiner Wohngemeinde zum Beispiel sind die Fallzahlen in den letzten acht Jahren um 28 Prozent gestiegen, die Kosten sogar um 43 Prozent. Die Gemeinden ächzen also unter diesen hohen Ausgaben. Es ist eben mitnichten so, dass es nur noch reiche und begüterte Rentnerinnen und Rentner mit gut bestückter zweiter Säule gibt, wie das manchmal so nonchalant einfach behauptet wird. Für die Mehrheit der Pensionierten ist die AHV immer noch die wichtigste Einkommensquelle, für 19 Prozent der Männer und 38 Prozent der Frauen sogar die einzige. Gerade diese Rentnerinnen und Rentner hatten in ihrem Erwerbsleben auch meistens keine Möglichkeit, zum Beispiel noch in eine dritte Säule einzuzahlen. Darum sind genau diese Leute mit ehemals mittlerem oder tiefem Einkommen auf Gedeih und Verderb der AHV ausgeliefert, wenn ich das mal so sagen darf.

Es muss sich daher für diese Leute wie ein schlechter Scherz anhören, wenn laut Bundesverfassung die AHV-Renten eigentlich existenzsichernd sein sollten. Diese Leute müssen wegen ihrer finanziellen Notlage Ergänzungsleistungen beantragen. Das bringt sie in eine zusätzliche Abhängigkeit. Zudem ist die Rolle des Bittstellers für viele unangenehm oder sogar entwürdigend. Silvia Schenker hat das sehr eindrücklich formuliert. Die Dunkelziffer ist dement sprechend auch sehr hoch, das liess ich mir auch in meiner Gemeinde bestätigen.

Die Ergänzungsleistungen waren ursprünglich nur als Notlösung gedacht und sind sicher ein wirksames Mittel, um die Altersarmut punktuell zu bekämpfen. Als existenzsichernde Rente der ersten Säule taugen sie allerdings nichts. Die Ergänzungsleistungen sind denn auch vor allem für diejenigen Pensionierten gedacht, die ein schwieriges Erwerbsleben mit längeren Unterbrüchen hatten, oder eben für die Finanzierung eines Pflegeaufenthaltes. Gerade im Bereich der Pflegefinanzierung sichern die Ergänzungsleistungen durchschnittlich ja die Hälfte der Kosten für den Aufenthalt in Alters- und Pflegeheimen. In diesem Bereich sollen die Ergänzungsleistungen denn auch weiterhin zum Tragen kommen.



Dagegen habe ich ja gar nichts. Darum ist es aber umso wichtiger, dass man sie im Gegenzug von der Aufgabe der existenzsichernden Renten entlastet.

Wenn mit der Initiative «AHV plus» durch die um 10 Prozent höhere AHV-Rente eben weniger Leute auf Ergänzungseleistungen angewiesen sind, ist das ein Schritt in die richtige Richtung, ja ein Schritt, der meiner Meinung nach sogar absolut zwingend nötig ist, ein Schritt zu mehr Lebensqualität. Diese haben die Rentnerinnen und Rentner ja auch verdient. Zudem würden die Gemeinden dadurch bei ihren Sozialkosten auch wieder etwas entlastet werden; das wird wohl niemand hier drin als unnötig bezeichnen. Ich bitte Sie deshalb, die Initiative «AHV plus» zur Annahme zu empfehlen.

de la Reussille Denis (G, NE): Il y a plus de soixante ans que la Constitution fédérale n'est pas respectée. Cela a été dit à maintes reprises par de nombreux membres du conseil, mais permettez-moi de vous le rappeler, cela n'étant pas rien. Sur d'autres sujets, certains groupes parlementaires sont d'ailleurs beaucoup plus pointilleux en ce qui concerne le respect de notre Constitution fédérale. Celle-ci prévoit en effet que les rentes de l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité «doivent couvrir les besoins vitaux de manière appropriée».

Pourtant, en Suisse, sans les prestations complémentaires, qui étaient prévues au départ comme une mesure transitoire et éphémère, quelque 200 000 personnes ne pourraient pas vivre à peu près décemment. Ce chiffre ne cesse d'augmenter puisque, chaque année, 5000 retraités supplémentaires bénéficient de ce «quatrième pilier» que représentent les prestations complémentaires. Ceci sans compter les nombreuses personnes âgées qui, touchées par la pauvreté mais ne connaissant pas leurs droits, n'ont pas recours aux prestations complémentaires.

L'AVS est une assurance sociale exemplaire. Elle est le premier pilier de la prévoyance vieillesse, le pilier collectif, social et solidaire, mais aussi le pilier redistributeur. Le système de capitalisation du deuxième pilier est instable et menacé par les aléas des rendements financiers, comme on l'a vu en 2008 lorsque plusieurs milliards de francs de l'énorme capital amassé dans les caisses de pension ont été engloutis sous les effets de la crise. Au contraire du deuxième pilier, l'AVS est basée sur un système transparent et simple, qui lui a permis de traverser les crises et de résister à la forte augmentation de l'espérance de vie, et ce malgré de nombreuses prévisions exagérément pessimistes qui ne se sont jamais réalisées.

L'initiative «AVS plus», soutenue par de nombreuses associations et organisations, vise à augmenter de 10 pour cent les rentes AVS. On serait encore loin du mandat constitutionnel prévoyant la couverture des besoins vitaux mais, pour les retraités, cette initiative va clairement dans le bon sens. Elle améliorerait la situation de dizaines, voire de centaines de milliers de personnes vivant de manière précaire dans notre pays, tout en renforçant le pilier stable et sain de l'actuel système de retraite.

Les coûts liés à cette augmentation des rentes pourraient être couverts par un financement équitable et réaliste qui toucherait, par exemple et enfin, tous les revenus, comme les revenus de capitaux et d'autres avantages payés par les employées et les employeurs et qui échappent, pour le moment, au paiement de l'AVS.

Depuis 1975, les rentes sont endiguées. Ne pas accepter de couvrir les besoins vitaux par l'AVS conduit à une situation boîteuse et humiliante pour les plus modestes. Cette initiative ne demande pas l'impossible, mais simplement qu'un droit garanti par la Constitution depuis 1948 soit enfin appliqué.

En 2015, dans un des pays les plus riches du monde, il n'est pas acceptable que des milliers de nos concitoyens continuent à vivre dans la précarité. Certaines villes de notre pays, comme Genève, La Chaux-de-Fonds ou Le Locle, ont dû introduire des prestations complémentaires communales pour pallier les insuffisances de notre système social fédé-

ral. Vous qui êtes opposés à cette initiative, vous devriez vous poser cette simple question: comment vivre avec une somme se situant entre la rente minimale de 1170 francs par mois et la rente maximale de 2340 francs par mois lorsque l'on est une personne seule?

Je vous invite à soutenir l'initiative «AVS plus» et ainsi à tendre enfin au respect de notre Constitution fédérale.

de Courten Thomas (V, BL): Was wir hier debattieren, nämlich die Initiative «AHV plus», würde eine immense Stange Geld kosten, das haben wir bereits mehrfach gehört. Die 4,1 bis 5,5 Milliarden Franken Initialkosten, mit denen gemäss der Botschaft des Bundesrates zu rechnen wäre, wären eine Summe, die immerhin 55 Prozent der Aufwendungen ausmachen würde, die die Eidgenossenschaft insgesamt für Bildung und Forschung ausgibt und damit für eine gedeihliche Zukunft, für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes einsetzt. Es sind 4 bis 5 Milliarden, die Sie, geschätzte Initiantinnen und Initianten, einfach mit der Giesskanne ausgießen wollen und nicht spezifisch, gezielt, fokussiert für all diese Einzelfälle und Einzelschicksale einsetzen wollen. Diese 4 bis 5 Milliarden haben Sie hier, an diesem Rednerpult, den ganzen Nachmittag lang breitgetreten. Das ist sehr viel Geld, das uns gar nicht zur Verfügung steht – und wenn es zur Verfügung stehen würde, hätten wir es wahrscheinlich sinnvoller einzusetzen.

Den Initianten darf man allerdings nicht vorwerfen, sie hätten sich keine Gedanken gemacht, wie ihr Begehr finanziert werden könnte. Nur leider haben sich alle ihre Ideen und Gedanken als völlig untauglich erwiesen. Ihr erster Vorschlag war, die Finanzierung mittels einer nationalen Erbschaftssteuer sicherzustellen. Seit der Volksabstimmung vom 14. Juni 2015 ist dieser Vorschlag definitiv vom Tisch. Nach einem Neinstimmenanteil von 71 Prozent und bei 23 ablehnenden Ständen wird es wohl definitiv niemandem mehr in den Sinn kommen, eine schweizweit greifende Erbschaftssteuer einzufordern.

Der zweite Ansatz war, die Bundesanteile an den Erträgen aus der Tabak-, Alkohol- und Mehrwertsteuer direkt der AHV zukommen zu lassen. Auch das ist mittlerweile vom Tisch. Wie Sie alle wissen, hat der Ständerat im September beschlossen, genau diese Mittel für seine Reformvorschläge für die Altersvorsorge 2020 einzusetzen, und zwar um einen Teil der Mehrkosten zu decken, die infolge der generellen Erhöhung der AHV-Neurenten um monatlich 70 Franken und infolge der Anhebung des Plafonds für Ehepaarrenten anfallen werden.

Als dritte Option wurden Mehrwertsteuererhöhungen in den Raum gestellt. Da nun aber der Bundesrat und der Ständerat innerhalb der Altersvorsorge 2020 schwergewichtig auf die Karte Mehrwertsteuer setzen und da wohl auch noch diverse andere Projekte dieses Hauses mittel- und langfristig höhere Konsumabgaben zur Folge haben werden, kommt auch dieser Lösungsansatz nicht mehr infrage.

Damit bleiben nur noch die höheren Lohnbeiträge übrig. Spätestens seit dem Nationalbankentscheid vom 15. Januar 2015 und den massiven Aufwertungen des Schweizerfrankens sollte auch diese Finanzierungsquelle für uns Parlamentarier ein No-go sein. Grosse Teile der Wirtschaft leiden massiv unter dem starken Franken und werden wohl noch für einige Zeit darunter leiden müssen. Aus Sicht der Wirtschaft liesse sich der Volksinitiative bestenfalls dann etwas Gutes abgewinnen, wenn es gelingen würde, mehr Geld in den Wirtschaftskreislauf zu bringen. Aber genau das wird nicht geschehen: Durch die zu generierenden Mehreinnahmen werden dem Wirtschaftskreislauf erheblich viele Mittel entzogen.

Der Nutzen der Initiative «AHV plus» wird sich für die Rentner in bescheidenen Grenzen halten. Der Schaden für unsere Wirtschaft wäre hingegen beträchtlich. Die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes Schweiz würde abermals verringert. Zehntausende von Arbeitsplätzen würden gefährdet. Dies gilt es durch eine deutliche Ablehnung dieser Volksinitiative zu verhindern.



Amarelle Cesla (S, VD): Il a fallu une grève générale pour voir le principe d'une assurance-vieillesse consacré dans la Constitution. Il a fallu une guerre mondiale pour la voir se réaliser, après un premier échec en pleine crise des années 1930. Depuis, l'AVS a fait la preuve de sa jeunesse et de sa vitalité, de manière continue et convaincante.

Malgré les oiseaux de mauvais augure néolibéraux, qui prédisaient son déclin dès les années 1990, malgré l'appétit grandissant des assureurs actifs dans le deuxième ou le troisième pilier, l'AVS tient bon, et cela fait bientôt quarante ans que les taux de cotisation sont fondamentalement stables, à 8,4 pour cent, cumulés pour la part patronale et la part salariale. Cela fait également 40 ans que, à part l'introduction du splitting des rentes entre époux et d'un bonus éducatif pour valoriser le travail des femmes auprès des enfants, l'AVS n'a plus connu de véritables améliorations fondamentales. Ce que prévoit l'initiative s'inscrit donc dans le droit chemin de l'histoire de cette pierre angulaire de notre système des retraites: en augmentant de 10 pour cent les rentes AVS, nous pourrions atteindre trois objectifs, à la fois humainement nobles, économiquement raisonnables et financièrement responsables.

Sur le plan humain, il est grand temps de rapprocher les rentes AVS du petit deuxième pilier pour permettre au plus grand nombre de nos retraités d'éviter le recours aux prestations complémentaires.

Mesdames et Messieurs les bourgeois, vous avez la mémoire courte. En effet, il faut se rappeler qu'en 1965, lors de l'introduction des prestations complémentaires, les bourgeois prévoyaient qu'il s'agissait d'une mesure temporaire qui devait disparaître sur le moyen terme. «Pas de mesures assistantes pour nos aînés», disait-on dans le camp bourgeois.

On compte aujourd'hui, malheureusement, près de 200 000 personnes qui touchent des prestations complémentaires AVS, sans parler du chiffre gris, celui des ayants droit potentiels qui ne les perçoivent pas, un taux qui est estimé à 50 pour cent.

En augmentant les rentes de 10 pour cent, ce chiffre pourrait aisément être réduit de près de 20 pour cent. Et pour le reste des retraités, dont la plupart vivent correctement mais sans luxe particulier, cette hausse signifierait une juste récompense; la dignité de nos aînés après une vie de travail, souvent très dure pour les moins bien lotis, se trouverait alors renforcée de manière considérable.

Sur le plan économique, on l'a dit, chaque franc redistribué à des retraités qui consomment est un franc qui consolide la demande sur le marché intérieur, un franc qui stimule notre croissance en cette période compliquée. Après la décision de la direction de la BNS d'abandonner la défense du taux plancher du franc suisse face à l'euro, toutes les études économétriques le montrent: la propension à consommer dans les ménages à revenus modestes augmente de façon significative en cas de hausse des revenus. Se positionner en faveur de cette initiative est dès lors plus que sensé d'un point de vue conjoncturel.

Enfin, sur le plan financier, il s'agit de faire des choix, de vrais choix politiques. Nous pouvons dilapider les deniers publics en cadeaux fiscaux pour les entreprises qui n'en ont point besoin, comme nous risquons de le faire par le biais de la réforme de l'imposition des entreprises III. Souvenons-nous des contrevérités d'un ancien conseiller fédéral en charge des finances fédérales, qui a prétendu s'être trompé dans les calculs, lors de la réforme de l'imposition des entreprises II, pour mieux cacher un véritable hold-up sur les finances fédérales au profit des entreprises. Demander aujourd'hui une modeste augmentation des cotisations sociales afin de financer une augmentation substantielle des rentes est une mesure financièrement adéquate, une mesure qui redistribue entre classes d'âge les formidables gains de productivité enregistrés par les salariés suisses ces dernières années.

Je vous invite à avoir un peu de mémoire et donc à soutenir cette initiative.

Glättli Balthasar (G, ZH): Manchmal macht es Sinn, die Bundesverfassung wieder hervorzunehmen. In Artikel 112 zur AHV heisst es in Absatz 1: «Der Bund erlässt Vorschriften über die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung.» In Absatz 2 heisst es: «Er beachtet dabei folgende Grundsätze ... b. Die Renten haben den Existenzbedarf angemessen zu decken.»

Ein Leben in Würde für diejenigen, die ein Leben lang gearbeitet haben – das ist der Solidaritätsvertrag, den wir in der Schweiz geschlossen haben zwischen den Generationen und auch zwischen jenen, die mehr, und jenen, die weniger verdienen. Durch mein Engagement für diejenigen, die in unserer Gesellschaft vielleicht noch mehr am Rand stehen, durch mein Engagement für Ausländerinnen und Ausländer sowie für Flüchtlinge komme ich immer wieder mit Menschen in Kontakt, die mich fragen: Und, was tut ihr denn für uns Menschen hier in der Schweiz, ihr Grünen? Ich gebe ihnen immer zur Antwort: Wir Grünen sind jene Kraft, die sich dafür wehrt, dass unser Sozialstaat, dass unsere AHV nicht einfach ein Mythos ist, auf den man sich von links bis rechts immer wieder stolz berufen kann, sondern dass unsere AHV auch angepasst wird an die Herausforderungen der Zukunft und dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, nicht zu Bittstellern werden müssen, nur damit sie finanziell einen Lebensabend in Würde erleben dürfen.

Die AHV ist ein Recht, kein Gnadenakt. Es sollte keine Willkür herrschen. Die AHV sollte auch nicht von den Entscheidungen in den Kantonen abhängig sein, und schon gar nicht sollte man erst eine Bürokratiehürde überwinden müssen, um die AHV-Rente und dann, wenn sie nicht genügt, Ergänzungsleistungen zu erhalten.

Die Schweiz ist wie die umliegenden Länder im Moment in einem Umbruch. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Solidarität sind deshalb nicht einfach nur Gegenstand einer technischen Debatte, sondern einer Debatte, die ins Herz dessen geht, was unser Selbstverständnis betrifft: dass wir Wettbewerb wollen, dass wir eine freie Wirtschaft wollen, dass wir aber auch wollen, dass die Früchte der Arbeit gerecht verteilt werden. Diejenigen, die ein Leben lang ihren Beitrag geleistet haben, sollen nicht einfach nach dem Motto «servir et disparaître» behandelt werden: Ihr habt euren Dienst getan, ihr könnt verschwinden. Vielmehr soll man dieser Generation den nötigen Respekt entgegenbringen. Für mich ist es mit diesem Prinzip der Solidarität und des Respekts nicht vereinbar, wenn die alten Menschen eine Bittsteller-Haltung einnehmen müssen, damit sie von der Bürokratie erhalten, was ihnen gemäss unserer Verfassung schon seit Jahren zusteht.

Deshalb empfehle ich die Initiative «AHV plus» überzeugt zur Annahme.

Berset Alain, conseiller fédéral: A l'issue de ce débat, il faut rappeler que l'AVS est le pilier central de notre système social. C'est une assurance qui a apporté et qui apporte une contribution essentielle, d'ailleurs développée tout au long du XXe siècle, à la politique sociale de notre pays. C'est une assurance qui apporte une contribution essentielle sur le plan individuel pour mener une vie digne à la retraite. C'est une assurance qui apporte une contribution essentielle, et il ne faut pas l'oublier, à la paix sociale dans notre pays. Cela ne pourra jamais être assez rappelé dans les interventions politiques. Je sais aussi l'occasion de rappeler ici que l'AVS accompagne et permet, ni plus, ni moins, le développement économique suisse, d'ailleurs de manière exemplaire, depuis bientôt 100 ans.

Bref, c'est ce que l'on appelle une institution, et nous aimons nos institutions. Celle-ci mérite crédit et attention. Nous savons, parce que les faits sont là, qu'il faudra maintenant, durant cette 50e législature, montrer la couleur. Serons-nous en mesure, Conseil fédéral et Parlement réunis, de réformer le système de prévoyance vieillesse? Serons-nous dignes, dans nos fonctions, de celles et ceux qui nous ont précédés dans lesdites fonctions? Saurons-nous réformer la prévoyance vieillesse dans l'intérêt de l'ensemble du pays? Nous allons voir! Il a été mentionné à de multiples reprises à

ce pupitre aujourd'hui que c'était une question qui allait devoir être réglée durant les prochains mois.

Alors oui, cette initiative dont vous débattez aujourd'hui, c'est à sa manière une tentative de réformer l'AVS. Que cela soit dit ici clairement et de façon très directe: non, ce n'est pas la manière choisie par le Conseil fédéral. C'est pour cela que le Conseil fédéral appelle au rejet de l'initiative. C'est une manière de poser la question, et si le Conseil fédéral propose une autre méthode, c'est parce qu'il a souhaité réformer globalement le premier et le deuxième piliers, et pas seulement le premier pilier, et c'est parce qu'il a également, cela est mentionné dans son message, dû constater que la marche, la haie qui nous attend ces prochaines années, à savoir réussir à financer durablement le système de prévoyance vieillesse, était déjà suffisamment élevée sans que nous promettions encore aujourd'hui une augmentation des rentes AVS.

Cela a été mentionné: à partir de 2020, l'AVS va se trouver dans les chiffres rouges. Certains ici diront que le Conseil fédéral a toujours peint le diable sur la muraille, qu'il nous a toujours dit que cela n'irait pas. Mais cette fois, c'est autre chose et personne ne le conteste, parce que nous serons, pour la première fois, confrontés à une situation très particulière avec l'arrivée à la retraite, à partir de 2020, d'une génération entière, celle du baby-boom. Entre les années 1955 et 1965, beaucoup d'enfants sont nés dans notre pays, ce qui a été extrêmement réjouissant. Aujourd'hui, cette population nombreuse travaille et cotise et finance le système de prévoyance vieillesse, mais cette population a le droit de prendre sa retraite à partir de 2020. Et, sur une période de dix ans, c'est une génération entière, qui aujourd'hui cotise et finance, qui va passer du côté des bénéficiaires de rentes. C'est cela l'enjeu que nous devrons régler durant les prochaines années, et ce n'était pas du tout quelque chose que nous avons eu à affronter durant les 20 ou 30 dernières années.

C'est pour cela qu'aujourd'hui la situation est sérieuse. Nous devons trouver des solutions. Cela va coûter jusqu'à 7 à 8 milliards supplémentaires par année jusqu'en 2030, et le projet Prévoyance vieillesse 2020 du Conseil fédéral propose de régler cette question. Si à cela nous ajoutons aujourd'hui une initiative pour augmenter les rentes de 10 pour cent, eh bien, il faut ajouter entre 4 et 5 milliards à ces 8 milliards qui vont manquer en 2030, ce qui, en termes de financement, représente une haie encore beaucoup plus élevée. Ce sont les raisons essentielles pour lesquelles le Conseil fédéral a proposé de recommander le rejet de cette initiative, en lien également avec la contribution de la Confédération qui finance, vous le savez, 19,55 pour cent des dépenses de l'AVS. Or, une augmentation de 4 à 5 milliards de francs, cela représente presque un milliard de francs de dépenses supplémentaires pour la Confédération. Et je ne reviendrai pas ici sur la question des prestations complémentaires, qui a été largement développée.

Cela dit, la question que pose l'initiative est celle du niveau des rentes: faut-il les augmenter? C'est la bonne question! Le Conseil fédéral pose également la question du niveau des rentes: faut-il les garantir? Et d'autres vont poser la question d'une diminution des rentes. C'est un débat qui va encore nous occuper. Donc, la question posée est la bonne question, cette question du niveau des rentes, et le Conseil fédéral proposera, a proposé, dans un message, que vous avez sous les yeux, de commencer par garantir ce niveau des rentes. Vous le savez, dans notre histoire et dans l'histoire de la politique sociale de notre pays, il y a eu des périodes durant lesquelles nous avons pu développer les institutions sociales. C'était le cas, par exemple, dans les années 1980, dans les années 1960. Et puis, il y a des périodes comme aujourd'hui, où il faut savoir consolider. C'est ce que vous propose maintenant le Conseil fédéral.

Vous allez devoir trancher une question cet après-midi, celle de savoir s'il faut ou non augmenter les rentes AVS. Et le débat que vous avez mené a montré qu'une majorité allait se dégager pour répondre par la négative à cette question. Mais il y a une autre question qui va se poser très vite, qui

est celle de savoir s'il faut réformer le système de prévoyance vieillesse et garantir le niveau des rentes. Le Conseil fédéral pense que oui, comme le Conseil des Etats et il vous invitera d'ailleurs à suivre dans cette direction le projet de réforme qui vous a été présenté.

Tout cela pour résumer ainsi la situation: le débat que vous menez aujourd'hui est probablement un débat de beau temps. D'ailleurs, si vous décidez de recommander de rejeter cette initiative, cela ne va pas changer grand-chose; les rentes vont rester comme elles sont aujourd'hui. Le débat qui vous attend dans les prochains mois, par contre, est un débat beaucoup plus difficile. Il portera sur comment nous allons garantir et financer ce niveau des rentes pour les 15 à 20 prochaines années. Et ce débat s'annonce beaucoup plus difficile. Ce n'est pas un débat, je l'ai dit, qui est lié à l'allongement de la vie; c'est un débat qui est lié à ce problème, cette question démographique, que nous allons devoir régler.

Cette question sera donc l'épreuve de la réalité. Je dois vous dire que tout retard, tout report du débat, ne ferait qu'augmenter la facture. Nous savons quel serait le prix de cette solution; nous savons que le prix sera plus élevé si nous tardons.

Comme je vous l'ai dit tout à l'heure, c'est vous qui avez à régler cette question. C'est le Parlement, étant pour la première fois confronté à la question démographique, qui doit proposer de la régler durant cette 50e législature. Je dois vous dire que le Conseil fédéral a, à l'égard du Parlement, des attentes très élevées dans ce débat, pour les deux prochaines années. Nous ne devons pas oublier qu'il ne s'agit pas seulement de trouver des majorités au Conseil des Etats et au Conseil national. N'oubliez pas le peuple! Préparez un projet qui puisse recueillir une majorité devant le peuple. Cette question doit nous occuper, et c'est une affaire relativement difficile. Vous pouvez compter sur le Conseil fédéral; vous pouvez compter sur moi pour que chacune et chacun soient à la fin placés devant leurs responsabilités.

J'ai entendu aujourd'hui beaucoup d'interventions soutenant le projet du Conseil fédéral. Je vous en remercie. L'épreuve de la réalité nous attend ces prochains mois, et je me réjouirai beaucoup de pouvoir compter sur ce soutien au moment où, concrètement, il s'agira de montrer comment nous allons réformer le système en garantissant le niveau des rentes. Si nous faisons autre chose, la menace d'un échec devant le peuple est énorme. C'est la raison pour laquelle il faut être très attentif aux équilibres. Il faudra traduire les paroles en actes; vous aurez l'occasion de le faire durant les prochains mois. Je me réjouis de mener le débat avec vous.

Schmid-Federer Barbara (C, ZH), für die Kommission: Wir haben Ihnen die Argumente der Initianten, der Befürworter und der Gegner dargelegt. Als ich der Debatte zugehört habe, und das habe ich jetzt doch eine lange Zeit getan, habe ich mich des Eindrucks nicht erwehren können, dass in diesem Saal vor allem auf der linken Seite irgendwie die Idee entstanden ist, dass der Mehrheit, welche die Initiative nicht unterstützt, die Menschen mit tiefen Renten oder überhaupt die AHV egal seien. Sie wissen, dass wir uns ab 2016 fast ausschliesslich der AHV widmen werden. Wir werden sie revidieren und modernisieren. Wir werden die Altersvorsorge 2020 langfristig finanzieren. Sie wissen auch, dass die Altersvorsorge dringend revisionsbedürftig ist. Sie wissen, dass wir ein demografisches Problem haben, und Sie wissen auch, dass im Ständerat bereits eine Erhöhung der AHV-Rente im Gespräch war bzw. sogar beschlossen wurde. Was die Mehrheit möchte: Sie möchte eine seriöse Diskussion führen, und zwar gestützt auf eine breitere Vision für die erste und zweite Säule. Bundesrat Berset hat in der Kommission selber von einer «vision plus large» gesprochen. Das möchte ich hier auch im Namen der Mehrheit sagen. Es gibt ein Gesamtpaket für die erste und zweite Säule; so wollen wir das Projekt angehen, nicht mit einem Einzelanliegen.

In diesem Sinn bitte ich Sie, dem Bundesrat und dem Ständerat zu folgen und die Initiative ohne Gegenvorschlag abzu-

lehnen. Auch mit dem mit 15 zu 8 Stimmen beschlossenen Antrag der Kommissionsmehrheit bitte ich Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Cassis Ignazio (RL, TI), per la commissione: L'81 per cento dei pensionati in Svizzera non vive soltanto di AVS e non ha problemi vitali. I meno abbienti oggi non sono più gli anziani ma le famiglie numerose e le famiglie monoparentali. La situazione non è dunque drammatica e deve soltanto essere aggiustata alle sfide demografiche del futuro. Quindi, è importante non cedere a facili sirene di allarmismo.

Le prestazioni complementari oggi aiutano più che a sufficienza chi con la sola AVS non può vivere – anche il tema delle prestazioni complementari sarà oggetto di una profonda riforma, di cui ci occuperemo prossimamente. Molti oratori hanno parlato di centinaia di persone che rinuncerebbero alle prestazioni complementari per vergogna di chiederle. In realtà, sembra essere una leggenda metropolitana. Nel messaggio del Consiglio federale non c'è alcuna cifra a questo proposito e nella discussione durante i lavori commissionali non è stato possibile avere una sola risposta circostanziata a sostegno di questa affermazione. Sempre dal messaggio del Consiglio federale sappiamo un'altra cosa interessante: infatti, il Consiglio federale afferma che l'iniziativa popolare oggi in discussione fallirebbe proprio l'obiettivo di aiutare i pensionati meno fortunati in quanto l'aumento delle rendite dell'AVS li porterebbe a rinunciare alle prestazioni complementari; e siccome queste ultime non sono imponibili fiscalmente avrebbero un'entrata identica ma dovrebbero pagare più imposte.

La sinistra, con molte persone, ha affermato da questo pulpito il contrario, contraddicendo il proprio consigliere federale. Questo mi sembra che sia un segno di sfiducia da parte della sinistra nel confronto del Consiglio federale. Sempre la stessa sinistra ridicolizza le proiezioni finanziarie a tinte rosse fornite nei due allegati del messaggio del Consiglio federale. Ritiene che il Consiglio federale gridi inutilmente «al lupo, al lupo», che problemi non ce ne siano e che tutto vada bene. Anche qui mi sento in dovere di ricordare che le cifre nel messaggio del Consiglio federale sono cifre veritiero, come lo ha appena ricordato lo stesso consigliere federale, assumendosi la responsabilità. Sono quindi quelle cifre, sulle quali dobbiamo e possiamo fondare le nostre riflessioni.

La maggioranza della commissione ritiene che l'attuale contesto demografico ed economico deve obbligarci o indurci a consolidare e non a estendere le prestazioni, facendole pagare con la carta di credito dei nostri figli. Per questa ragione, con 15 voti contro 8, la commissione vi chiede di raccomandare a popolo e cantoni di respingere questa iniziativa popolare.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «AHV plus: für eine starke AHV»
Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «AVS plus: pour une AVS forte»

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Fridez, Gilli, Heim, Steiert, van Singer)
... die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Fridez, Gilli, Heim, Steiert, van Singer)
... d'accepter l'initiative.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.087/12 826)

Für den Antrag der Mehrheit ... 131 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 49 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung.

15.456

Parlamentarische Initiative

Reimann Maximilian.

Heraufsetzung der periodischen vertrauensärztlichen Kontrolluntersuchung für Senioren-Autofahrer vom 70. auf das 75. Altersjahr

Initiative parlementaire Reimann Maximilian.

Relever l'examen de contrôle périodique effectué par un médecin-conseil de 70 à 75 ans pour les conducteurs âgés

Vorprüfung – Examen préalable

Nationalrat/Conseil national 16.12.15 (Vorprüfung – Examen préalable)

Antrag der Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

Antrag der Minderheit

(Wobmann, Binder, Giezendanner, Hurter Thomas, Killer Hans, Lehmann, Quadri, Regazzi, Rickli Natalie)
Der Initiative Folge geben

Proposition de la majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Wobmann, Binder, Giezendanner, Hurter Thomas, Killer Hans, Lehmann, Quadri, Regazzi, Rickli Natalie)
Donner suite à l'initiative

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Reimann Maximilian (V, AG): Ich wünsche selbstverständlich jedem und jeder in diesem Saal, dass sie auch mit 70 und weit darüber hinaus noch selber mit ihrem Auto fahren

